

# In diesem Heft

Editorial	4
Essay	
HANS MISSELWITZ Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen – das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen	5
Konkrete Utopien	
HANNA BEHREND Rückblick aus dem Jahr 2000: Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht?	14
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
WERNER SEPPMANN Konkurrenz und Gewalt. Entwicklungstendenzen des Risikokapitalismus	28
ARNDT HOPFMANN Transformation und Zukunftsfähigkeit. Zur Kritik eines nachholenden Transformations- und Entwicklungsparadigmas	40
Dokumentierte Geschichte	
JOCHEN ČERNÝ Einführung zu Wolfgang Harichs Programm für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (1956)	50
WOLFGANG HARICH Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus	53

## Die Linke im 20. Jahrhundert

ULLA PLENER

Theodor Leipart (1867-1947).

Persönlichkeit – Handlungsmotive – Lebensbilanz 67

## Konferenzen & Veranstaltungen

HORST DIETZEL

Konstruktiver Disput 79

## Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 82

## Bücher & Zeitschriften

Ernstheinrich Meyer-Stiens (Hrsg.):

Opfer – wofür? Deutsche Emigranten in Moskau –

ihr Leben und Schicksal. Dokumentationsband

des 5. Heinrich-Vogeler-Symposiums,

Worpsweder Verlag Lilienthal 1996

(SIEGFRIED BRESLER) 84

Erich Kitzmüller:

Gewalteskalation oder neues Teilen.

Reihe Beiträge zur mimetischen Theorie.

Religion – Gewalt – Kommunikation – Weltordnung Bd. 3,

Lit Verlag Münster-Hamburg-London 1996

(HEINZ-DIETER HAUSTEIN) 85

Arne Heise:

Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?

Zu den Bestimmungsgründen der

Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik

Deutschland während der letzten beiden Dekaden,

Metropolis-Verlag Marburg 1996

(HORST DIETZEL) 88

Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.):

Ansichten zur Geschichte der DDR Bd. VI,

Verlag Matthias Kirchner Eggersdorf 1996

(JÖRG ROESLER) 89

Klaus M. Leisinger, Vittorio Höslé (Hrsg.):

Entwicklung mit menschlichem Antlitz.

Die Dritte und die Erste Welt im Dialog,

Verlag C.H.Beck München 1995

(STEFFEN FLECHSIG) 90

Halina Nelken: Freiheit will ich noch erleben. Krakauer Tagebuch, Bleicher Verlag Gerlingen 1996 (GERD KAISER)	93
Willibald Jacob, Jakob Moneta, Franz Segbers (Hrsg.): »Die Religion des Kapitalismus«. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des totalen Marktes, Edition Exodus Luzern 1996 (GERTRAUD GOLME)	94
Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der DDR (1949-1989), 2 Halbbände, Frankfurter Oder Editionen Frankfurt/Oder 1996 (JÖRN SCHÜTRUMPF)	95
Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

## Redaktionelle Mitteilung

In Heft 77 wurde eine nicht von Heiner Goebbels autorisierte Fassung eines Interviews veröffentlicht. Die Redaktion bedauert dieses Versehen.

# Editorial

*Es sei, heißt es, keine Zeit für Utopien in dieser Zeit. Aber: Ein »Utopist« – der Alternativenergien-Streiter Hermann Scheer – hat die zukunftsfähigen Antworten in der Steinkohledebatte. In der Steinkohle, sagt er, sind die Subventionen verschleudert. Sinnvoll wäre indes, sie in die Entwicklung der Sonnen- und Windenergienutzung zu stecken. Das würde sowohl Arbeitsplätze in Forschung und Produktion als auch nachhaltige Umweltqualität sichern. Und wäre so endlich ein Schritt in Richtung der auch von der Bundesregierung mitbeschlossenen »Agenda 21«.*

*Jedoch: Scheer ist – trotz »Agenda 21« – (noch?) nicht mehrheitsfähig. Keine Partei – auch nicht die seine, die SPD – und keine Gewerkschaft macht sich zum Träger seiner Ideen. Zu kompliziert scheint das zu sein im Kampf um Wählerstimmen. Viel »griffiger« hingegen bieten sich bei Parteien – auch bei der PDS – und Gewerkschaften große Gesten der Solidarität mit dem Kampf der Kumpel von Ruhr und Saar um ihre Arbeitsplätze an.*

*Merkt denn niemand, wie rückwärtsweisend und – mit Verlaub – auch fragwürdig solche Gesten geworden sind? In Ostdeutschland sind in den vergangenen sieben Jahren Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet worden. Und nun plötzlich wird Solidarität beschworen, wird so getan, als würde ein Sieg der Kumpel der abgewickelten Arbeiterklasse des deindustrialisierten Ostens neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnen. 135.000 DM jährliche Subventionen für einen Arbeitsplatz in der Steinkohle – das, bitte, ist die Zukunft?*

*Solcher Ruf nach Solidarität auf der Basis künstlich herbeigeregelter Interessenidentität hat überdies eine stark nationalistische Komponente. Mit dem Ruhrarbeiter soll ich solidarisch sein, sagt man mir. Den Kumpel aus dem böhmischen Revier aber soll ich von deutschen Baustellen fernhalten, weil er Lohndumping betreibe. Proletarier aller Länder, vereint euch?*

*»Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen« sieht Hans Misselwitz in dieser Ausgabe die Ostdeutschen in die Zukunft blicken und fordert, endlich die ganze Erfahrung DDR für das künftige Deutschland nutzbar zu machen. Diese Erfahrung heißt auch und gerade für die Linke: Wunschdenken ist ein schlechter politischer Ratgeber. Und: Nostalgie ist kein DDR-Privileg. Mit alten Losungen und Methoden ist keine Zukunft zu gewinnen. Mehrheitserschaffende Interessenidentitäten sind jenseits »klassischer« Konfliktlinien angesiedelt. Haben Utopien da nicht erneut Sinnstiftungschancen?*

WOLFRAM ADOLPHI

HANS MISSELWITZ

## Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen – das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen

### *Ein Blick zurück*

Vor ziemlich genau sieben Jahren, am 15. Januar 1990, besetzten Demonstranten die Zentrale der Staatssicherheit der DDR in der Berliner Normannenstraße. Vorausgegangen war ein Ultimatum der Opposition am Zentralen Runden Tisch gegen die Einrichtung eines neuen Sicherheitsdienstes. Hans Modrow hatte bereits am Morgen jenen Tages vor den Teilnehmern des Runden Tisches eingelenkt. Er bot dem Runden Tisch eine Zusammenarbeit mit der Regierung in allen Fragen an. Die Gefahr eines Gegenputsches war gebannt. Regierung und Opposition beschlossen am 18. Januar am Runden Tisch, »alle Gesetzesentwürfe, die die Verfassung und die Eigentumsverhältnisse in der DDR ... berühren«, nicht ohne den Runden Tisch und eine Beteiligung der Öffentlichkeit zu beschließen.

Was formell der Durchbruch, der unumkehrbare Sieg der Revolution war, scheint heute kaum noch der Erinnerung wert. Von heute aus gesehen war die Zeit über die Akteure jener Tage hinweggegangen. Regierung und Opposition machten noch ihre Hausaufgaben, während in den Planungsstäben der Vier Mächte und in Bonn hektisch an einem Verfahren über die Herstellung der deutschen Einheit gebastelt wurde. Der Machtwechsel in der DDR stand schon nicht mehr zur Debatte. Die Revolution kam zu spät. Den Revolutionären blieb nur noch das Nachsitzen.

Einer von den Akteuren der damaligen Opposition steht heute einer ziemlich großen Bundesbehörde vor – übrigens der nach Ausstattung höchstrangige ostdeutsche Behördenchef im Bund, eine Ausnahmeerscheinung derart, daß die Behörde landläufig gleich seinen Namen trägt. Joachim Gauck, der die Errungenschaft jenes Januar-Ereignisses von 1990, die Inbesitznahme der Hinterlassenschaft der Stasi hütet, zog in einem Interview vor dem Jahreswechsel 1996/97 Bilanz und merkte kritisch an, »daß im Westen die Bewohner der ehemaligen DDR vielfach als ein ›Volk von Verrätern und Spitzeln‹ angesehen würden. Dabei hätten »unglaublich viele Menschen Nein gesagt...« (Berliner Zeitung, 30. 12. 1996, S. 7)

Was ist geschehen, daß es einer derartigen Klarstellung bedurfte?

Der Berliner Soziologe Wolf Lepenies sprach einmal von einer »unerhörten Begebenheit« im Rückblick auf die Ereignisse von 1989/90. So ist es. Der Doppelsinn des Wortes »unerhört« ist augenfällig: Zunächst übersetzte man es mit den Worten »Wunder«

Hans Misselwitz – Jg. 1950, Oppositioneller in der DDR; 1990 Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Vertreter der DDR bei den 2+4-Verhandlungen. Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg.

und »Wahnsinn«. Das »Wunder« steht für das unerwartete Geschehen, war ein Wort für ein Geschenk, das Wirken einer höheren Macht. Und »Wahnsinn« steht für einen Zustand, bei dem es nicht mit rechten Dingen zugeht. Die Sprachlosigkeit gegenüber den Ereignissen spiegelt den Beobachterstandpunkt wider, nicht den der Akteure. Es ist nicht die Sprache der Revolution. Sie hat, wie damit festzustellen ist, die Deutungsmacht über die Verhältnisse verloren. Und das schon ziemlich früh. Genauer: am 9. November 1989. Deshalb wird nun im Nachhinein von diesem Datum gesprochen und nicht etwa vom 15. Januar 1990.

Die Rede von der »unerhörten Begebenheit« bezeichnet aber noch etwas anderes. Der zweite Sinn des Wortes zielt auf die nicht verstandene Verheißung jener Tage und Wochen, auf eine Ignoranz, die sich bis heute eher verstärkt, als daß sie abnimmt. Wie anders wäre denn die hilflose Klarstellung von Joachim Gauck zu verstehen, daß die Bewohner der ehemaligen DDR kein »Volk von Spitzeln und Verrätern« seien? Vergessen ist folglich, daß es da einmal ein Volk gab, das selbstbewußt »Wir« sagte und sich als demokratisches Subjekt verstand. Im Lichte der öffentlichen Meinung und der vorherrschenden Deutungsmacht über das Geschehen hat sich eine Version der Geschichte durchgesetzt, die einem offensichtlichen Bedürfnis dient: die Misere des Ostens zu erklären. Das Schema von Opfern und Tätern, von Schulden und Schuld prägt weithin das westliche Verständnis für den Osten. Der geistige Graben zwischen West und Ost ist so tief wie nie zuvor.

Der Graben zwischen Ost und West droht nicht nur vorübergehend ein Ausweis der noch unvollendeten deutschen Einheit zu sein, sondern sich selbst bestätigend zum manifesten Hindernis zu werden. In Bulgarien, so hieß es diese Woche in einem Bericht, erzähle man sich derzeit folgenden Witz: Anfrage an den Sender Jerewan – »Haben wir inzwischen die Talsohle im Land erreicht?« – Antwort: »Im Prinzip Ja. Aber es wird noch emsig weitergegraben.« In einer solchen Situation ist es immer gut, sich an den Anfang zu erinnern. Für die Mehrheit der Deutschen und im Hinblick auf das wichtigste Ergebnis, ihr reales Zusammenleben in einem Staat, war es der 9. November 1989. Die Menschen nahmen damals vorweg, was ein Jahr später amtlich werden sollte. Heitere Festtagsstimmung herrschte auf Berliner Straßen und Plätzen, Freundlichkeit unter einander fremd gewordenen Leuten, grenzenlose Freizügigkeit. Die Erfahrung der Grenzüberschreitung als Akt der Selbstverständlichkeit hatte das Volk allen Machthabern voraus.

Es war eine Zeit voller Verheißung. Es war – das mag pathetisch klingen – eine Art unverhoffter »Völkerfrühling« in jenem Herbst 1989, als die Berliner Mauer gefallen war. Was bleibt von jenem »unerhörten« Vorschub auf eine gemeinsame Zukunft? Ist die auf guten Glauben geleistete Anzahlung auf einen Systemwechsel noch etwas wert? Was zählt die weiche Währung wechselseitiger Sympathie, Anerkennung und Solidarität von damals im heutigen Konflikt um knappes Geld? Wieviel ist von jenem Kredit der Großzügigkeit übriggeblieben, eingegangen in der Hoffnung auf die Teilhabe aller?

Der staatliche Rahmen der deutschen Einheit ist fest und unwiderruflich. Der Systemwechsel ist abgeschlossen. Seit dem 3. Oktober 1990 hat ein tiefgreifender, alle Lebensbereiche der Ostdeutschen erfassender Umbruch stattgefunden. Nach der Errichtung einer rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung auf dem Wege der Gesetzgebung und der Umwandlung der Eigentumsverhältnisse gilt nur noch der Umbruch der Wertemuster im Osten als unabgeschlossen. Die Menschen im Osten gehen allerdings auf wachsende Distanz. Sollte das – in Abwandlung zu jenem berühmten Wort von Willy Brandt vom 10. November 1989 – bedeuten: Es gehört eben nicht zusammen, was nicht zusammenwachsen will?

*Was steht auf dem Spiel? Wird dieses Deutschland die geschichtlichen Lehren beherzigen, die es aus seiner Teilung ziehen mußte?*

Als der nüchterne Kanzler Bismarck 1871 nach dem Friedensvertrag von Frankfurt am Main sein Einigungswerk »von oben« auf das Erreichte beschränkte, meinte er, Deutschland sei nun »saturiert«. Außenpolitisch strebte er nach einer Balance der Interessen im »europäischen Konzert«. Im Unterschied dazu führte eine Innenpolitik der Dominanz Preußens, der kulturellen und administrativen Hegemonie nach Gründerjahren und Gründerkrähen in eine Zeit des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze. Für die verfehlt innere Einheit suchte nach Bismarcks Abgang bald dasselbe Deutschland Ersatz in einem »Platz an der Sonne« nach der Melodie »Deutschland, Deutschland über alles in der Welt«.

Deshalb ist es wichtig, die entscheidenden Unterschiede der neueren Geschichte hervorzuheben und nicht zu vergessen! Die deutsche Vereinigung von 1990 verdankt sich weder einer linksrheinischen Revanche auf die Bismarcksche Einheit »von oben«, noch einer nationalen Erhebung der Besiegten gegen die Sieger. Sie war, im Unterschied zu 1871 und 1933, vor allem das Ergebnis einer demokratischen Bewegung von unten, ja, diese suchte dabei mit der Idee einer gemeinsamen Verfassungsgebung sogar an das Jahr 1848 anzuknüpfen. Die Einheit von 1990 war im Unterschied zur Hitlerschen Revisionspolitik gegenüber dem Versailler Vertrag dadurch gekennzeichnet, daß sich das Verhältnis zu den ehemaligen Siegern im Geist der Kooperation und des Ausgleichs, der europäischen Einbettung und der militärischen Abrüstung gestaltete. Dies festzustellen bedeutet nicht wenig: Es geht darum, den Vorrang von Demokratie vor Einheit, den Vorrang von Europa vor Nation festzuhalten.

Daß es sich bei der deutschen Vereinigung von 1990 wiederum wie 1848 um eine sogenannte »Parallelaktion« handelte – Demokratie und Einheit der Nation als die zwei Seiten einer Medaille zu vollenden, ist die eigentliche historische Dimension der Frage nach der »Vollendung der deutschen Einheit«. <sup>1</sup> Ob sich die »Demokratielinie« und die »Einheitslinie« diesmal in der deutschen Geschichte fest miteinander verschmelzen lassen, ob die Überwindung der innerdeutschen Gräben als eine Herausforderung für die deutsche Demokratie, die Reife und Zukunft seiner politischen Kultur angenommen wird, ist der Kern der deutschen Frage.

1 Vgl. Klaus Hartung: Neunzehnhundertneunundachtzig. Ortsbesichtigungen nach einer Epochenwende, Hamburg-Zürich 1990, 1992, S. 160.

Das erklärt, warum es im Streit zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen zuweilen weniger um die Zukunft als um die Vergangenheit geht. Die Frage, wie Deutschland die Überwindung seiner geteilten Geschichte interpretieren wird – ob als Teil der Wiederherstellung einer demokratischen, europäischen Zivilisation oder als Wiedergeburt einer nationalen, deutschen Macht – ist somit von größter Bedeutung. Der Schlüssel für die Antwort auf diese Frage liegt nicht zuletzt in der Deutung der Ereignisse von 1989.

*Mit dem Gesicht nach Westen: Die deutsche Einheit als Element einer europäischen Bewegung*

Am Anfang der Herbstereignisse von 1989 stand in der DDR die Losung: »Ein offenes Land für freie Menschen«. Leipziger Demonstranten trugen sie am 4. September 1989 auf einem Transparent aus einer Kirche auf die Straße. Diejenigen, die dies zuerst forderten, sahen für sich die Zukunft im Westen. Sie stießen aber in einem entscheidenden Moment eine Tür auf, die ungeahnte Kräfte freisetzte und in einen demokratischen Aufbruch in ganz Mittel- und Osteuropa mündete.

Das Motto »Ein offenes Land für freie Menschen« stand für das Programm der europäischen Wende von 1989, der »Rückkehr« des Ostens nach Europa. Der Westen war das Synonym für Teilhabe an Freiheit und Wohlstand, für eine Vorstellung vom besseren Leben. Der Wunsch, Anschluß an den Westen zu finden, war also kein Ausdruck nationaler Einheitsphantasien, sondern einer ersehnten europäischen Identität. Von Warschau bis Sofia und von Prag bis Kiew entzog die Bewegung »Rückkehr nach Europa« der europäischen und damit der deutschen Teilung die Grundlage. Es war nicht die Idee der nationalen, sondern die Idee der individuellen Selbstbestimmung, das Streben nach persönlichem Glück und freier Entfaltung, die am Anfang dieser jüngsten europäischen Zeitenwende standen. Es war der Traum vom »Pursuit of Happiness«, jener in der europäisch-atlantischen Zivilisation seit 200 Jahren verankerten Vorstellung von Freiheit und Teilhabe an einem diesseitigen Gelingen.

Die Glaubwürdigkeit jener organisierenden Idee des Westens steht heute quer durch Europa auf dem Prüfstand. Die Praxis des westlichen Wohlfahrtsstaates, die sich als erfolgreicher erwies als das realsozialistische Experiment des Ostens, steht im Westen zur Disposition ehe sie im Osten verwirklicht wurde. Der Osten ist im System der internationalen Arbeitsteilung auf das Niveau der Entwicklungsländer zurückgefallen und dürfte über lange Zeit das Armenhaus Europas bleiben. Die Offenheit der westlichen Gesellschaften, ihre daraus auf ganz Osteuropa wirkende Attraktivität, droht in der Wiederbelebung nationaler Egoismen und vergessen geglaubter historischer Rechnungen steckenzubleiben. Neue Grenzziehungen ethnischer, wirtschaftlicher und militärischer Art sind bereits Realität oder in der Debatte. An die Stelle von Freizügigkeit und wirtschaftlicher Teilhabe tritt immer mehr eine Erfahrung von Europa, das soziale Ungleichheiten vertieft und zwischen Nationen alte kulturelle und ideologische Teilungen wiederbelebt. Deutschland ist in dieser Hinsicht nur der Modellfall eines sich fortsetzenden West-Ost-Gefälles.



Das Gelingen des demokratischen Wandels in Mittel- und Osteuropa, einschließlich Ostdeutschlands, wird davon abhängen, ob das neue System eine Balance zwischen offenem Wettbewerb und wirtschaftlich-kultureller Selbständigkeit und Selbstbestimmung erlaubt. Die Feststellung von nun 15 bis 20 Jahren wirtschaftlichen Rückstandes allein in Ostdeutschland ist wohl eine Tatsache. Eine hinreichende Antwort auf das, was auf dem Spiel steht, ist das noch nicht. Denn, wenn die Generation, die sich die Freiheit nahm, wirklich schon die »verlorene Generation« darstellen sollte, heißt das, vor den Augen ihrer Kinder die Errungenschaften der Demokratie zu demontieren, den Vorrang von Freiheit gegenüber Sicherheit, von Offenheit gegenüber Ausgrenzung zu diskreditieren.

*Wiederkehr der Geschichte oder wieviel Einheit braucht das Land?*

Die Namen der ostdeutschen Städte Hoyerswerda und Rostock stehen beispielhaft für die Brüchigkeit von Zivilität und Solidarität. Aber sie stehen nicht isoliert, sondern neben Mölln und Solingen im Westen als Synonyme nationalistischer und fremdenfeindlicher Gewalt. Die Gefahr des reaktionären Protestes gegen eine Gesellschaft, die im offenen Wettbewerb Verluste an sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit, Status und Perspektive zufügt, gilt für Ost und West.

Vorläufig haben die radikalen Auswirkungen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Westintegration bei den Ostdeutschen vor allem ein deutliches anti-westdeutsches Ressentiment hervorgebracht und damit verbunden eine gewachsene Distanz zu den von der Bundesrepublik übernommenen politischen Institutionen, Organisationen und Verfahren. Eine Folge der damit verbundenen ostdeutschen politischen Vertretungslücke<sup>2</sup> und damit einer unzureichenden Vermittlung spezifischer Interessenlagen ist die Wiederbelebung der PDS. Die PDS profitiert davon, daß die politische Repräsentanz ostdeutscher Eigeninteressen im Rahmen des westlich dominierten Parteiensystems nur mittelbar funktioniert.

Trotz der Einbettung des Umgestaltungsprozesses in die Rechtsordnung Westdeutschlands, die ein hohes Maß an politischer Stabilität garantierte und trotz des Anschlusses an eine hochentwickelte Wirtschafts- und Sozialordnung, die für weite Teile der Bevölkerung zunächst soziale Absicherung und wirtschaftliche Zugewinne brachte, signalisiert das schiere Überleben der PDS mehr als ein mentales Problem. Das wird sich in dem Maße verstärken, wie die wirtschaftliche Integration als Instrument der politisch-kulturellen Integration hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Das heißt, je mehr das Modell einer ökonomisch-stimulierten Akzeptanzbeschaffung für die Demokratie, die Wiederholung des westdeutschen Wirtschaftswunders unwahrscheinlich wird, desto mehr braucht es bei anhaltendem Zurückbleiben der Entwicklung im Osten eine politisch gestützte Akzeptanz der Demokratie. Es ist deshalb durchaus von Bedeutung, ob die PDS als Medium einer kritischen Erfahrung mit der deutschen Einheit sich als demokratischer Mitspieler qualifizieren kann oder ob sie, an den Rand gedrängt, eine wachsende Klientel radikalisiert.

Mehr als das Phänomen PDS muß daher zunächst die drastisch

2 Vgl. Heidrun Abromeit: Die »Vertretungslücke«. Probleme im neuen deutschen Bundesstaat, in: Gegenwartskunde 42 (3), S. 282-292; Helmut Wiesenthal: Blockaden, Asymmetrien, Perfektionsmängel. Ein Vergleich der Repräsentationschancen sozialer Interessen im Transformationsprozeß, Arbeitspapier 93/5 der AG Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern der Max-Planck-Gesellschaft.

3 Angaben nach:  
 Leben 95. Leben in  
 Ostdeutschland. Daten  
 und Feldbericht. Empirisch-  
 methodische Arbeitsgruppe  
 am Sozialwissenschaftlichen  
 Forschungszentrum Berlin-  
 Brandenburg, Berlin 1995.

verschlechterte Einstellung der Ostdeutschen zu den demokratischen Institutionen und Partizipationsmöglichkeiten nachdenklich machen. Empirische Erhebungen zeigen, daß seit 1990 ein ständig schwächer werdendes Potential für eine aktive demokratische Mitgestaltung zur Verfügung steht. Es hat sich bis 1995 ebenso halbiert wie die positive Einstellung zum pluralistischen Parteiensystem. Hielten im Jahr 1990 fast 90 Prozent die Parteien für »wichtig«, so sind es 1995 nicht einmal mehr die Hälfte. Zufrieden mit den etablierten demokratischen Institutionen sind nur noch ein Viertel der Ostdeutschen.<sup>3</sup>

Wie kann man die Ressourcen für eine stärkere Motivation zur demokratischen Mitwirkung wieder freisetzen? Verschüttet wurden sie gleichwohl in selbstverschuldeter Haltung ostdeutscher Unterwerfung, wie auch durch westdeutsche Arroganz und Ignoranz. Wenn sich heute dagegen eine noch widersprüchliche Form ostdeutschen Selbstbewußtseins äußert, so steckt darin auch ein produktives Potential, das auf mehr Gestaltungsfreiheit und Verantwortung drängt. Die westdeutsche Öffentlichkeit und weite Teile der deutschen Politik gehen allerdings angesichts solcher Zumutungen lieber auf Distanz.

Hier liegt die eigentliche Aufgabe: Die Politik muß den langen Atem für eine Einheit, in der Verschiedenheit willkommen ist, erst noch entdecken. Sie muß für die Einlösung der Teilhaberechte einer anders geprägten Teilgesellschaft und für die Integration der historischen Erfahrung des Ostens Raum bieten. Aber gerade dies verweigert sie bisher aus ideologischen Gründen. Voraussetzung für eine solche Politik ist die Abkehr von einem Konzept der sogenannten »nachholenden Modernisierung« des Ostens, von einer Politik, die alle ostdeutschen Besonderheiten als Defizite deutet.

*Ostdeutsche Identität – ein unfreiwilliges Vereinigungsprodukt*  
 Seit »Der Spiegel« im Sommer 1995 eine ganze Reihe von Beiträgen rund um das Thema »DDR-Nostalgie« veröffentlichte, hält die Debatte um die sogenannten »Befindlichkeiten« der Ostdeutschen an. Als ob man es mit einer paranoiden Erscheinung zu tun hätte, ergeht sich die öffentliche Meinung in verwirrten Analysen eines paradoxen Bildes: Obwohl die Ostdeutschen mehrheitlich betonen, ihre wirtschaftliche Lage habe sich seit der Vereinigung verbessert, sind sie zunehmend vom Verlauf des Einigungsprozesses enttäuscht und gar zu drei Vierteln der Meinung, »Bürger 2. Klasse« in Deutschland zu sein. Dieselben neuen Bundesbürger sind nun wieder »stolz auf ihr Leben in der DDR« und halten dafür, daß in sieben von neun wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen die Verhältnisse in der DDR besser waren, als sie im vereinten Deutschland sind. Damit hat sich bei den Ostdeutschen ein tiefgreifender Meinungsumschwung über die Zustände im Westen eingestellt, der sich nicht nur auf alte ideologische Vorurteile, sondern Erfahrung gründet. Sonst wären 1990 dieselben Ostdeutschen nicht bereit gewesen, die Bundesrepublik in wenigstens sechs von neun Vergleichsfeldern für überlegen zu halten!<sup>4</sup>

Die Wiedergeburt eines ostdeutschen Wir-Gefühls ist eine Reaktion auf die Begleitumstände des Vereinigungsprozesses. Der

4 Der Spiegel, Nr. 27/  
 3.7.1995: »Stolz aufs  
 eigene Leben«. Die  
 Angaben stammen aus  
 einer im Auftrag der Zeit-  
 schrift durchgeführten  
 Trend-Studie des Meinungs-  
 forschungsinstitutes Emnid.

Einstellungswechsel zeichnete sich allerdings schon seit 1992 ab.<sup>5</sup> Meinungsforscher deuten die Befunde so, daß die Ostdeutschen nach der Phase der Glorifizierung des Westens und einer Phase der resignativen Ernüchterung bis 1994 mit einem neuen Selbstbewußtsein reagieren: »Wo früher nur verschämt Aufklärung geleistet wurde, stehen die Ostdeutschen nun zu ihrer Vergangenheit, vor allem aber zur Selbstbestimmung ihrer Zukunft.«<sup>6</sup>

Warum tut sich die deutsche Öffentlichkeit mit dieser Entwicklung so schwer? Man hat sich auf beiden Seiten einer Täuschung hingegeben. Der Beitritt der DDR erschien vielen Ostdeutschen als Chance der kollektiven Auswanderung aus einer gescheiterten Geschichte. Und die Westdeutschen glaubten gern, die Ostdeutschen seien nur eine über vierzig Jahre verhinderte Spezies der eigenen Art geblieben, weil man den Osten immer weniger zur Kenntnis genommen hatte. Man tat beiderseits so, als schriebe der Osten im Jahr 1990 das Jahr Null. Das bedeutete auf der anderen Seite, die Besonderheiten des Ostens durchweg als Defizite zu bewerten. Alles im Osten Gewachsene erschien in den Kategorien von Schuld und Schulden.

Die Schulden tragen inzwischen alle zusammen. Damit wird aber die Last der Schuld, die der Osten allein trägt, umso schwerer. Die Vermischung von moralischer Haftung und materieller Abhängigkeit ist das Besondere der ostdeutschen Lage, die verglichen mit den anderen postkommunistischen Ländern zwar materiell privilegiert, psychologisch aber viel komplizierter ist. Das ostdeutsche Nachwende-Schicksal hatte eine große Gemeinsamkeit: die politisch-moralische Neubewertung der Biographien und daraus ganz praktisch folgend die Abwertung von Qualifikationen. Die kollektive Erfahrung der Entwertung der Arbeitsleistungen oder Lebensziele, die in der DDR etwas bedeuteten, erzeugte aus sehr verschiedenen Ostdeutschen in der Bundesrepublik ein historisch verwurzelttes Erfahrungskollektiv. Obwohl diese sogenannte Ostidentität nach innen eher schwach, weil nur sehr begrenzt solidarisationfähig ist, wirkt sie nach außen, auf die westdeutsche Gesellschaft und mobilisiert alte Stereotypen des Umgangs mit dem »roten Osten«.

Wenn es so ist, daß die kollektiven Erfahrungen, die Geschichte, die Ostdeutschen mehr binden und verbinden als ihnen gelegentlich lieb ist, dann wird klar, daß es ein kulturelles Problem gibt, das bei Ignoranz oder Mißbrauch durch die Politik nicht folgenlos bleiben wird. Der Berliner Soziologe Wolf Lepenies sprach schon von den »unbeabsichtigten Folgen eines demographischen Zynismus«, der heute auf das Ab- und Aussterben der noch in der DDR geborenen Generation setzt. Ein solches Konzept riskiere nicht nur die Verweigerung der älteren, sondern auch der jüngeren ostdeutschen Generation gegenüber gemeinsam gültigen politisch-moralischen Werten. Lepenies mahnt daher: »Die Entlegitimierung von Biographien verbaut Zukunftsperspektiven...Durch die Entlegitimierung von Lebensläufen treffen wir zunächst einzelne. Wir schwächen damit zugleich die allgemeine Zustimmungsfähigkeit für unsere neue, gemeinsame Demokratie.«<sup>7</sup>

Die wachsende ostdeutsche Verweigerung einseitiger morali-

5 Elisabeth Noelle-Neumann: Aufarbeitung der Vergangenheit im Schatten der Stasi, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 181, 6. August 1992, S. 8.

6 Klaus-Peter Schöppner in: Berliner Zeitung, 1. August 1995, S. 4.

7 Wolf Lepenies, a. a. O., S. 88.

scher wie politischer Schuldannahme folgt der Erfahrung auf dem Fuß, daß Urteile über das Leben in der DDR sich nur sehr selten die Mühe machen, diejenigen Bedingungen zu würdigen, die im historischen Kontext Entscheidungen und Haltungen rechtfertigen. Verständnis für die historischen Identitäten, die in der DDR gesucht und gefunden wurden, setzt die Bereitschaft voraus, die Motive und den Rahmen individuellen Handelns im geschichtlichen Raum »DDR« erst einmal anzuerkennen.

*Vollendung der Einheit – Wer hat die Deutungsmacht über das kollektive Gedächtnis?*

Längst ist klar, daß die Ostdeutschen auf Grund ihrer geschichtlichen Erfahrungen eine von den Westdeutschen abweichende Deutung der Lage entwickeln. Die objektiven Ursachen dieses Phänomens liegen in der Verarbeitung dreier Erfahrungen: Erstens in der Entdeckung der Zukunft in der Erfahrung des geschichtlichen Wandels; Zweitens in der Entzauberung der Gegenwart durch die Aneignung der neuen gesellschaftlichen Realität; und Drittens in der Wiederentdeckung der Vergangenheit als biographisch-kulturellem Besitz.

Wo dies als Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins in die öffentliche Debatte eingreift, bricht notwendigerweise ein Dissens auf, der über die unterschiedliche Bewertung der jüngsten Geschichte hinausweist. Dieser Dissens läßt sich eben nicht auf ein landmannschaftliches oder gar folkloristisches Sondergut nach der Art »Wir sind Sachsen, ihr seid Bayern« reduzieren. Das neue ostdeutsche Selbstbewußtsein ist im Kern ein vom westdeutschen abweichendes Geschichtsbewußtsein, das erst im Ergebnis der deutschen Vereinigung sich seiner selbst vergewisserte.

Die Anerkennung der DDR-Geschichte als Bestandteil deutscher Geschichte steht noch aus. Es gab keine »Stunde Null«, wie »Der Spiegel« am Tag Eins der Währungsunion 1990 sein Heft betitelte. Die Ostdeutschen haben, wenn auch von der Mehrheit zunächst vergessen, ihre Vergangenheit in die Zukunft des neuen Deutschland mitgenommen. Und sie beanspruchen mit Recht, daß das vereinte Deutschland an dieser Erfahrung teilnimmt.

Die DDR war in der konkreten Lebenserfahrung des Einzelnen vielgestaltig und keineswegs nur von Politik und Ideologie bestimmt. Auf eine besondere Weise hat sie die Vorgeschichte des Deutschland der ersten Jahrhunderthälfte beerbt und verarbeitet, wie zunächst die Bundesrepublik auch. Beide widerspiegeln in der staatlichen Teilung noch einmal den Antagonismus der politischen Lager der Weimarer Republik. DDR und BRD repräsentierten nach 1945 je einen Zweig der Links-Rechts-Polarisierung der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit. Diese war grob durch die unversöhnlichen Lagermentalitäten des Antifaschismus und des Antikommunismus der Zwischenkriegszeit gekennzeichnet. Durch den Ost-West-Konflikt wurden beide geographisch voneinander getrennt. Die wechselseitige ideologische Stabilisierung der beiden Deutschländer konnte erst seit Anfang der siebziger Jahre mit der neuen Ostpolitik und einem Generationswechsel allmählich durchbrochen werden.

Im Ende der Geschichte der DDR liegt somit eine gewisse Logik. Mit ihr kehrt auch eine Traditionslinie der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts wieder unter ein gemeinsames Dach. »Deutschland als ganzes«, wie es von den Vier Mächten bis 1990 doppelt aufgehoben wurde, wird erst dann seine innere Einheit finden, wenn es auch seinen bis heute im Westen aufgehobenen alten ideologischen Antagonismus bewältigt haben wird. Diese für die deutsche Demokratie entscheidende Aufgabe liegt noch vor uns.

# Hanna Behrend

## Rückblick aus dem Jahr 2000: Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht?

Gesellschaftsutopien – ob fiktionale oder als Wissenschaft einhergehende Gebilde – stellen als Visionen einer Zukunft ein Denkangebote des Autors/der Autorin dar; von anderen rezipiert, verarbeitet, modifiziert, verwandelt, können sie zu einem Teil der öffentlichen Debatte über die aktuellen Gesellschaftsprobleme und Reformvorstellungen werden.

Selbstverständlich gibt es in unserer heutigen Welt – nicht anders als in allen vergangenen Zeiten – kein einheitliches, kulturübergreifendes Zukunftsprojekt. Alle Visionen einer menschengerechten Welt werden durch die kulturellen Traditionen und Praktiken, durch die Befindlichkeit der agierenden Subjekte in den verschiedenen Teilen der Welt relativiert. Aber gibt es darum keinen Platz für die Suche nach menschengerechteren Zuständen?

Utopische Romane, aber auch Zukunftskonzepte nichtfiktionaler Art sind stets Momentaufnahmen eines Prozesses. Daher besteht zwischen Utopia und utopia in process, also zwischen der festgehaltenen und daher vergänglichen Vision einerseits und den von AkteurInnen betriebenen aktuellen zukunftssträchtigen Vorhaben, zu denen sie durch ihre Vision inspiriert werden, andererseits kein unauflöslicher Gegensatz.

Gewiß ist die Zahl der Ausprägungen des Widerspruchs zwischen Vision und der Möglichkeit, sie in reale Veränderungen einzubringen, Legion. Daher ist Utopia nur eine Sammlung toter Buchstaben, sofern ihre Funktion nicht als Vermittlerin einer (beschränkten) Anzahl von Zukunftstraditionen, als Bereichermoment für die eigenen durch die spezifische Sozialisation geprägten Gedankenspiele um Zukunftsmöglichkeiten gesehen wird. Es können gefährliche tote Buchstaben sein, sofern sie als Bauplan, als Fertigprodukt für alle Zeiten, Regionen, Umstände angesehen und zur Verhinderung niemals endender Kritik und Veränderung instrumentalisiert werden.

Gesellschaftliche Veränderung hat eine spontane und eine bewußte Komponente, die in zahllosen Modifikationen ineinander übergehen. Utopien können bewußten Veränderungswillen inspirieren, der die Klarheit darüber einschließt, daß er begrenzt ist. Seine Begrenztheit ist in den beschränkten Erkenntnis- und Veränderungsmöglichkeiten des einzelnen Subjekts begründet, aber auch darin, daß sich die verschiedenen Erkenntnispotenzen und Veränderungswillen zu völlig Neuem addieren, das mehr ist als die Summe der Einzelabsichten.

Hanna Behrend – Jg.1922, Dr. habil., geboren in Wien; Emigration 1938-46 nach Frankreich und England; seit 1946 in Ost-Berlin lebend; Studium der Geschichte und Anglistik; Dozentin für englische Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Publikationen zur englischen Sprache und Literatur, feministischen Theorie, zur Nachwende-Situation in Ostdeutschland. Herausgeberin der Reihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« sowie von »Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen«, Berlin 1996.

Seit mehr als drei Jahren kommt beim trafo verlag dr. wolfgang weist die Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« heraus. In dieser Reihe nehmen ost- und westdeutsche Akademiker und Akademi-

Utopie kann somit auch dann dazu beitragen, Wandel zu antizipieren, wenn es kein Ideal zu verwirklichen gibt und das historische Subjekt, das diese Veränderungen durchführen will und kann, nicht in den Kategorien definiert werden kann, die bisher dafür in Anspruch genommen wurden. So ist unwahrscheinlich, daß, wie von Bellamy angenommen, die national und sozial gesinnten Patrioten der USA dieses Subjekt sein werden; auch der Glaube William Morris' an die Fähigkeit der Arbeiterklasse, zum historischen Subjekt zu werden, das die Welt verändern könnte, ist geschwunden. Charlotte Perkins Gilmans Vision sah in den Frauen das Subjekt der Zukunft. Die AkteurInnen, die der unaufhaltsam vor sich gehenden Transformation der heutigen Gesellschaft eine menschengerechte Richtung geben könnten, die vom weiteren Weg in die Barbarei wegführen würde, werden so nicht mehr zu bestimmen sein. Woher die geschichtlichen Subjekte im Einzelfall kommen und welche Rolle Klassen-, Geschlechts- oder ethnische Zusammenhänge bei ihrer Vernetzung spielen könnten, läßt sich heute noch nicht vorhersagen. Sicher ist lediglich, daß es eine lineare Hoffnungsentwicklung, die sich auf eine einzige verbindliche Utopie orientiert, nicht mehr geben wird. Das Utopische ist nicht nur, wie Bloch meinte, »das im Rahmen der bestehenden Verhältnisse Unverwirklichbare«. Tatsächlich ist prinzipiell das in der vorliegenden Gestalt Vorhandene unverwirklichbar. Dennoch ist es, wie Bloch an anderer Stelle ebenfalls sagt, das »prozessuale Noch-Nicht«, das »Meinen und Intendieren, Sehnsucht, Wunsch, Wille, Wachtraum, mit allen Ausmalungen des Etwas, das fehlt. Aber das Nicht äußert sich ebenso als die Unzufriedenheit mit dem Gewordenen, daher ist es wie das Treibende unterhalb alles Werdens, so das Weitertreibende in der Geschichte«. (Ernst Bloch)

Auch der Verzicht auf bisherige Vorstellungen von der Funktion von Utopie kann diese nicht überflüssig machen. Die Suche nach der unerledigten Zukunft wird auch im visionären Gesellschaftsmodell fündig, das Bloch als den Überschuß über die bloße Ideologie der großen progressiv wirkenden Kulturwerke und als die »Zukunft in der Vergangenheit« bezeichnet.

### *Utopien und Dystopien*

Welten trennen uns heute von der Zeit, als der utopische Roman *Ein Rückblick aus dem Jahr 2000* [Looking Back from the Year 2000] von Edward Bellamy in den USA im Jahre 1888 erschien. Auf diesen antwortete 1890 der englische Kunsthandwerker und sozialistische Schriftsteller William Morris mit seiner Schrift *Kunde von Nirgendwo* [News from Nowhere or An Epoch of Rest]. Fünfundzwanzig Jahre später, im Jahre 1915, meldete sich die amerikanische Frauenrechtlerin Charlotte Perkins Gilmans, eine Bewunderin Bellamys, mit dem utopischen Werk *Ihrland* [Herland] zu Wort. Alle drei AutorInnen wollten mit ihren Romanen dem Lesepublikum eine menschenfreundliche Welt vorstellen, die die bestehende ablösen könnte, die sie und die Mehrzahl ihrer zahlreichen LeserInnen für dringend reformbedürftig hielten.

In den USA läuteten die Friedensglocken des Jahres 1865 nicht nur das Ende des Bürgerkriegs, sondern auch den unaufhaltsamen

kerinnen das Wort zu Grundproblemen unserer Zeit. Gestützt auf jeweils langjährige Lehr- und Forschungserfahrungen auf den Gebieten der Ökonomie, Philosophie, Soziologie, Psychologie oder Philologie versuchen sie die Fragen zu formulieren, die sich ihnen angesichts des Zusammenbruchs des einen und der derzeit vor sich gehenden globalen Veränderungen des anderen Gesellschaftssystems hinsichtlich der Zukunft der Menschheit stellen. Sie sehen ihre Überlegungen nicht voreilig als endgültige Wahrheiten an, sondern stellen sie zur Diskussion. Aus einem ostdeutschen Gemeinschaftsprojekt, das sich seit 1991 mit der Problematik Rasse-Klasse-Geschlecht auseinandersetzt und dem sich westdeutsche TeilnehmerInnen hinzugesellten, entwickelten sich in kritischer Auseinandersetzung miteinander neue, übergreifende Fragestellungen. Sie betrafen die Rolle der Macht und Gegenmacht in der modernen Gesellschaft, die weitere Entwicklung der menschlichen Reproduktion, die Akteure und Akteurinnen gesellschaftlicher Veränderung, Modernisierung und Emanzipation, Utopie und Wirklichkeit. Die drei bisher erschienenen Bände waren: Hanna Behrend/Anneliese Braun/Hans Wagner, 1995, *Emanzipation = menschliche Selbstveränderung?*, ISBN 3-930412-73-X, Berlin; Hartmut Krauss, 1996, *Das umkämpfte Subjekt. Widerspruchsverarbeitung im ›modernen‹ Kapitalismus*, ISBN 3-930412-74-8, Berlin; Daniela Weber, 1996, *Verfolgung – Vertreibung – Überleben: Frauen in den*

*Weltfluchtbewegungen*, ISBN 3-930412-95-0, Berlin. In dem im März 1997 erscheinenden Band IV der Reihe – Hanna Behrend, Isolde Neubert-Köpsel & Stefan Lieske, 1997, *Rückblick aus dem Jahr 2000 – Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht*, geht es darum, die Diskussion um die »verlorene Zukunft« durch eine Untersuchung zu fast vergessenen und in Deutschland in der Öffentlichkeit wenig bekannten utopischen Romanen zu bereichern. Zwar steht utopisches Denken nicht gerade hoch im Kurs. Die Ablösung der Utopie durch die Wissenschaft ist mit dem Staatssozialismus gescheitert. Es scheint der Mühe wert, die alten Gesellschaftsutopien auf ihre Zukunftsträchtigkeit zu prüfen.

Aufschwung des Industriekapitalismus ein. Die nun persönlich freien schwarzen SklavInnen wurden zu schwarzen LohnarbeiterInnen, meist in der Landwirtschaft. Massen von politischen und Wirtschaftsflüchtlingen aus Europa wanderten in die Vereinigten Staaten ein und wurden zum weißen amerikanischen Proletariat, aus dem nur eine kleine Zahl allmählich in die besser situierten Schichten aufstieg. Die ethnischen und nationalen Differenzen innerhalb der amerikanischen Arbeiterklasse verzögerten und belasteten ihre Organisierung in Gewerkschaften und ihre politische Willensbildung. Die romantische und heroische Zeit des Westwärts-Trecks der PionierInnen und in deren Gefolge die Massenvertreibung der UreinwohnerInnen des Halbkontinents war so gut wie beendet. Zu Ende gegangen war auch die von religiös motivierten Frauen unterstützte demokratische Bewegung des Abolitionismus, des Kampfes um die Abschaffung der Sklaverei. Eine neue Frauenbewegung entstand.

In Großbritannien hatte sich der Industriekapitalismus mit seinen »finsternen und teuflischen Fabriken« (William Blake) durchgesetzt, und die britische Arbeiterklasse war seit hundert Jahren gewerkschaftlich organisiert. Sie hatte Genossenschaften gegründet und schickte sich an, ihre politischen Vertreter in das politische Herrschaftssystem zu integrieren.

Als diese utopische Literatur entstand, gab es auch auf dem europäischen Kontinent bereits organisierte Lohnabhängige. Die in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen organisierte Avantgarde der Arbeiterklasse sah sich als historische Akteurin dazu berufen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen. Das ausgehende 19. Jahrhundert in Europa war auch die Geburtsstunde der Frauen- und antikolonialen Befreiungsbewegung.

Utopische Projekte, die ein menschengerechteres Zusammenleben anstrebten, entstanden vor allem in den fortgeschrittenen angelsächsischen Ländern, aber auch auf dem europäischen Kontinent. In den USA versuchten Koloniengründer, sie in die Praxis umzusetzen.

Mit dem Scheitern der Bemühungen, den Ersten Weltkrieg zu verhindern, erlitt vor allem die Arbeiterbewegung ihre erste folgenschwere internationale Niederlage.<sup>1</sup> Als Gilmans utopischer Roman *Herland* erschien, erfuhr auch die Frauenbewegung, die sich die Er kämpfung politischer Mitbestimmungsrechte für die Frauen zum Ziel setzte, durch den Krieg einen Rückschlag, von dem sie sich bis Ende der sechziger Jahre nicht mehr erholte – ungeachtet der Tatsache, daß Frauen in den USA und den meisten europäischen Staaten nach dem Krieg das aktive und mit Einschränkungen auch das passive Wahlrecht zugestanden wurde.

Trotz aller Warnzeichen war das kapitalistische Gesellschaftssystem unerschütterlich, und keine Gegenmacht schien es bis zur Oktoberrevolution in Rußland ernstlich gefährden zu können. Diese löste 1917 eine schwere Krise des bisher weltumspannenden Systems aus. Die im Gefolge des Ersten Weltkrieges auf dem europäischen Kontinent ausbrechenden Umsturzbewegungen und die großen antikolonialen Kämpfe in Indien und China in der ersten

1 Natürlich war es für den Pazifismus des 19. Jahrhunderts ebenfalls ein gewaltiger Rückschlag.



Hälfte des 20. Jahrhunderts erschütterten es zwar, aber nur vorübergehend.

Nach der Niederlage des deutschen und italienischen Faschismus im Zweiten Weltkrieg mußte das kapitalistische System in Europa und den ehemaligen Kolonien vorübergehend Einbußen an Macht und Einfluß hinnehmen. Die Erfolge der Arbeiter- und antikolonialen Bewegungen waren jedoch temporärer und punktueller Natur.

Diese weltpolitische Krise spiegelte sich unter anderem in einem Wandel im literarischen Genre der Utopie wider. Die naiv zukunftsgläubigen utopischen Gesellschaftsmodelle wurden durch phantastische Darstellungen von zukünftigen Schreckensvisionen abgelöst, die sich auf die in der Realität zunehmend sichtbaren totalitären Gesellschaftsstrukturen bezogen. Diesen Dystopien lag der Gedanke zugrunde, daß die Verwirklichung der Utopie unvermeidlich zu totalitären Gesellschaften führen und damit die in der französischen Revolution begründete Freiheit des Individuums zurücknehmen würde.

Seinem dystopischen Roman *Schöne Neue Welt* [Brave New World, 1931] stellt der englische Schriftsteller Aldous Huxley (1894-1963) ein Motto voran, das von Nikolaj Berdjajew (1874-1948) stammt. Es ist eine Absage an alle Bemühungen, die ideale Gesellschaftsbilder in der Hoffnung konstruieren, sie würden sich realisieren lassen und der Menschheit Glück und Harmonie bringen. Bereits in der Gleichsetzung von Utopie und Dystopie in dem Motto wird sichtbar, daß Berdjajew und Huxley davon ausgehen, alle erdachten Gesellschaftsmodelle würden sich nur in Gestalt von Horrorvisionen realisieren lassen:

»Utopien scheinen leichter zu verwirklichen als wir das früher für möglich hielten. Heute steht vor uns eine auf andere Art qualvolle Frage: Wie verhindern wir, daß Utopien schließlich verwirklicht werden? ... Denn Utopien sind realisierbar. Das Leben selbst drängt zur Utopie. Vielleicht beginnt doch ein neues Zeitalter, da Intellektuelle und die Klasse der Gebildeten davon träumen, wie sie Utopien verhindern und in eine nicht-utopische Gesellschaft zurückkehren können, die weniger ›vollkommen‹ ist, in der es aber mehr Freiheit gibt« (Huxley, XVI).<sup>2</sup>

Bereits 1895 hatte der englische Schriftsteller H. G. Wells in seinen Romanen *Die Zeitmaschine* [The Time Machine] und drei Jahre später *Der Krieg der Welten* [The War of the Worlds] Schreckensvisionen zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung beschworen. Darin malte er ein Bild total entfremdeter, entmündigter und entindividualisierter Menschen, die füreinander nur Gleichgültigkeit aufbringen.

1907 schuf der amerikanische Schriftsteller Jack London in seinem Roman *Die eiserne Ferse* [The Iron Heel] eine bedrückende Vision eines totalitären Staates, gegen den sich das Proletariat vergeblich erhebt.

Fünf Jahre nach der Veröffentlichung von *Herland* entstand 1920 mit dem Roman *Wir* des russischen Schriftstellers Samjatin (1884-1937) der erste der großen dystopischen Romane des 20. Jahrhunderts.<sup>3</sup> Auch in der politischen Realität im revolutionären Rußland hatten sich bereits zunächst keimhaft totalitäre staatliche und ideo-

2 Aus dem Französischen von mir übersetzt – H.B.

3 Die in der unmittelbaren Tradition des Samjatinischen Romans stehenden *Brave New World* Huxleys und Orwells *Animal Farm* [Farm der Tiere] 1944 und 1984 (1948), aber auch William Golding, *Lord of the Flies* [Herr der Fliegen] (1954), sowie Anthony Burgess, *A Clockwork Orange* (1962) sind die bedeutendsten von Männern geschriebenen Dystopien. Marge Piercy's *Woman on the Edge of Time* [Frau am Abgrund der Zeit] (1976) und Margaret Atwood's *The Handmaid's Tale* [Die Geschichte der Magd] (1985) gehören zu den wichtigsten feministischen Dystopien.

4 Auf einem Kolloquium des Fördervereins Konkrete Utopien: Die konstruktive Kraft des Nullpunkts. Über Samjatin's »Wir« und die Zukunft der politischen Utopie am 2. Dezember 1995 in Berlin.

logische Strukturen gebildet. Diese bildete Samjatin hypertrophiert ab und gestaltete sie zu einem totalitären Herrschaft antizipierenden Gesellschaftspanorama. Richard Saage nennt diese Dystopien Furchtbilder, die selbstkritisch die Utopiemodelle ihrer literarischen VorgängerInnen in Frage stellen und dabei jene »Utopien des großen Ganzen gegenüber dem Einzelnen ins Absurde treiben«<sup>4</sup>. Die Fortschritte in Wissenschaft und Technik im 19. Jahrhundert hatten große Hoffnungen ausgelöst, die sich als trügerisch erwiesen. Sie dienten nicht der Erleichterung und Verbesserung des Lebens der Menschen, sondern verschärften Armut und Ausbeutung. In den Dystopien wurden sie zu Machtinstrumenten eines terroristischen Staatsapparats.

Das auf zivilrechtlichem Konsens beruhende repressionsfreie Rechtssystem der utopischen Gesellschaftsbilder des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts verwandelte sich in den neuen Romanen in eine von den BürgerInnen scheinfreiwillig akzeptierte Terrormaschine – die Arbeit zum Nutzen des Gemeinwesens erstarrte zu fremdbestimmter Zwangsarbeit. Selbstbestimmtheit und Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten werden von entindividualisierenden und enthumanisierenden Zwängen abgelöst, die vom omnipotenten Staat und seinen Apparaten den BürgerInnen auferlegt werden.

Die utopischen Visionen des 19. Jahrhunderts waren mit dem Ziel erdacht worden, der erbarmungslosen kapitalistischen Realität ein menschengerechtes System entgegenzustellen. In diesem sorgte ein nicht mit Repressionen, sondern mit Rehabilitationsmaßnahmen arbeitendes Rechtswesen dafür, daß im Sinne der hegemonialen menschengerechten Normen unangepaßtes Verhalten von Individuen korrigiert wurde.

In den Dystopien war jedoch das Staats- und Rechtssystem a priori menschenfeindlich und heuchlerisch. Unter der Maßgabe des Gemeinwohls erzwangen die Machthaber Anpassung an den Status quo ihrer Herrschaft durch Repressionen oder Manipulationen. Weder Arbeit noch Muße blieben selbstbestimmt, die Machthaber unternahmen alles, um die individuelle Ausprägung der Menschen auf jede mögliche Weise auszumerzen. Sie fürchteten nichts mehr als die Einmaligkeit des individuellen Menschen. Diese Einmaligkeit ermöglicht schließlich innerhalb der Grenzen der Sozialisation die selbständige Verarbeitung von Erfahrungen und damit die eigene freie, unmanipulierte Entscheidung. Da zur Ausbildung der Individualität die Erziehung von individuellen Gefühlen, die Ausbildung von Geschlechtsbeziehungen zwischen Individuen – nicht allein als Paarungs-, sondern als menschliche Gattungsbeziehungen – und schließlich die allgemeine Menschenliebe, Toleranz und Solidarität innerhalb der Gattung gehören, mußten diese Gattungsspezifika in erster Linie manipuliert, deformiert oder zerstört werden. In den dystopischen Romanen gelingt das den Herrschenden allerdings niemals vollständig. Neben den Personen, die eine totale Anpassungsleistung demonstrieren, gibt es in diesen Romanen stets Widerständige, die nicht bereit sind, ihre Individualität gänzlich preiszugeben. Saage sieht in diesen Texten in der Sexualität und Liebe den letzten Zufluchtsort

menschlicher Individualität. Sie sind von systemsprengender Kraft insofern, als durch Liebende in den Romanen die Grenzen der Macht und die Risse im totalitären System erkennbar werden.

Die utopischen Visionen enthielten keine systemimmanenten Widersprüche. Sie bezogen ihre Dramatik aus der Auseinandersetzung mit der realen Gegenwart, die manchmal durch eine Figur, durch die/den Zeitreisende/n repräsentiert, gelegentlich durch andere literarische Mittel der Vision entgegengesetzt wurde. In den Dystopien sind die einem Pseudo-Gemeinwohl dienenden Systeme ebenfalls unveränderlich. Dort führt das jedoch zur Erstarrung und totalen Entwicklungsunfähigkeit. Das Genre reflektiert systemimmanente Widersprüche in der Auseinandersetzung zwischen den Herrschenden und den Angepaßten einerseits und den Widerständigen, Solidarischen, Liebenden andererseits. Sie führen jedoch nicht zu systemüberwindenden Lösungen. Noch fallen am Ende dieser Romane die Widerständigen ihrer Unangepaßtheit zum Opfer.

In neuerer Zeit sind utopische Texte entstanden, die von Gesamtentwürfen utopischer Gemeinwesen absehen oder nur ausgewählte Seiten dieser Gemeinwesen ins Visier nehmen. Sie gestalten vielmehr bestimmte Aspekte zwischenmenschlicher Beziehungen, die sie vom Standpunkt eines utopischen Diskurses durchspielen. In Enzyklopädien werden sie nicht als Utopie oder Dystopie gewertet.<sup>5</sup> Oft spiegeln sie die Verweigerung der AutorInnen gegenüber großen Gesellschaftsentwürfen wider, die von ihnen als anmaßend und ideologiebelastet betrachtet werden. Es handelt sich um surreale Phantasiegebilde, die nicht als denkbare Welten rezipiert werden können. Ihr subversiver und utopischer Gehalt muß aus Bilderwelt und Erzählstrukturen entschlüsselt werden. Dadurch lösen sie in den LeserInnen Selbsterkenntnis befördernde Aktivitäten aus und verweisen sie auf weltverändernde Optionen.<sup>6</sup> Das Realistische in solchen Utopien ist im Phantastischen oder Paradoxen aufgehoben. Solche literarischen Formen werden oft, aber keineswegs immer, von feministischen Schriftstellerinnen gewählt. Sie transportieren nur sehr vermittelt utopische Gesellschaftsvorstellungen. Vielmehr machen sie mittels dystopisch überhöhter oder paradoxer Abbilder von besonders schmerzlichen oder widerwärtigen Gesellschafterscheinungen kritische Aussagen über die soziale Konstruiertheit von Unterdrückten und Marginalisierten. Ihr utopisches Wesen liegt in ihrer Potenz, durch postmoderne sprachkünstlerische Mittel Herrschaftsstrukturen dort zu dekonstruieren, wo sie sonst gar nicht wahrgenommen werden. Sie tun dies auf eine Weise, die den LeserInnen die eigene Identität als kulturelles und soziales Konstrukt wahrnehmbar macht.<sup>7</sup>

### *Gesellschaftlicher Ort der Utopie*

Die Rezeption von Texten ist bekanntlich ein flexibler kommunikativer gesellschaftlicher Vorgang, der von der allgemeinen und speziellen Rezeptionsbereitschaft und Erwartungshaltung des/r Rezipienten/in abhängt. Diese werden vom Geschlecht, von der Generation, Nationalität, sozialen Einbettung, religiösen, weltanschaulich-philosophischen, politischen und künstlerischen Bildung, der Erfahrung wie dem Umfeld und anderen Prägungen der

5 In der *Europäischen Enzyklopädie zu Philosophien und Wissenschaften*, Hg. Hans Jörg Sandkühler, 1990, in der *New Encyclopaedia Britannica*, 1990, ebenso wie in *Meyers Lexikon*, Leipzig 1964 gibt es Utopien nur als komplexe Gesellschaftsentwürfe.

6 In einem Beitrag über Michèle Roberts Texte zeigt Isolde Neubert in einem unveröffentlichten Vortragsmanuskript vom Oktober 1996, wie die Schriftstellerin durch bewußte Provokation die LeserInnen zwingt, ihre eigene soziale Konstruiertheit kritisch wahrzunehmen.

7 Jenny Wolmark zufolge sind diese neuen postmodernen Texte eine besonders angemessene Antwort auf die komplexen Bedingungen postmoderner Wirklichkeit, speziell auf den Zusammenbruch traditioneller kultureller und kulturkritischer Hierarchien, auf die Aufweichung des Unterschieds zwischen Erfahrung und Erkenntnis, die zur Dezentrierung und Fragmentierung des Subjekts führten (Wolmark, 110, zitiert nach Neubert). Sie hält diese Literatur für besonders geeignet, die Möglichkeiten alternativer und nichthierarchischer Gender- und Identitätsdefinitionen auszuloten, die die Differenzproblematik aufheben, anstatt sie zu verdrängen (ebenda, 2).

8 In *Die Alternative. Zur Kritik am real existierenden Sozialismus* (1977) stellt Bahro fest, daß, nachdem Marx »in der ökonomischen Anatomie des Kapitalismus die theoretische Begründung für die kommunistische Bewegung« fand, sein Humanismus die »vorherige *Unmittelbarkeit* verloren [hat]. Die Utopisten vor ihm waren alle mehr oder weniger direkt von der ... allgemeinen Gattungsnatur des Menschen ausgegangen, hatten realistisch gezeigt, wie ihr die vorgefundene Gesellschaft ins Gesicht schlägt und dann ... einen Zustand konstruiert, der der menschlichen Natur gerecht wäre... Je mehr er sich nun in die politischen Kämpfe und ökonomischen Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft vertiefte, desto klarer erkannte Marx, daß es überhaupt nicht darauf ankam, das Modell einer neuen Gesellschaft auszuklügeln, sondern ... die wirkliche Bewegung aufzudecken und zu fördern, die den bestehenden Zustand aufhebt« (Ebenda, 27f.). Die »utopischen Elemente im Kommunismus von Marx« (Ebenda, 35) lagen für Bahro in dessen Überschätzung der Reife der Voraussetzungen für eine kommunistische Gesellschaftsordnung. Er habe ferner nicht vorausgesehen, daß »sich der allgemeinen Emanzipation des Menschen in dem weltweit geschürzten gordischen Knoten von Bürokratisierung und Entwicklungsungleichheit eine neue Herausforderung in den Weg stellen würde, die nun natürlich durch die immer noch nicht aufgehobenen Residuen des kapitalistischen Privateigentums zusätzlich verschärft wird« (Ebenda).

RezipientInnen geprägt. In sie fließt das aktuelle Befinden ein. All das kann bestimmte Seiten der Persönlichkeit zu produktiver Rezeption aktivieren oder diese blockieren.

Über Medien und MultiplikatorInnen verschiedenster Art erhält der gesellschaftliche Kommunikationsprozeß ständig neue Impulse, werden Teile der Kultur ausgeschaltet, verdrängt, andere werden aktiviert oder reaktiviert. Dabei stellen die kulturellen Informationen und Praktiken das Arsenal dar, aus dem sich das Angebot an kulturellen Optionen speist, das der Öffentlichkeit in einer bestimmten Zeit und an bestimmten Orten zur Verfügung steht. Es schöpft aus historischen und ideologischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Bereichen, aus kulturellem Erbe und neu entstandenen gesellschaftlichen Phänomenen und reflektiert verschiedene Interessen.

Fiktionen utopischer Gemeinwesen sind Teil der literarischen Kultur mit höchst unterschiedlicher Wirkungsgeschichte. In der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben sie sich in den kapitalistischen Industriestaaten sehr stark verbreitet und große Resonanz gefunden. In dem Maße, wie die diesem Gesellschaftssystem inhärenten Widersprüche von kulturellen Institutionen wie der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung, aber auch von anderen systemkritischen politischen und kulturellen Bewegungen und Vereinigungen wahrgenommen wurden und sich gesellschaftlicher Reformbedarf artikulierte, wurden alternative Gesellschaftsmodelle in fiktionaler Gestalt oder als politisches Reformprojekt entwickelt und positiv rezipiert, wurden ältere utopische Texte wiederentdeckt und neu interpretiert. Die mit der Entwicklung des Industriekapitalismus einhergehende Alphabetisierung bis dahin analphabetischer Teile der Bevölkerung und die gleichzeitig mit diesem neuen Bildungs- und Literaturmarkt entstandenen technischen Möglichkeiten für die massenhafte Produktion und den Vertrieb von Texten stellen eine Grundvoraussetzung dafür dar, daß auch die in diesen utopischen Texten transportierten Reformideen Teil der Arbeiter- und der liberalen Kultur werden konnten.

Vormarxistische und marxistische Zukunftsvorstellungen von einer klassenlosen, nicht profitorientierten, ausbeutungsfreien Gesellschaft gehörten auch in Deutschland zur Arbeiterkultur sowie zur Kultur linker Intellektueller und christlicher SozialistInnen.<sup>8</sup> Dieses »Utopiebewußtsein« war sehr diffus; seine Quellen reichten bis in die Entstehungszeit der Klassengesellschaften und der kulturellen Traditionen urchristlicher Sekten zurück.

Das war auch in anderen europäischen Staaten und in den USA der Fall. Oft ging die Utopie von der klassenlosen Gesellschaft mit anderen eschatologischen und sozialreformerischen oder feministischen Traditionen und verschiedenen philosophischen Richtungen eine Symbiose ein. In Deutschland waren Ernst Blochs Vorstellungen von der konkreten, verwissenschaftlichten und damit verwirklichungsfähigen Utopie<sup>9</sup> der wohl bekannteste und umfassendste Versuch, die Utopie als ein die gesamte Menschheitsgeschichte begleitendes kulturelles Phänomen zu einem wissenschaftlich-realistischen Zukunftsentwurf zu machen.

Bis in das 20. Jahrhundert hinein wurde in der Arbeiterklasse, der Intelligenz und unter Angehörigen anderer Schichten ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel für möglich gehalten. Seit dem Aufkommen totalitärer Machtstrukturen begannen sich das zu ändern. Die Entwicklung totalitärer Strukturen setzte in den zwanziger Jahren in Italien ein, erfaßte 1933 Deutschland und danach Spanien und Portugal. Ende der zwanziger Jahre brachte Stalin die Hoffnungen auf die Verwirklichung der Marx'schen utopischen Gesellschaft, in der alle Verhältnisse umgeworfen würden, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«, zum Erliegen, indem er das menschenorientierte utopische in ein reales totalitäres Staatsgebilde verwandelte.

Im Zweiten Weltkrieg machte Nazideutschland Osteuropa zum Ort des hochtechnisierten Massenmords an den europäischen Juden, Roma und Sinti. Aber: Totalitäre Strukturen charakterisierten bis 1989 die UdSSR auch unter Stalins Nachfolgern. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeichneten sich die europäischen Satellitenstaaten der UdSSR und die außereuropäischen staatssozialistischen Staaten durch totalitäre Strukturen aus, die allerdings unterschiedlich ausgeprägt waren. Bis heute trifft das für Nordkorea, die VR China, die VR Vietnam und in gewissem Maße auch für Kuba zu. Diese Entwicklung veränderte die kulturelle Situation in den kapitalistischen Industriestaaten von Grund auf – und damit auch den Stellenwert utopischer Texte.

### *Die Zerstörung der utopischen Gesellschaftsvisionen durch ihr Zerrbild*

Das totalitäre Herrschaftssystem des »Realsozialismus« konnte sich auf die utopischen Zukunftsvisionen berufen, die Marx und Engels aus ihren wissenschaftlichen Analysen des Industriekapitalismus ableiteten und in denen die alten Vorstellungen von einem Millennium<sup>10</sup> aufgehoben sind, obwohl es sich in jeder Weise als groteskes Zerrbild dieser Visionen erwies. Die Degeneration des sozialistischen Gesellschaftsmodells zum Gulag in Rußland und zur Kulturrevolution in China (vom Steinzeitmodell des Pol-Pot-Regimes ganz abgesehen)<sup>11</sup> führte zur Diskreditierung, Zerstörung und Verdrängung dieser Visionen in der Öffentlichkeit. Bereits die ersten Verbote totalitärer Entwicklung oder deren menschenfeindlicher Voraussetzungen in demokratischen oder anderen nicht totalitären Gemeinwesen hatten die Legitimität utopisch-sozialistischer Staatsvorstellungen und sozialistisch-feministischer Utopien erschüttert. Dystopische Gesellschaftsbilder traten nahezu vollständig an ihre Stelle, die schließlich immer mehr durch postmodern fragmentierte verdrängt wurden.

Auch auf dem Gebiet der Politik kam es in der zweiten Jahrhunderthälfte in den Industriestaaten der sog. Ersten Welt zu einem wachsenden Verlust an Motivation für grundlegende Veränderungen seitens der traditionell systemablehnenden Gesellschaftsschichten und potentiell subversiver gesellschaftlicher Elemente. Dieser erreichte einen Höhepunkt, als die seit den achtziger Jahren immer stärker werdenden sozialistischen und bürgerrechtlichen

9 Blochs Utopieverständnis stimmt mit der Utopie-Definition von Thomas Heubrock überein, der sie als ein »Antizipieren einer besseren Welt oder Gesellschaft, das sich auf ein Real-Mögliches in der Zukunft richtet, dessen physisches Medium Traum und Phantasie sind und dessen psychische Disposition die Hoffnung als bewußter Akt mit Handlungsbezug ist« (Heubrock, 38) beschreibt.

10 Der Vision des Millenniums bedienten sich auch die Nazis, die ihre Herrschaft als den Beginn eines tausendjährigen Reichs bezeichneten. Damit kehrten sie die in der Offenbarung Johannis im Neuen Testament geäußerte Prophezeiung in ihr Gegenteil. Dort bedeutet sie einen Zustand, in dem Satan besiegt und ein tausendjähriges Reich des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit von allen Sünden anbricht.

11 Auch die nach dem Ende der Stalin-Ära abgemilderten Praktiken vor allem in den Satellitenstaaten änderten nichts daran, daß den sozial gesicherten BürgerInnen die vollständigen BürgerInnenrechte vorenthalten wurden.

Reformbemühungen in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten, nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Staaten 1989 scheiterten. Obwohl seither die gesellschaftlichen Widersprüche zwischen der inneren Logik der Kapitalverwertung und den Menschheitsinteressen auf allen gesellschaftlichen Feldern eskalierten, waren die Wahrnehmung dieser Widersprüche durch die von ihnen Betroffenen und ihr Protest jedoch auf Teilaspekte der Politik (Nachrüstung, Nuklearanlagen und -entsorgung, Betriebsstillegungen u.ä.m.) begrenzt, deren Systemverknüpfung selten erkannt wurde. Auch entstanden gegen den in den achtziger Jahren einsetzenden systemstabilisierenden neoliberalen Umbau der kapitalistischen Gesellschaft, der der zunehmend globalen Struktur des Kapitals und der elektronischen Transformation der Produktion geschuldet war, Reformpläne; sie machten an einzelnen Symptomen, – an der Naturzerstörung, am Frauenhandel und der Frauendiskriminierung, am Elend des Trikonts, an der Kinderschändung, am Wissenschafts- und Forschungsmißbrauch usw. – fest, thematisierten aber nicht oder nur marginal deren Zusammenhang mit dem Wesen der Gesellschaftsordnung.<sup>12</sup>

12 Es gibt natürlich eine systemorientierte Kritik. Publikationen wie z.B. Brennan gehören aber nicht zum Hegemonialdiskurs und werden weitgehend ignoriert.

Der Macht des Kapitals, der die ganze Welt wieder einheitlich unterstellt ist, stehen die Ausgebeuteten, Unterdrückten und Diskriminierten nun ohne Hoffnung auf eine Systemalternative gegenüber, die für große Massen ein einigendes Band sein könnte. Die Enttäuschung und der Verlust des Glaubens an die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Alternative führen unter potentiellen historischen AkteurInnen vielfach zur »Lähmung ihres Utopiebewußtseins«, die ihre Widerstandsbereitschaft einschränkt oder in Resignation verwandelt. Neue Bedrückungen der Ausgebeuteten, Unterdrückten und Marginalisierten und Niederlagen ihrer Protestversuche lösen daher in der Regel keinen neuen Widerstand auf der Grundlage taktischer Neuorientierung aus, sondern Rückzug in die Passivität, Anpassung an das scheinbar Unvermeidliche oder sogar die Übernahme von scheinradikalen nationalistischen, chauvinistischen oder rassistischen Positionen.

Diese politische Entwicklung scheint das die Menschheitsgeschichte begleitende »Prinzip Hoffnung« endgültig begraben zu haben. Die auf menschengerechte Gemeinwesen orientierenden utopischen Gesellschaftsentwürfe verloren ihre frühere Bedeutung für die Entwicklung einer Gegenmacht zum bestehenden Herrschaftssystem. Um zu ermessen, wie folgenschwer dieser Bedeutungsverlust der utopischen Gesellschaftsmodelle ist, muß ihre emanzipatorische Funktion untersucht werden. Welche Rolle können utopische Visionen wirklich spielen, die von der Möglichkeit ausbeutungs-, unterdrückungs- und diskriminierungsfreier gesellschaftlicher Beziehungen ausgehen, von ganzheitlicher Lebensweise auf der Grundlage gattungserhaltender wirtschaftlicher und sozialer Prinzipien, von ethisch-moralischen Überzeugungen einer Verpflichtung des Menschen zum Erhalten allen Lebens auf der Erde?

*Was utopische Gesellschaftsmodelle nicht leisten können*

Die Vorstellung, utopische Gesellschaftsmodelle könnten die Rolle eines Bauplans der künftigen Gesellschaft spielen, den man

verwirklichen könne, übersieht, was bereits Friedrich Engels konstatierte: »Die Geschichte macht sich so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante – das geschichtliche Ergebnis – hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes *bewußtlos* und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem andern verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat... Aber daraus, daß die einzelnen Willen ... nicht das erreichen, was sie wollen, ... darf doch nicht geschlossen werden, daß sie = 0 zu setzen sind. Im Gegenteil, jeder trägt zur Resultante bei und ist insofern in ihr einbegriffen.« (Engels, 1974, 464).

Diese Einsicht steht allerdings im Widerspruch zu einer anderen Äußerung von Marx und Engels, derzufolge die Menschen ihre Geschichte dereinst – und zwar nach Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, wobei Marx und Engels hier offensichtlich nicht »Geschichte machen«, sondern »Gesellschaft gestalten« meinten – »mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan« machen würden, wenn sie sich der »*Notwendigkeit*, deren Ergänzung und Erscheinungsform die *Zufälligkeit*« und die »schließlich die ökonomische« ist, bewußt würden (Engels, 1973, 205f.). Auch diese zweite Aussage hat einen produktiven Kern insofern, als die Erkenntnis, was ökonomisch zu einem bestimmten Zeitpunkt notwendig und möglich ist, die strategischen Optionen für eine Veränderung bestimmt und begrenzt. Der deterministische Aspekt, den sie ebenfalls vermittelt, muß aber heute entschieden zurückgewiesen werden.

Bloch nennt die marxistische Utopie den »berichtigten Traum nach vorwärts« und das »stets gemeinte Licht«. <sup>13</sup> Er geht von der Erkennbarkeit historischer Gesetzmäßigkeiten und deren Vermittelbarkeit mit Hilfe der marxistischen Theorie aus, vom »gesetzmäßig erwartbaren, erreichbaren Ziel: der sozialistischen Humanisierung«, die nur »durch Unzulänglichkeit verdunkelt, durch Abwege bitter entfernt wird«. <sup>14</sup> Der Ausgang der Geschichte sei offen; bei entsprechender Motivation, Konsequenz, Beharrlichkeit und Integrität der historischen AkteurInnen »könnten auch die objektiv geltenden Gesetze der dialektischen Entwicklung und ihrer ferneren Möglichkeit wirksam leiten, glücklich fruktifiziert werden. In sich selbst als hoffende Hoffnung durchaus entschieden, muß doch der Ausgang selbst erst noch entschieden werden, in offener Geschichte, als dem Feld objektiv-realer Entscheidung« (Bloch, 1959, 486). Dieser Blochsche Ansatz kennt aber nur Erfüllung oder Chaos bzw. Barbarei und ist daher im Prinzip doch geschichtsdeterministisch. Die zahlreichen, durch den Zufall und die unendliche Vielfalt menschlicher Subjektivität ins Spiel gebrachten und daher nicht vorhersehbaren Optionen haben keinen Ort in dieser Theorie. Hannah Arendt hält es für »eine existentielle Illusion«, daß etwas so und nicht anders kommen müsse. <sup>15</sup> Diese Binarität der marxistischen Prognosen hat die dogmatische

13 Er zitiert zustimmend den 25jährigen Marx, der in einem Brief an Ruge 1843 schrieb, »daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von dem sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Es wird sich dann zeigen, daß es sich ... um die *Vollziehung* der Gedanken der Vergangenheit (handelt)« (Bloch III, 475f.). In diesem Brief sieht Marx das Vielgestaltige der menschlichen Widerstandsverarbeitung als eine einzige historische Tendenz, in der alle emanzipatorischen Ideen der Vergangenheit aufgehoben sind. Aus dieser sehr allgemein formulierten Aufhebung ergibt sich jedoch nicht zwangsläufig, daß das Bewußtwerden einer alten kulturellen Tradition, des utopischen Traums, gleichbedeutend sei mit deren gesetzmäßiger Realisierbarkeit.

14 Habermas sagt von Bloch: »Er will die beibehaltene Spekulation utopisch variieren. Die Heilsgarantie entfällt, aber die Antizipation des Heils bewahrt sich die Sicherheit: so oder gar nicht wird es gehen, alles oder nichts wird erreicht, die endlich erfüllte Hoffnung gemäß den vorweggenommenen Bildern der Erfüllung – oder Chaos« (Habermas, 157f.).

15 »Alles, was schließlich wirklich geschieht, schafft alle anderen, einer gegebenen Situation ursprünglich inhärenten Möglichkeiten aus der Welt. Man kann sich nun nicht mehr vorstellen, daß es auch anders hätte kommen können.« (in *Wahrheit und Politik*, zitiert nach Schindler, 56).

16 Bei diesem Versuch wurde vielmehr, wie Irrlitz zornig erklärte, »das irrealer und utopische Moral- und Politikelement im Marxismus, im originären Marx'schen Denken verwirklicht, das Marx aus einer zurückliegenden Struktur geschichtlicher Übergänge auf sein Konzept der ökonomischen Evolution des Kapitalismus gesetzt hatte... Nun wurde das Überholte an Marx' Werk das Entscheidende und Beschworene ... und das Wissenschaftselement, die aufmerksame Beobachtung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses zu dem Reifegrad, daß es seinen eigenen Formwandel produziert, das wurde ausgeschieden« (Irrlitz, 936f.). Obwohl Oskar Negt die Reformvorschläge »der gegenwärtig Regierenden und wirtschaftlich Mächtigen« meint, deren »ganze politische Phantasie sich darin erschöpft, die Probleme der Gegenwart vergessen zu machen«, trifft das, was er über »ihre Art von Realpolitik«, mit der sie die Zukunft entdeckt haben, in gewisser Weise auch auf andere utopische Projekte zu. Sie ignorieren die »Gebrochenheit des wissenschaftlichen Fortschritts, ... (die) Kritik der technologischen Entwicklung und der einseitig kapitalorientierten Ökonomie. Zukunft wird behandelt, als wäre sie eine fortgeschriebene und verlängerte Gegenwart. Es ist ein Täuschungszusammenhang, daß dieselben Kräfte, die gegenwärtig völlig außerstande sind, eine an ihr geschichtliches Ende angekommene Arbeitsgesellschaft aus der existentiellen Krise herauszuführen, in 10 oder 20 Jahren dazu imstande sein sollen« (Negt, in *Freitag*, 22.12.94, 7).

Haltung vieler führender RepräsentantInnen des Marxismus befördert.

Auch Rudolf Bahro kommt zu der bedenkenwerten Schlußfolgerung: »Es ist überhaupt Unsinn anzunehmen, eine Gesellschaft, die noch in wesentliche Interessengruppen unterschieden ist, könne ihre allgemeinen Interessen auf einen *wissenschaftlichen* Generalnenner bringen, der den sozialen Widersprüchen unvoreingenommen die Entwicklungsrichtung vorschreibt« (Bahro, 289).

Paradoxaerweise kommt Bahro jedoch für die Gegenwart zu der Schlußfolgerung: »Utopie gewinnt jetzt eine neue Notwendigkeit. Denn jene historische Spontaneität, die Marx und Engels auf den Begriff des naturgeschichtlichen Prozesses brachten ... *muß* heute überwunden werden. Es muß genau das geschehen, was die Begründer des Marxismus erwarteten: die kommunistische Bewegung ... muß ›alles von den Individuen unabhängig Bestehende‹ unmöglich machen, ›sofern dies Bestehende dennoch nichts als ein Produkt des bisherigen Verkehrs der Individuen selbst ist‹« (MEW, 3, 70f., zitiert nach Bahro, 300). Kein noch so viele Individuen überzeugendes Projekt kann (oder sollte) aber ›alles von den Individuen unabhängig Bestehende‹ unmöglich machen, alles Naturwüchsige und Spontane rationalisieren und organisieren. Auch die grundlegende und dringend gebotene Umwälzung der gesamten Produktionsweise, der von Bahro prognostizierte »Sprung ins Reich der Freiheit, (der) nur denkbar (ist) auf dem Untergrund eines Gleichgewichts zwischen Menschengattung und Umwelt, dessen Dynamik sich entschieden aufs Qualitative und Subjektive verlegt« (Bahro, 315), bleibt gebunden an spontane, naturwüchsige, von Individuen nicht voraussehbare Entwicklungen *und* an menschliches Engagement und Eingreifen.

Der von Ernst Bloch als »Motor der Geschichte« bezeichnete Marx'sche »Kategorische Imperativ« kann demnach nicht bedeuten, daß die Gesellschaft in Übereinstimmung mit irgendeinem noch so überzeugend vorausgedachten Gesellschaftsprojekt umgestaltet wird.<sup>16</sup>

Die Feministin Christina Thürmer-Rohr ist eine der schärfsten KritikerInnen utopischer Visionen. Sie hält die Verabschiedung vom Prinzip Hoffnung für unvermeidlich und unaufschiebbar (Thürmer-Rohr, 25). Anders jedoch als GegnerInnen utopischer Vorstellungen, die jede grundlegende Veränderung der gegenwärtig herrschenden Verhältnisse für verzichtbar und überdies nutzlos halten, weil sie nur wieder zu neuer Reformbedürftigkeit führen würde, bagatellisiert sie keineswegs die Unerträglichkeiten des Status quo, vielmehr hält sie Veränderungen für notwendig, wünschenswert und in Grenzen sogar machbar. »Warum brauchen wir eigentlich Hoffnung in die Zukunft, wenn wir die gegenwärtige Existenz zu akzeptieren uns weigern? ... Wir sollten leben lernen in der *Gegenwart* ... Sinngebungen zu entthronisieren und sich vom Zukunftsschwung zu verabschieden, ist kein Verzweiflungsakt, ... vielmehr eine Befreiung von Unrat, eine Art Säuberung«, schreibt Thürmer-Rohr provokativ (Thürmer-Rohr, 28-30).<sup>17</sup> Ihre Gegnerschaft gilt allerdings den an starre Zukunftsprojekte gefesselten Vorhaben, der »konstruierten Utopie, ... der Scheinwelt und Illusion und ... der institutionalisierten Paradiese« (Thürmer-Rohr, 30f.).<sup>18</sup>



Ihr Zorn über solche konstruierten Utopien, die nicht verhindert haben, daß die durch sie geweckten Hoffnungen pervertiert und enttäuscht wurden, ist nur allzu verständlich. Nur sind die Utopien und ihre AutorInnen weder für die Pervertierung noch für die Enttäuschung verantwortlich.

Utopische Gesellschaftsentwürfe sind Gedankenbilder, die – wie andere kulturelle Momente – einfließen in die Motivationsstrukturen von Individuen und Gruppen und die deren aktuelles Handeln in gewissen Zusammenhängen beeinflussen können. In solchen utopischen Entwürfen wird das Zukunftsmodell stets aus der Sicht der historisch konkreten Gesellschaftskritik der AutorInnen gestaltet, die wiederum ein Produkt ihrer sozialen Prägungen und weltanschaulich-politischen Bindungen ist. Jeder solcher Entwurf ist demnach eine erstarrte Momentaufnahme der Befindlichkeit des Verfassers/der Verfasserin zum Zeitpunkt des Schreibens. Nur wo dessen/deren Sorge und Betroffenheit über bestehende Zustände von dem Rezipienten/der Rezipientin geteilt werden, weil sie ihm oder ihr etwas bedeuten, wird diese/r das vorgeschlagene Lösungsmodell auf seine aktuelle außertextliche Sinnhaftigkeit und Brauchbarkeit prüfen und zu seiner/ihrer Handlungsmotivation machen. Das utopische Modell kann inspirieren, motivieren, zur Entwicklung von Handlungsstrategien beitragen. Keine einzelne Person oder soziale bzw. politische Gruppierung kann es jedoch einfach verwirklichen. Im Prozeß der Strategieentwicklung können Zukunftsmodelle eine große Rolle spielen, denn bewußt gewollte Veränderungen sind ohne vorher entwickelte und diskutierte Vorstellungen gar nicht möglich. Der Verwirklichungsprozeß bringt dann aber ständig neue Anpassungserfordernisse an das reale aktuelle Beziehungsgefüge hervor; dabei verändert sich das utopische Modell und mit ihm die strategische Zielstellung. Die geschichtsbildende Funktion der Utopie kann somit nur eine vermittelte sein.

Sie ist Teil der Frage nach den Entstehungsbedingungen geschichtlicher AkteurInnen. Vom gesamten gesellschaftlichen Umfeld, in dem Kunst und Literatur eine sehr unterschiedliche, vermittelnde Rolle spielen, hängt ab, ob sich Zukunftshoffnungen verbreiten, die Menschen ermutigen, den Gegenwartszustand nicht mehr zu ertragen, individuell zu protestieren und sich schließlich zu Widerstandsaktionen zusammenzuschließen. Dabei handeln sie aus einer Vielzahl von Motivationen und für eine große Zahl von Zielen, die verschiedensten Interessen dienen, von denen kein Ziel verwirklicht, aber auch keines für immer aufgegeben wird. Sie vertreten stets neben gemeinsamen Zielstellungen ganz unterschiedliche Vorstellungen von den ersehnten gesellschaftlichen Zuständen.

Ohne Überlegungen, wie es denn anders als bisher sein sollte, entstehen keine Handlungsmotivationen. Daher besteht die eigentliche Ursache der politischen Apathie in Deutschland, die sich u.a. im Fehlen großer Protestaktionen gegen den allgemeinen Sozialabbau, gegen die expansive Militärpolitik und die feindliche Innenpolitik gegenüber ausländischen Menschen, in der Dürftigkeit der Reformprojekte, in der wachsenden Wählerabstinenz äußert, darin, daß es kein Zukunftsprojekt gibt, das an die Stelle der alten,

17 Sie dekonstruiert Blochs Prinzip Hoffnung, indem sie die ständige Suche »des Menschen« nach einem besseren Leben, die er »als Ausdruck des Prinzips Hoffnung veredelt« (Thürmer-Rohr, 26) auf die »Selbstüberschätzung von Männern des Abendlandes und ihr blindes Vertrauen in ihresgleichen« (Ebenda, 27), auf »das *normale* patriarchale Denken, das sich auf sein Vorwärtstreben ... was zugute hält«, (ebenda) zurückführt. Aber indem sie die Gegenwart nicht als einen »unveränderlichen, betonierten Augenblick, ... (als) stationäre Dauer, ... erstarrte Möglichkeit, ... Apathie, ... Nicht-Handeln« definiert, verweigert sie sich nicht der Utopie als einem, aus der Kritik an der Gegenwart und deren Sinngebungen entstandenen Denkspiel mit Lösungsoptionen, ohne das engagierte gemeinnütziges Handeln nicht möglich ist« (Ebenda, 30). »Ich gehe davon aus, daß wir in dieser verrotteten Gegenwart Möglichkeiten haben zu leben und leben zu lernen; daß unsere einzige Rettung darin zu suchen ist, ganz auf dieses Leben gerichtet zu sein... Unsere Möglichkeiten zu erweitern: das allein könnte so etwas wie Erfüllung sein ... keine Leerformel ... die erst in irgend-einer zukünftigen Welt gefüllt werden könnte (Ebenda, 31ff.)«.

18 Es ist Thürmer-Rohr beizupflichten, wenn sie schreibt, daß wir im Moment eher wissen, was es *nicht* ist, was wir erstreben, als was es ist. Die Utopie, die sie den Traum nennt, finde in der Gegenwart statt »und ist dennoch nicht gekettet an den punktförmigen Augenblick, denn er greift

zurück, greift vor und vermennt die Zeiten nach seiner eigenen überraschenden Logik... Er nutzt die Möglichkeit, gegenwärtig etwas zeitmäßig zu denken, empfinden und ausdrücken zu können ... fügt scheinbar unverbundene Ereignisse und Zeiten zusammen. Wir können – gegenwärtig – mehr erfahren, als unsere Augen sehen können. Der Traum kann die Augen für neue Möglichkeiten im wachen Leben öffnen. Wir haben aber gelernt, aus ihm wenig zu lernen ... weil seine Informationen für ein ordentliches normales Leben und Denken bedrohlich sein können« (Thürmer-Rohr, 30f.). So verallgemeinert, findet das, was als utopische Praxis bezeichnet wird, überall dort statt, »wo ›Individuen sich subjektiv freiwillig und hochmotiviert engagieren – vom Organisieren im Vereinsvorstand bis zum Briefmarkensammeln, vom Eisenbahnmodell bis zur Erforschung der Lokalgeschichte« (Maase, 140) oder wo Individuen sich in »eindeutig klassenbewußten Aktivitäten« engagieren. Dem entspricht auch die Heubrocksche Formel für utopisches Bewußtsein, als »einer Mittelstellung zwischen Alltags- und Klassenbewußtsein« (Sandkühler, 679). Das so verstandene Utopische wurde von dem Philosophen Gerd Irrlitz bereits 1988 so kommentiert: »Die Auflösung der Wirklichkeit im alltagspraktisch verschnittenen Text«.

(Irrlitz, 930-955).

besonders in den ehemals staatssozialistischen Ländern unglaublich gewordenen Utopien treten könnte.

Selbstbestimmtes Eingreifen von Individuen und sozialen Gruppen bündelt sich zu großen Aktionen nur, wo diese Menschen überzeugt sind, daß die Geschichte einen Sinn hat und ihr Handeln zu menscheitsbefreienden Veränderungen beiträgt. Allerdings wird nur mit der Weisheit des Rückblicks erkennbar, was eine notwendige und gleichzeitig mögliche Utopie, d.h. eine mit den vorhandenen AkteurInnen, mit ihren realen Motivationen und Zielvorstellungen durchsetzbare Option war, die sich über scheinbare Zufälligkeiten und Widersinnigkeiten realisierte. Das begründet auch die Unverzichtbarkeit des menschlichen Geschichtsbewußtseins, das uns ermöglicht, Erfahrungen der Vergangenheit so zu verarbeiten, daß wir Zukunftsoptionen in der Gegenwart wahrzunehmen vermögen.

### *Was nützen uns die Hoffnungen der Vergangenheit?*

Welchen Nutzen kann also das Wiederlesen klassischer utopischer Texte dem heutigen Lesepublikum bringen? Haben Texte, die nicht wie die Dystopien vor Plänen für ein menschengerechtes »großes Ganzes« warnen und nachweisen, daß ein »Wir«, in dem harmonische Formen der Koordinierung der Einzelinteressen aufgehoben sind, stets zur Deformation und zum Scheitern verurteilt ist, heute noch eine Funktion? Müssen Texte der Vergessenheit anheimfallen, die nicht von vornherein auf die Gestaltung eines Gesellschaftsganzen verzichten und sich dafür auf die Dekonstruktion spezifischer Seiten des hegemonialen Sinn- und Bedeutungsfindens von Realität konzentrieren?

Die alten, utopischen Fiktionen gestalteten gesellschaftliche Strukturen, die der Kultur ihrer Entstehungszeit verpflichtet sind. Obwohl die VerfasserInnen Gegenpositionen zu den Herrschaftsstrukturen ihrer Zeit entwickeln wollten, zeigt sich in mancher Hinsicht die ihrer eigenen Sozialisierung geschuldete Begrenztheit ihrer Visionen. Vielen gesellschaftlichen Erscheinungen mißtrauten sie nicht, dekonstruierten sie nicht, weil sie sie für »natürlich« und daher gesellschaftlich nicht veränderbar hielten.

Neben obsoleten Passagen enthalten diese Werke aber auch Fragestellungen und Anregungen, Vorschläge, die sich auf Probleme beziehen, die heute sogar eine weit größere Bedeutung haben als zu ihrer Entstehungszeit. Reproduktions- und ökologische Probleme, die damals keine Rolle in der öffentlichen Debatte spielten, werden darin auf verblüffend innovative Weise behandelt. Was damalige Lesende und KritikerInnen nicht wahrnahmen, könnte sich heute als Inspiration erweisen.

Wir brauchen historische AkteurInnen, weil sich in unserer Welt im Überlebensinteresse der Gattung etwas ändern muß. Ohne die Reaktivierung des »gelähmten Utopiebewußtseins« wird dies nicht erfolgen.

Zu dieser Reaktivierung kann die Wiederbegegnung mit den alten »Weltverbesserungsvorschlägen« beitragen. Nicht, weil sie verwirklicht werden könnten oder sollten. Eine für alle Gruppen von Unterdrückten, Ausgebeuteten oder Diskriminierten akzep-

table Utopie wird es gewiß nicht geben. Die alten Texte sind jedoch, mehr als die dystopische oder postmoderne Kritik es sein kann, Beleg für eine menschliche Gattungseigenschaft, die allein die Zukunft der Gattung gewährleisten kann: Sie bezeugen die Fähigkeit der Menschen, die Denk- und Handlungsblockaden zu durchbrechen, die durch die Herrschaftsinteressen auf allen Feldern menschlicher Kritik am Bestehenden errichtet werden. Diese Fähigkeit ist begrenzt – das zeigen die utopischen Visionen nur allzu deutlich. Dennoch ist sie es, die die Überwindung gesellschaftlicher Entwicklungsschranken ermöglicht. Gerade in einer Zeit, in der ein großer Emanzipationsversuch gescheitert ist, bedarf es erneuter Prüfung und kritischer Analysen der Utopien der Vergangenheit. Neben Überholtem, das wir beiseite schieben müssen, sollten wir nach bisher unbeachteten produktiven Seiten der alten Zukunftsentwürfe suchen. Viele ihrer Einfälle, Ideen, moralisch-ethischen Haltungen sind noch uneingelöst. Wir können aus ihnen lernen, um uns bewußt zu machen, daß wir in einer unzerstörbaren Kontinuität menschlicher Emanzipationspotenz stehen.

- Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik am real existierenden Sozialismus.
- Bellamy, Edward (1955): The Religion of Solidarity, in: Joseph Schiffman (ed.): »Edward Bellamy: Selected Writings on Religion and Society«, New York.
- Bloch, Ernst (1954): Das Prinzip Hoffnung, Bd. I, Berlin/DDR.
- Bloch, Ernst (1955): Das Prinzip Hoffnung, Bd. II, Berlin/DDR.
- Bloch, Ernst (1959): Das Prinzip Hoffnung, Bd. III, Berlin/DDR.
- Brennan, Teresa (1994): Arbeitskraft, Natur und Reproduktionskosten, in: Das Argument, 3/Mai-Juni 1994.
- Engels, Friedrich (1973): an W. Borgius, London, 25.1.1894, in: Marx, Karl/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 39, Berlin.
- Engels, Friedrich (1974): an J. Bloch, 21./22.9.1890, in: MEW, Bd. 37.
- Freye, Northrop (1970): Varieties of Literary Utopias, in The Stubborn Structure, Ithaca.
- Habermas, Jürgen (1987): Philosophisch-politische Profile, Frankfurt/M.
- Heubrock, Thomas (1988): Utopie und Lebensstil, Köln.
- Huxley, Aldous (1991): Brave New World [Schöne Neue Welt], London.
- Irritz, Gerd (1988): Ankunft der Utopie, Sinn und Form, Berlin/DDR, 930-955
- Maase, Kaspar (1980): Zur Untersuchung kultureller Aspekte im Alltag, in: Wolfgang Fritz Haug, Kaspar Maase: Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur, Berlin.
- Negt, Oskar (1994): Zukunft: Wider den Mißbrauch eines Wortes, in: Freitag, 52/1, 22.12.1994.
- Saage, Richard (1990): Das Ende der politischen Utopie? Frankfurt/M.
- Saage, Richard (1992): Hat die politische Utopie eine Zukunft? Darmstadt.
- Saage, Richard (1995): Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien, Darmstadt.
- Saage, Richard (1996): Die konstruktive Kraft des Nullpunkts. Über Samjatins Wir und die Zukunft der politischen Utopie, in: UTOPIE kreativ Heft 64 (Februar 1996), S. 13-23.
- Sandkühler, Hans Jörg (Hg.) (1990): Europäische Enzyklopädie zu Philosophien und Wissenschaften, Hamburg.
- Schindler, Roland W. (1996): Geglückte Zeit – gestundete Zeit. Hannah Arendts Kritik der Moderne, Münster.
- Thomas, John L. (Hg.) (1967), Looking Backward by Edward Bellamy, Cambridge Mass.
- Thürmer-Rohr, Christina (1987): Vagabundinnen. Feministische Essays, Berlin.

# WERNER SEPPMANN

## Konkurrenz und Gewalt. Entwicklungstendenzen des Risikokapitalismus

### *Erstens:*

Der beängstigende Anstieg alltäglich erlebter Gewalt ist in den neunziger Jahren zum Kennzeichen aller entwickelten Industrieländer geworden. Rechtsradikale Gewaltexzesse und die Zunahme jugendlicher Aggressionsausbrüche verdichten sich in einem rauher gewordenen sozialen Klima zu einem beunruhigenden Gesamtbild. Die Frage nach den Ursachen beschäftigt Journalisten und Politiker, Psychologen, Kriminalisten und Soziologen gleichermaßen. Doch ist trotz ihrer Intensität und Breite die Gewaltdiskussion in eine Sackgasse geraten. Während das politische Management, die Justiz und große Teile der Publizistik bemüht sind, die Gewalteskalationen im allgemeinen und die ausländerfeindlichen Exzesse im besonderen als Ausdruck individuellen Fehlverhaltens erscheinen zu lassen, überwiegt in der wissenschaftlichen Diskussion zwar die Annahme ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung, jedoch fallen bei näherer Betrachtung der *theoretischen* Gewaltdiskussion zahlreiche Ungereimtheiten und Defizite ins Auge.

Die Ursachenanalysen bewegen sich auf zwei unterschiedlichen Problem- und Abstraktionsebenen, die bisher nicht überzeugend zueinander in Beziehung gesetzt wurden: In einem subjektzentrierten Ansatz werden aus einem sozialpsychologischem Blickwinkel gesellschaftliche Leidenserfahrungen und ihre individuellen Verarbeitungsformen thematisiert; die Gewaltdispositionen werden im Kontext der krisenförmigen Veränderungen der Sozialstruktur, als Reaktion auf eine elementare Verunsicherung der Lebensverhältnisse beschrieben. Eine primär politologisch orientierte Vorgehensweise konzentriert sich dagegen auf die Analyse der gesellschaftlichen Vermittlungswege reaktionär-irrationalistischer Orientierungen und beschreibt den Rechtsextremismus als eine Bewegung, die ihre Wurzeln in der »Mitte der Gesellschaft« hat. Aufgespürt werden beispielsweise die Sympathien gesellschaftlicher Funktionsträger mit rechten Weltbildern und autoritären Ordnungsvorstellungen.

Beide Forschungsrichtungen haben wichtige Detailerkennnisse vorgelegt, ohne daß sich bisher aus diesem heterogenen Material ein plausibles Bild über den Zusammenhang von sozialer Entwicklung, geistigen Desorientierungen und individuellen Gewaltdispositionen zusammengefügt hätte. Unterbelichtet bleibt in beiden Diskussionssträngen, in welchem Maße die rechtsextremistischen

Werner Seppmann – Jg. 1950; Sozialwissenschaftler, Dr. phil., nach Berufstätigkeit Studium der Soziologie und Philosophie, langjährige Zusammenarbeit mit Leo Kofler, Mitherausgeber der Marxistischen Blätter, zahlreiche Veröffentlichungen zur Marxismusforschung, historisch-materialistischen Methodologie, Sozialstrukturanalyse, Ideologiekritik, Sozialphilosophie und Kulturosoziologie.

Mentalitäten und die aggressiven Dispositionen ein mögliches, wenn auch nicht zwangsläufiges Resultat der herrschenden sozialen Praxis sind.

In den gängigen Erklärungsmodellen wird der Eindruck eines fundamentalen Gegensatzes zwischen der Gewaltbereitschaft in den sozialen Randzonen und den zivilisatorischen Standards der »Gesellschaft« erweckt. Dieses stillschweigende Einvernehmen der Gewaltforscher bei der Bewertung des »zivilisatorischen« Status der Gewalt, beruht auf einer systematischen Blickverzerrung: Ressentiment und Aggressionsbereitschaft werden als sozialer »Regelverstoß«, als eine Abweichung von den verbindlichen »gesellschaftlichen Normen« qualifiziert, dabei jedoch verdrängt, in wie elementarer Weise aggressive Orientierungen und Gewaltoptionen von alltäglicher Gegenwart sind. Auch wenn sie sich in der unspektakulären Alltagspraxis in anderer Gestalt als im rechts-extremen Terrorismus präsentieren, ist der Irrationalismus ein konstitutives Element privatwirtschaftlich organisierter Gesellschaften, Gewalt in der Form von Ausgrenzung, Übervorteilung, Verdrängung und sozialer Rücksichtslosigkeit in der »Leistungsgesellschaft« ein alltäglicher Verhaltensmodus.<sup>1</sup>

#### *Zweitens:*

Die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft ist durch eine unübersehbare »Dynamik« des Lebenskampfes geprägt. Beständig muß um die erreichte Position gerungen, der individuelle Lebensanspruch zur Geltung gebracht werden. Die materielle und soziale Reproduktion der Individuen ist an die Erfüllung objektiver Leistungsstandards und nicht selten an die bedenkenlose Durchsetzung egoistischer Interessen geknüpft. Es herrscht ein permanenter Handlungsdruck, der subjektiv als Unsicherheit und Existenzangst erlebt wird. Die Sorge, den Leistungsansprüchen nicht zu genügen, beruflich ausgegrenzt zu werden und sozial zu unterliegen, ist allgegenwärtig. »Diese elementare Unsicherheit der sozialen Existenz, die Ungewißheit, was die Zukunft bringen wird, legt den Individuen dringend nahe, energisch ihre Ellenbogen zu gebrauchen, um nicht unter die Räder zu kommen. Sie legt ihnen also nahe, sich egoistisch zu verhalten und, wenn es sein muß, auch Brutalität nicht zu scheuen, um im Lebenskampf sich durchsetzen zu können.«<sup>2</sup>

Um sozial zu bestehen, müssen die Menschen sich bedingungslos den Zwängen von Disziplin und Zweckrationalität unterwerfen. Dominant ist der Zwang zur komprimierten Leistung: immer mehr muß in immer kürzeren Zeiträumen geleistet werden. Die Signatur der »leistungsgesellschaftlichen« Lebensverhältnisse ist das rast- und maßlose Vorwärtstreben, das weder auf die individuelle Leistungsfähigkeit noch auf soziale Folgen Rücksicht nimmt; das Resultat ist sozialer Darwinismus, die Verdrängung und Ausschließung der Schwachen und Überzähligen.

Durch die Konkurrenzfiguration (Norbert Elias) werden die Menschen bis in die Tiefendimensionen ihrer Psychostruktur geprägt: Denn Leistung und Erfolg als »Imperativ allen Denken und Handelns ... erfordert vom Individuum eine ständige Aufmerk-

Sozialtheoretische Prognosen über eine evolutionäre Zwangsläufigkeit der »Zivilisierung« werden durch die realen Entwicklungstendenzen widerlegt; die Hoffnungen auf eine zunehmende »Zivilisierung« der Verhaltensstandards und auf eine Pazifizierung der sozialen Konflikte erweisen sich als Illusion. Norbert Elias pflegte in seinen letzten Arbeiten »häufig auf die sinkenden Unfallziffern zu verweisen, um seine These vom gestiegenen Selbstzwang zu erläutern. Doch fünf Minuten auf der Autobahn sollten eigentlich genügen, um sich zu überzeugen, daß hier nicht die Zivilisation herrscht, sondern das Gesetz des Dschungels«. S. Breuer: Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbsterstörung der technischen Zivilisation, Hamburg 1992, S. 39.

»Sich durchsetzen, sich nicht so leicht unterkriegen lassen« wurde 1977 von 59 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, 1988 aber schon »von 77 Prozent ... als Erziehungsideal empfohlen. Zwei Drittel aller Deutschen bestätigen in Umfragen, daß ihr Land eine Ellenbogengesellschaft ist, daß man im Beruf und im Leben »seine Ellenbogen gebrauchen muß, um voranzukommen.«  
 K. Bullan/J. Bischoff/  
 R. Detje u.a.: Nationalismus und neue Rechte, Hamburg 1993, S. 36.

samkeit und Anpassung, also ein kontinuierliches, beharrliches, kurz zwanghaftes Verhältnis zu sich selbst.«<sup>3</sup> Im gleichen Sinne spricht ein Vertreter des US-Bankkapitals von der Existenz eines »fortgeschrittenen Kapitalismus«, dessen »rauhes und brutales Klima den Beteiligten eine strikte Disziplin« auferlegt.<sup>4</sup>

Aus dem Zwang zur »Leistungssteigerung« und sozialen Positionsbehauptung entwickeln sich aggressive Verhaltensstandards; sie sind eine nicht unvermeidliche, aber nur schwer zu verhindernde Begleiterscheinung des alles beherrschenden ökonomischen Verwertungszwangs und des daraus resultierenden Konkurrenzprinzips: Denn dessen »Wesen, wie sehr es sich zu Zeiten (auch) versteckte, ist die Gewalt, die sich heute offenbart.«<sup>5</sup>

Die Wirkungen des abstrakten Verwertungszwangs und die aus ihm resultierende Konkurrenzmentalität bleiben nicht auf die Sphäre der Erwerbsarbeit, den Bereich des »instrumentellen Handelns« (Habermas), beschränkt, sondern prägen auch den sozialen Habitus, die Mentalitätsformen und »lebensweltlichen« Beziehungsmuster. »Die Wachstumsideologie manifestiert sich individuell in Karrierestreben und Konkurrenzdenken. Dies schlägt durch auf die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen. Äußerer, unechter, zweckdienlicher Offenheit und Gefühlszuwendung zum Trotz, wird der Mitmensch eher als feindlich und angstausslösend, denn als stützend und bereichernd erlebt: Er könnte ja mehr wissen, mehr haben, besser sein, das erstrebte punktuelle Ziel für sich beanspruchen, früher am Ziel sein. Folge davon ist die systematische Abwertung des anderen zur Erhaltung und Stabilisierung des eigenen Selbstwertgefühls.«<sup>6</sup> Es entwickelt sich eine feindliche Haltung gegenüber den Mitmenschen, weil sie als »Gegensatz« zu den eigenen Lebensinteressen erlebt werden und eine Mentalität des unbedingten Durchsetzungswillens, die grundsätzlich auf die Gewaltoption nicht verzichten kann. »Schon jetzt zeigt sich in der Jugend, sowohl in den Randzonen wie in der von Abstiegsängsten gebeutelten Mitte der Gesellschaft eine Radikalisierung der Durchsetzungsstrategien bis zum Gesetzesbruch.«<sup>7</sup>

Die erfolgorientierte Lebensgestaltung hat viele der traditionellen (gemeinschaftsorientierten) Wertmuster und Verhaltensstandards an die Seite gedrängt. Sie sind zwar nicht vollständig verschwunden, üben aber einen immer geringeren Einfluß auf die individuellen Entscheidungen aus. Durch die Verallgemeinerung der Rücksichtslosigkeit verändern sich die sozialen Verhaltensstandards; zu beobachten ist eine zunehmende Verrohung der sozialen Verkehrsformen. Das Alltagsbewußtsein beschreibt den sozialen Zustand mit den Begriffen »soziale Kälte« und »Ellenbogengesellschaft«: Die im sozialen Umgang tabuisierte Gewalt schlägt durch den Zwang, die eigene soziale »Handlungsfähigkeit« zu bewahren, zunehmend in Akzeptanz von aggressiven Durchsetzungsstrategien um. Unter den Jugendlichen halten »fast jeder zweite Junge und jedes dritte Mädchen Gewalt für normal«.<sup>8</sup>

#### *Drittens:*

Mit der ökonomischen Reproduktionsdynamik verändern sich die sozio-kulturellen Standards; tendenziell gleichen sich die alltägli-

chen Verhaltensweisen dem Zeitverständnis im Wirtschaftsleben an. Nicht nur über die Werbung wird das Ideal des schnellen Lebens, der rastlosen Jagd nach dem »Erlebnis« vermittelt. Auf der Suche nach »spektakulärer« Abwechslung und konsumbestimmten Erlebnisreizen werden große physische und psychische Anstrengungen in Kauf genommen. Freizeitaktivitäten finden beispielsweise immer stärker in kommerzialisierten, warenförmig strukturierten Organisationsformen statt und sind in einer ähnlichen Weise leistungsbetont wie das Berufsleben. Auch im Freizeitsport sind Aufputzmittel weit verbreitet, wird von vielen zur Leistungssteigerung die Gefahr der Selbstzerstörung in Kauf genommen. Akzeptiert werden diese Verhaltensweisen, weil sie den (verinnerlichten) ökonomischen Leistungsmustern entsprechen. Stimulierend ist dabei die Angst, etwas zu verpassen, und weil Nichtteilnahme schon den Verdacht der »Verweigerung« erweckt.

Trotz der Reduzierung der quantitativen Arbeitszeit fühlen sich die meisten Menschen abgehetzt und klagen über einen chronischen »Zeitmangel«. In den modephilosophischen Diskursen werden solche »sozio-kulturellen« Entwicklungen ursächlich auf die Eigendynamik des technologischen Progresses zurückgeführt und die Metapher »Geschwindigkeit« zur Charakterisierung der Epoche benutzt. Unbeachtet bleiben in diesen Reflexionsformen die ökonomischen Ursachen solcher Erscheinungen: die beträchtliche Erhöhung und beständige Forcierung der Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals, aus denen der tendenzielle Fall der Profitrate und daraus wiederum eine proportionale Verstärkung der Konkurrenzorientierung resultiert. Die »Investitionsraten« müssen kontinuierlich erhöht werden, wenn auch nur das erreichte Niveau der Wertschöpfung aufrecht erhalten werden soll.

Geführt wird der unvermeidliche Kampf um den überlebenswichtigen ökonomischen Konkurrenzvorteil auf dem Feld technischer Innovationen. Die Entstehungszeiten neuer Technologie-Generationen werden nicht nur in der Computer-Industrie immer kürzer. Auch die Entwicklungsphasen neuer Modellreihen in der Automobilindustrie sind innerhalb weniger Jahre um mehr als die Hälfte reduziert worden; in fast allen Branchen werden neue Produktgenerationen in immer kürzeren Abständen auf den Markt geworfen. Doch trotz aller Anstrengungen will sich soziale Sicherheit aber nicht einstellen; jeder Marktvorteil und jeder technologische Vorsprung kann sich durch die Aktivitäten der nachfolgenden Konkurrenten innerhalb kürzester Zeit verflüchtigen. Für die beteiligten Menschen bedeutet das, beständig mehr und besseres leisten zu müssen und für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit die Dominanz eines zwanghaften Bedürfnisses permanent über die bestehenden ökonomischen Wachstums- und Leistungsgrenzen hinaus zu streben. In kapitalistisch organisierten Sozialsystemen »geht es, wie man nicht nachdrücklich genug hervorheben kann, um Zeitgewinn und um die damit verbundenen Konkurrenzvorteile ... Der allgegenwärtige Zeitdruck erzwingt ... eine so unübersehbare Reduktion und Minimierung aller Schnörkel und Floskeln, eine solche Raffung aller umständlichen Vermittlungen, daß sich der inter- und intraorganische Kommunikationsstil mehr und mehr jener

»Fall der Profitrate und beschleunigte Akkumulation sind insofern nur verschiedene Ausdrücke desselben Prozesses, als beide die Entwicklung der Produktivkraft ausdrücken. Die Akkumulation ... beschleunigt den Fall der Profitrate... Andererseits beschleunigt der Fall der Profitrate wieder ... die Akkumulation, der Masse nach...« Die Anpassung des Kapitals an diese sich ständig verändernden Bedingungen der Mehrwertproduktion konstituiert neue ökonomische Disproportionalitäten; der tendenzielle Fall der Profitrate und die Beschleunigung der Akkumulation verstärken die gesellschaftliche Krisenentwicklung, deren alltagsrelevanter Ausdruck die Verunsicherung der Lebensver-

hältnisse ist. »Soweit die Rate der Verwertung des Gesamtkapitals, die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion ist (wie die Verwertung des Kapitals ihr einziger Zweck), verlangsamt ihr Fall die Bildung neuer selbständiger Kapitale und erscheint so als bedrohlich für die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses; er befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung«.

K. Marx: Das Kapital, Dritter Bd., in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25, S. 251f.

Ein Frankfurter Werbefachmann »interpretiert« die zunehmende soziale Polarisierung in seiner Stadt als Chance zur eigenen Bewahrung. Das Leben unter den Bedingungen der zunehmenden Konkurrenz ist nach seinen Worten »kosmopolitisch, modern und, ja und gefährlich ... es ist kämpferisch, es ist wettbewerbsorientiert, es ist ... auch nicht rücksichtnehmend ... es fordert einfach immer auch dazu heraus, sich eben zu behaupten und sich durchzubeißen. ... Finde ich an sich für den einzelnen, dem es gelingt zu bestehen, positiv«.

Zit. nach: S. Grimm/K. Ronneberger: Weltstadt und Nationalstaat. Frankfurter Dienstleistungsangestellte äußern sich zur multikulturellen Gesellschaft, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt und New York 1994, S. 119f.

Haß und Mißachtung trifft auch jene, die im Alter gebrechlich sind und nur noch zur Last fallen: »Die erste Dunkelfelduntersuchung,

zeitgenössischen Architektur angleicht, die das Ornament zum Verbrechen erklärte (A. Loos). *Zeitökonomie und Zivilisation schließen einander aus.*«<sup>9</sup>

#### *Viertens:*

Leistungs- und Anpassungsdruck prägen auch das Klima in den Schulen und Ausbildungseinrichtungen, gerade weil die beruflichen Perspektiven undeutlich und unsicher geworden sind. Jeder zehnte Schüler im Alter zwischen 13 und 16 Jahren greift regelmäßig zu Beruhigungs- und Schlafmitteln, um der Drucksituation standzuhalten.<sup>10</sup> 15 bis 20 Prozent eines jeweiligen Jahrganges scheitern an dieser fatalen Kombination von Leistungserwartung und Perspektivlosigkeit, ziehen sich resignativ zurück und sind besonders anfällig für Alkohol und Drogen – oder entwickeln eine verstärkte Gewaltbereitschaft. Extrem gewaltbereit ist nur eine Minderheit. Aber dieser harte Kern von drei Prozent schreckt auch vor großer Brutalität nicht zurück.<sup>11</sup>

Aber nicht nur in den unteren Sozialetagen hat die strukturelle Krise in den letzten Jahren Unruhe und Unsicherheit verbreitet. Auch viele Angehörige der etablierten Schichten mit qualifizierten Berufen müssen beständig um ihren erreichten Sozialstatus kämpfen, ohne je ein untrügliches Gefühl der »Sicherheit« realisieren zu können. Durch ständig veränderte Qualifikations- und Leistungsanforderungen in Kombination mit dem Druck, der von den beruflichen Konkurrenten ausgeht, entsteht eine diffuse »Angst vor dem Absturz«<sup>12</sup>, die psychische Kompensationsbedürfnisse hervorruft. Als eine den aufstiegsorientierten Lebensverhältnissen entsprechende Rationalisierungsform lassen sich in diesen Schichten Interpretationsmuster beobachten, die positiv an soziale Konfrontationsvorstellungen anschließen und zur Legitimation sozialer Rücksichtslosigkeit dienen.

Weil die Menschen permanent gezwungen werden, ihre Funktionalität und Leistungsfähigkeit an anderen zu messen, verinnerlichen sie ein Denken in den Kategorien von Über- und Unterordnung, Stärke und Schwäche. Diese Deutungsmuster können sich bei Gefährdung der eigenen Existenz zu Ressentiments verdichten, die zur sozialen Positionsbehauptung »instrumentalisiert« werden. Denn wer faktisch zu unterliegen droht, wird versuchen, seine (tatsächlichen oder auch nur die eingebildeten) Konkurrenten abzuwerten. Aktiviert werden zu diesem Zweck die der herrschenden Praxis zugrunde liegenden Leistungs- und Normalitätsnormen, denen zu entsprechen sowohl den schon Ausgegrenzten (den Arbeitslosen) als auch bestimmten ethnischen Gruppen (die alleine schon durch ihre Hautfarbe oder kulturelle Praxis stigmatisiert sind) nicht gelingen kann.

Aggressives Verhalten ist nur die Fortsetzung einer latenten Barbarei, die »die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert«<sup>13</sup>: Der Gewaltwelle der letzten Jahre ist eine Phase der Entsolidarisierung, der gesellschaftlichen Positionsverschiebungen und des zugespitzten Konkurrenzverhaltens vorausgegangen. Die Fetischisierung der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und des Erfolgstrebens, der Mythos von Stärke und Leistung finden ihre



Entsprechung in der Wut auf die Ausgegrenzten und in Attacken auf die Schwachen und Außenseiter, weil sie mit ihrer scheinbaren Leistungsverweigerung ein Gegenprinzip zu den verinnerlichten Leistungs- und »Normalitäts«normen repräsentieren. Wer das Tempo nicht mithalten kann, alt und gebrechlich ist, wird nur noch widerwillig geduldet, ihm immer öfter die »Nutzlosigkeit« seiner Existenz zu verstehen gegeben. Samuel Beckett hat die Zukunft der alten und ausgestoßenen Menschen im »entwickelten« Kapitalismus intuitiv richtig erfaßt, als er ihnen einen Platz in der Mülltonne zuwies!

Um die bestehenden Vergesellschaftungsbedingungen von ihrer Verantwortung für die Renaissance der Gewalt zu entlasten, muß das legitimatorische Denken tief in die Rumpelkammer skeptischer Geschichtsmetaphysik und negativer Anthropologie greifen. Wenig originell aber dem resignativen Gegenwartsbewußtsein »plausibel«, wird der Gattungsgeschichte ein unumkehrbarer Zwang zur Selbsterstörung unterstellt, Gewalt als Schicksalsbestimmung menschlicher Existenz beschrieben. Um die Ursachen der zivilisatorischen Verfallserscheinungen verschweigen zu können, wird sie zu einer Naturkraft verklärt, die wie eine Katastrophe über die Menschen hereinbricht.<sup>14</sup>

#### *Fünftens:*

Der industrielle Kapitalismus hat die Rationalität in den praktizistischen Teilbereichen extrem gesteigert, das Zusammenspiel der technischen und sozialen Kräfte aber dem blind produzierten »Zufall« überantwortet. Obwohl durch ihr eigenes Handeln konstituiert, erleben die Menschen die soziale Welt als bedrohlich und rätselhaft; die Produkte ihres gesellschaftlichen Handelns treten ihnen als feindliche Macht gegenüber, nehmen »für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen«<sup>15</sup> an. Durch die kapitalistische Organisation des ökonomischen Reproduktionsprozesses werden in einer angeblich »entzauberten Welt« (M. Weber) menschliche Selbstentfremdung, verdinglichtes Bewußtsein und neue Mythologien erzeugt.<sup>16</sup>

Diese »Reaktivierung der mythischen Kräfte«<sup>17</sup> ist die irreversible Begleiterscheinung der universellen Durchsetzung der Warenform: Obwohl die Handelnden intensiv aufeinander bezogen sind, dominiert bei ihnen der Eindruck der sozialen Isolierung. Die Wahrnehmung des Anderen bleibt durch die Konkurrenzorientierung geprägt, das gesellschaftliche Gegenüber wird als gegensätzliches Prinzip zur eigenen Existenz und den eigenen Lebensinteressen erlebt. Es verfestigt sich eine elementare Bedrohungserfahrung. Der ordnenden und planenden Strategie in den zweckrationalen Handlungsbereichen steht das »Chaos« der sozialen Welt gegenüber.

Je größer aber das Gefühl der sozialen Fremdheit und je intensiver das Bedrohungserlebnis ist, um so stärker entwickelt sich nicht nur ein Orientierungsbedürfnis, sondern auch der Drang nach einem Gemeinschaftsgefühl. Denn die existenzielle Bezogenheit der Menschen aufeinander äußert sich nicht nur in dem Zwang zum kooperativen Handeln, sondern auch in einem Streben nach

die das kriminologische Forschungsinstitut in Hannover kürzlich für das Bundesfamilienministerium anstellte, offenbarte ein erschütterndes Leid der Schwächsten, das so gut wie niemand anzeigt. Etwa 120.000 Alte werden nach der Studie schwer mißhandelt, eine halbe Million gedemütigt, vernachlässigt, eingeschlossen, am Bett festgebunden, durch Medikamente ruhiggestellt, durch Nahrungsverweigerung schikaniert und schließlich finanziell ausgebeutet.«

A. Barth: Verroht unsere Gesellschaft?, in: Der Spiegel, Nr. 51, 1996, S. 60.

Geborgenheit und sozialer Anerkennung. Doch stehen im Alltagsleben das »Bedürfnis nach Nähe« und der Zwang, die Mitmenschen abzuweisen, in einem ständigen Widerstreit. Je weniger sowohl die emotionalen Ansprüche als auch die Weltanschauungsbedürfnisse befriedigt werden, um so empfänglicher werden die Menschen für kompensatorische Orientierungen. Um leidvolle Lebensdefizite auszugleichen und um in einer strukturlos erlebten Welt ein Mindestmaß an Sinn und Orientierung zu realisieren, werden mythologische und irrationalistische Vorstellungen aus verdeckten Bewußtseinsschichten aktiviert: Esoterik und Wunderglauben, mythische Weltbilder und obskure Heilserwartungen, rassistische Weltdeutungen und nationalistische Identifikationsformeln haben am Ende des 20. Jahrhunderts Hochkonjunktur.<sup>18</sup>

Für ein kritisch maskiertes Legitimationsdenken, das sich durch die interpretatorische Verengung der geschichtsskeptischen Verallgemeinerungen in Horkheimer und Adornos »Dialektik der Aufklärung« legitimiert, verbietet sich die Erklärung der Bedeutungszunahme regressiver Orientierungsmuster aus konkreten Vergesellschaftungsproblemen. Der weltanschaulichen Entsorgung der Gewalt zum Verwecheln ähnlich, wird statt dessen die Remythologisierung des Denkens als Ausdruck ungebändigter Ursprungskräfte angesehen. In machtkonformer Interpretationsmanier werden gesellschaftliche Prozesse auf überhistorische Konstanten zurückgeführt, sozio-kulturelle »Paradoxien« als Ausdruck der unausweichlichen Selbstzerissenheit der menschlichen Existenz interpretiert. Durch den Sündenfall rationaler Realitätsaneignung erhält, nach den Maßstäben dieses Denkens, der Mythos ein Eigenleben und eine historische Determinationswirkung: »Im gleichen Atemzuge, wie der Mensch sich mittels des technischen Fortschritts von der Natur löst und sie sukzessive instrumentalisiert, gleicht er sich ihr seelisch wieder mehr und mehr an, ja er wurzelt in ihrer Ursprungsmacht.«<sup>19</sup> Von den *benennbaren* sozio-ökonomischen Konstellationen, die zur Remythologisierung des Denkens und zum Umschlag von Rationalität in Irrationalität und Gewalt führen, ist nicht die Rede<sup>20</sup>: Daß die menschliche Gattung zu Destruktion und Grausamkeit fähig ist, gilt als hinreichender Grund ihres periodischen Ausbruchs. Solche Verdrängungsarbeit negiert alles, was bisher über die »Nachseite« der bürgerlich-kapitalistischen Zivilisation zur Sprache gebracht wurde.

#### *Sechstens:*

Einschneidende Veränderungen im Wirtschaftsleben haben die Dominanz der zweckrationalen Denkweise verstärkt und zu einer weitgehenden Abkoppelung der Handlungsrationalität von den menschlichen Bedürfnisperspektiven geführt: Die ökonomischen Prozesse werden immer abstrakter und die konkreten Abläufe fast ausschließlich in der Form bürokratischer Kennziffern (d.h. abstrakter ökonomischer Effizienzkriterien) registriert. Gleichermaßen sozio-struktureller Ausdruck und Bedingung dieser Tendenz zur Gleichgültigkeit gegen menschliche Lebens- und elementare Sozialinteressen ist die zunehmende Trennung des Besitzes der Produktionsmittel von der Leitung des Produktionsprozesses.

Daraus resultiert eine »Vergesellschaftung« der Leitungstätigkeiten, die eine zunehmende »Vergesellschaftung« des kapitalismusimmanenten Selbstverwertungszwangs zur Folge hat. Von der affirmativen Gesellschaftstheorie ist die Trennung von Kapital und Geschäftsführung als eine Form der »Demokratisierung« der ökonomischen Verhältnisse interpretiert worden. Doch existiert zur Rechtfertigung einer solchen Auffassung nicht einmal ein täuschender Schein: Die Manager und »leitenden Angestellten« werden nur dann in ihre Funktion berufen, wenn sie über einen »unternehmerischen« Blickwinkel verfügen, sie also den Verwertungs- und Akkumulationszwang verinnerlicht haben.

Durch ihre besonderen sozialen Existenzbedingungen bringen sie den Verwertungsgesichtspunkt noch viel rücksichtsloser zur Geltung, als eine ökonomische Führungsschicht, in der Kapitalbesitz und Leistungsfunktionen konzentriert waren. Denn der angestellte Manager unterliegt einem Bewertungsraster (deren zentrales Element die Kapitalrendite ist), dem er sich bedingungslos unterwerfen muß, wenn er seine eigene Stellung sichern und verteidigen will. Durch diese soziale Konstruktion gewinnt der kurzfristige Erfolg immer größere Bedeutung. Nicht mehr perspektivische Kapitalverwertungsstrategien sind gefragt, sondern die profitablen Rückläufe der Investitionen in immer kürzeren Zeiträumen. Der Gewinnausweis im Jahresbericht (wenn nicht gar im Quartalsabschluß) wird zum absoluten Maßstab.

Immer seltener führt die »unsichtbare Hand« des liberalen Dogmas zum Umschlag individueller Interessenwahrnehmung in den sozialen Vorteil. Die im gesellschaftlichen Sinne produktive Aktivität verliert zunehmend an Bedeutung; gefragt ist der Weg zum »schnellen Geld«, auch wenn er, volkswirtschaftlich betrachtet, nur durch destruktives Handeln zu realisieren ist: Firmen werden aufgekauft, um sie zu zerschlagen und die einzelnen Teile besser veräußern zu können, Arbeitsplätze vernichtet, um kurzfristig die Kapitalrendite zu erhöhen. Für soziale Rücksichten ist unter diesen Bedingungen immer weniger Platz. Bedenkenloses Gewinnstreben muß sich auch nicht länger maskieren; Habgier und Egoismus haben ihren Makel abgestreift. Reichtum und Überfluß werden nach einer Phase der Zurückhaltung wieder schamlos zur Schau gestellt, die Zunahme der sozialen Differenzen begrüßt: Ein »Mehr an sozialer Ungleichheit ist unausweichlich.«<sup>21</sup>

Die zunehmende Verlagerung der *Profitrealisierung* in die Sphäre der Kapitalzirkulation und der größer werdende Einfluß des Finanzkapitals weitet die Herrschaft der abstrakten Verwertungs-perspektive immer weiter aus. Multis wie Siemens realisieren ihren Gewinn nur noch zu einem Drittel durch ihre industriellen Aktivitäten, den Rest durch Geldgeschäfte auf den internationalen Finanzmärkten. Die Tatsache, daß das Finanzkapital »besonders unpersönlich und von der direkten Produktion losgelöst ist«<sup>22</sup>, führt zu einer immer stärkeren Abwendung des wirtschaftlichen Leitungspersonals von den sozialen Elementarinteressen, denn für das Kapital sind Massenentlassungen und eine verunsicherte industrielle Reservearmee Anlaß zu gesteigerten Profithoffnungen.<sup>23</sup>

»Früher konnten Manager mit Hilfe von Prognosedaten den Horizont auf fünf bis zehn Jahre im voraus abdecken. Das geht heute nicht mehr. Die Produktionszyklen und Märkte ändern sich schneller, das Umfeld ist komplexer geworden.«  
WirtschaftsWoche (Wien), Nr. 3, 1993, S. 48.

*Siebertens:*

Zunehmende Aggressivität auf den verschiedenen sozialen Feldern ist eine unmittelbare Konsequenz aus der Verschärfung des Konkurrenzkampfes, der deshalb mit hoher Intensität ausgetragen wird, weil er unter den Bedingungen der »Globalisierung« für viele Individuen, Betriebe, Konzerne, Regionen und Nationalökonomien den Charakter eines Überlebenskampfes besitzt. »Herkömmliche, in den ersten Phasen der Industrialisierung entstandene soziale Zusammenhänge verlieren ihre Bedeutung. Die Individuen stehen ohnmächtig den abstrakten Bestimmungsmächten gegenüber und können nur ausbildungsmobil und arbeitsflexibel alles tun, um im Umkreis der ›Hochwertproduktion‹ oder auf der Ebene darunter nicht aus dem Arbeits- und Relevanzrahmen der in diesem Sinne entgrenzten und ungesellschaftlich gewordenen Gesellschaft herauszufallen. Die Globalität verstärkt die Gefahren einer weiteren ›systematischen Brutalisierung‹.«<sup>24</sup>

Es ist nur eine Frage der Zeit und der sozialen Umstände, wann die in solchen Situationen aufgestauten Gewaltpotentiale in offene Aggressionsformen umschlagen. Denn ökonomischer Expansionsdrang und individuelles Gewalthandeln sind nur die beiden Seiten der gleichen Medaille: des Kapitalismus als eines zur permanenten Ausdehnung und zur Machtkonzentration verurteilten Systems. Seine Tendenz zur Totalisierung entlarvt alle Hoffnungen auf seine partielle »Zivilisierung« als Illusion.

In Phasen sozialer Verunsicherung und existenzieller Bedrängnis verschärft sich mit dem Wettbewerb um die knapper gewordenen Arbeitsplätze auch das Konkurrenzbewußtsein der Arbeitskraftverkäufer. Diese Tendenz zur Entsolidarisierung ist die Grundlage für die Etablierung eines angst- und haßgeprägten Sozialklimas; es entwickelt sich bei nicht wenigen Individuen aus den verinnerlichten Prinzipien des Konkurrenzkampfes eine »generalisierte Verfolgungsbereitschaft«<sup>25</sup> gegen die als Bedrohung registrierten Gruppen. Es entsteht ein Haß, der nicht auf Außenseiter und Ausländer beschränkt bleiben muß, sondern sich auch (wie es in den Konstitutionsphasen des historischen Faschismus der Fall gewesen ist) gegen die »Bedrohung« durch die »Massen«, d.h. gegen die unteren Gesellschaftsschichten richten kann. Mit der Gefahr des sozialen Abstiegs entwickelt sich ein Distanzierungsbedürfnis, die nachdrückliche Bereitschaft der Abgrenzung zu jenen Schichten, in die man abzusinken droht.

Unter der dünnen und fragilen Schicht der bürgerlichen Zivilisation potenziert sich eine antizivilisatorische Tendenz, die im zwanzigsten Jahrhundert immer wieder zum Ausbruch gekommen ist – und es gibt »keine Anzeichen dafür ..., daß diese Entwicklung zum Stillstand gekommen wäre«<sup>26</sup>. Spitzt sich der ökonomische Existenzkampf zu und werden in der Krise die Verteilungsspielräume enger, ist die Regression der Verhaltenstandards tagtäglich zu beobachten: »1996 klagten bei einer Umfrage 85 Prozent der Beschäftigten, daß sich das Arbeitsklima in den vergangenen Jahren ›deutlich verschlechtert hat‹.«<sup>27</sup> Mit der konjunkturellen Talfahrt und der internationalen Neugruppierung des Kapitals wurden in der Wirtschaft der Ton rauher und unversöhnlicher,

unternehmerische Strategien und Konzepte immer häufiger in militärischen Begriffen präsentiert.

Von »Kampf«, »Angriff«, »Verteidigung« und »wirtschaftlichem Krieg« ist die Rede. Unmißverständlich artikuliert sich ein Honda-Manager: »Wir werden Yamaha zerstören, zermalmen, massakrieren.«<sup>28</sup> Bisher verbindliche ethisch-pazifizierende Verschleierungen werden für überflüssig gehalten, da die durch die Systemkonfrontation zwischen Ost und West diktierte Zurückhaltung nicht mehr opportun ist. In der Krise ist in den Kommandozentralen der Wirtschaft eine neue »Qualität« der Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit gefragt. In Worten, die dem veränderten Sozialklima »angemessen« sind, werden von den US-amerikanischen Unternehmensberatern Hammer und Champy, »die zur Zeit weltweit Millionenauflagen mit ihren Büchern erzielen«, die Funktionäre des Kapitals vor zuviel Nachgiebigkeit gewarnt, weil es ein »Zeichen von Schwäche wäre, den Leuten nur auf die Handgelenke zu klopfen, statt ihnen die Beine zu brechen.«<sup>29</sup>

Der symbolischen Kampfbereitschaft sowohl gegen den ökonomischen »Mitbewerber« als auch die Arbeitskraftverkäuferinnen und -verkäufer ist der faktische Krieg gegen die natürlichen Lebensgrundlagen vorgelagert. Ökologische Rücksichten gelten unter den globalen Konkurrenzbedingungen des »schubweise sich durchsetzenden unmittelbaren Weltsystems«<sup>30</sup> als nicht mehr zeitgemäß und sind politisch kaum noch durchsetzbar: Die in den letzten Jahren entstandene Sensibilität für die Ökologie-Problematik wird durch das Krisenbewußtsein, durch die verbreitete Angst um Arbeitsplätze und Wohlstand unterlaufen. Ein neuer kapitalistischer Fundamentalismus schafft Freiräume für die bedenken- und rücksichtslose Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.<sup>31</sup> Ökologischer Raubbau (parallel zu den »modernisierten« Ausbeutungsbedingungen der menschlichen Arbeitskraft) findet, als ökonomisch relevanter »Standortvorteil« bewertet, breite Zustimmung.

#### *Achtens:*

Die für den Einzelnen und die ökonomischen Apparate gültige Handlungsmaxime, den eigenen Vorteil ohne Rücksicht auf weiterreichende Konsequenzen zu realisieren, ist auch zwingend für die kapitalistischen Staatsgebilde. Durch die Globalisierung der Handelsbeziehungen und die Konstituierung regionaler Wirtschafts- und Interessenverbände hat die kapitalistische Reproduktionsdynamik nichts von ihrem Verdrängungs- und »Vereinnahmungs«-Charakter verloren, nur hat die »seit 1971 beschleunigte Internationalisierung des Kapitals ... dem Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten einen neuen Charakter« verliehen.<sup>32</sup> Den traditionellen Hegemonialmächten sind zwar neue Konkurrenten entstanden, dennoch haben sie durch die Intensivierung des Kapitalexports ihren Einfluß in vielen Weltregionen verstärkt. In dem Maße, wie die Weltmarktverhältnisse »unübersichtlicher« geworden sind, haben sich gleichzeitig – gleichsam als Kehrseite der ökonomischen Globalisierung – die Konfliktlinien vervielfacht.

Ideologisch abgesichert wird dieser Prozeß durch die Restitu-

Einen fragwürdigen Realitätssinn demonstriert der SPD-Politiker und baden-württembergische Wirtschaftsminister Spöri mit seiner Empfehlung des Boxtrainings als Lebensschule für die bundesdeutschen »Wirtschaftsführer«. Denn durch die kampfbetonte sportliche Tätigkeit, so Spöri, »läßt sich dann im wahrsten Sinne des Wortes Stehvermögen, Nehmerqualität, Konzentration und Schnelligkeit aufbauen, um unseren Standort in der Globalisierung zu sichern«. D. Spöri: Die ehrlichste Form der Auseinandersetzung, in: Handelsblatt vom 17./18. März 1995). Ebenso hat die »Management-Theorie« aus den veränderten Rahmenbedingungen (»Wirtschaft ist Krieg«) ihre Schlußfolgerungen gezogen und sie zu griffigen Handlungsmaximen transformiert: »Töte oder du wirst getötet«. Vgl. R. D'Aveni: Hyperwettbewerb, Frankfurt/M. 1995.

ierung schon überwunden geglaubter nationalistischer oder quasi-nationalistischer Orientierungen. Der Begriff quasi-nationalistisch bezieht sich auf jene aktuellen weltanschaulichen Formationsprozesse, bei denen die traditionellen Verarbeitungsmuster von neuartigen »Blockorientierungen« überlagert werden. Partiiell wird der traditionelle Nationalismus, der realen Entwicklung folgend, durch sozio-geographische Sichtweisen größeren Zuschnitts abgelöst. So existiert die deutliche Tendenz, den hochindustrialisierten europäischen Wirtschaftsblock gegenüber Asien und besonders den »Japanern« ideologisch zu positionieren.

Der »Systemsieg« des Kapitalismus hat jedenfalls nicht zu einer Befriedung der internationalen Beziehungen geführt, sondern aus politischer Opportunität zeitweise überdeckte Interessengegensätze wieder zutage treten lassen. Im weltweiten Maßstab formieren sich die politisch-ökonomischen Blöcke neu, entstehen veränderte Konfliktlinien. Anders als es die Globalisierungsdebatte vermuten läßt, sind aber keine weltumspannenden, sondern blockinterne Verflechtungen der Konzerne an der Tagesordnung.<sup>33</sup>

Bei dem Versuch der politisch-ökonomischen Konsolidierung setzen die Eliten in den entwickelten kapitalistischen Ländern auch wieder verstärkt auf die Karte der Expansion und einer nach außen gerichteten Aggressivität, die sich gegen Staaten richtet, die dem eigenen »Interessenbereich« zugerechnet werden. Es ist nicht der direkte militärische Zugriff an der Tagesordnung (wenn er nötig wird, handelt es sich eher um einen »Betriebsunfall«). Aber genau so wenig vertrauen die Hegemonialmächte auf den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse«, d. h. die unerbittliche Gewalt des Weltmarktes, sondern nehmen verstärkt auch direkten Einfluß auf die von ihnen abhängigen Staatsapparate. Die abhängigen Regionen werden unter dem Signum der »Deregulierung« gezwungen, ihre Märkte den multinationalen Konzernen zu öffnen, ohne im »freien Wettbewerb« auch nur den Schein einer Chance zu besitzen. Die unter dem Außendruck entstehenden sozio-ökonomischen Strukturen wirken sich in aller Regel kontraproduktiv auf die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder aus. Die vorprogrammierte Armutsentwicklung schafft neue Abhängigkeiten, die durch das bestehende System der »Entwicklungshilfe« nur verstärkt werden. Besonders die restriktiven Kreditauflagen haben eine nachhaltige Destruktionswirkung, die nicht nur in der Verelendung weiterer Bevölkerungsschichten besteht, sondern sich auch als soziale Destabilisierung bemerkbar macht. Denn durch das spezifische Sozialgefüge, das insbesondere in Afrika der Kolonialismus mit seinen willkürlichen Grenzziehungen hinterlassen hat, wird der soziale Druck ungleichmäßig verteilt, wodurch ein gefährliches Konfrontationsklima entsteht. Soziale Zuspitzungen verschlingen sich mit traditionellen Konflikten, die oft in ethnischer Form sich artikulieren, bei näherer Betrachtung sich aber als Ausdruck sozialer Widersprüche erweisen.

Die politischen Administratoren in den Machtzentren haben aus dem von ihnen mitverursachten unfriedlichen Weltzustand bereitwillig die Konsequenzen gezogen: Statt die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes vorhandenen Abrüstungschancen zu

ergreifen, sind im großen Stile zum weltweiten Einsatz geeignete Interventionseinheiten aufgestellt worden. Die Politik in den Metropolen läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie nicht gewillt ist, Störungen des Akkumulationsprozesses hinzunehmen. Eine »strukturelle Friedensfähigkeit« (D. Klein) der »kapitalistischen Moderne« ist nicht in Sicht. In den internationalen »Beziehungen« hat der Einsatz kriegerischer Mittel eine neue Selbstverständlichkeit erlangt: In einem ministeriellen Erlaß vom November 1992 wird als »Zukunfts«-Aufgabe der Bundeswehr die Sicherung des »ungehinderten Zuganges zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« gezählt.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. W. Seppmann: Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt, Köln 1995.
- 2 R. Kühnl: Gefahr von rechts? Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten, Heilbronn 1990, S. 21.
- 3 R. Zoll: Alltagssolidarität und Individualismus. Zum soziokulturellen Wandel, Frankfurt/M. 1993, S. 32.
- 4 Zit. nach S. Head: Das Ende der Mittelklasse, in: Die Zeit, Nr. 18, 1996, S. 20.
- 5 M. Horkheimer/Th. W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1969, S. 178.
- 6 U. Zöllner: Die Kinder vom Zürichberg. Was der Wohlstand aus unseren Kindern macht, Zürich 1994, S. 27.
- 7 A. Barth: Verroht unsere Gesellschaft?, in: Der Spiegel, Nr. 51, 1996, S. 62f.
- 8 Ebenda.
- 9 S. Breuer: Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation, Hamburg 1992, S. 39.
- 10 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28. August 1995.
- 11 Vgl. Spiegel special, Nr. 9/1995, S. 95.
- 12 Vgl. B. Ehrenreich: Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, Reinbek 1994.
- 13 M. Horkheimer/Th. W. Adorno: a.a.O., S. 177.
- 14 Vgl. als aktuelles Beispiel solcher ideologischen Verschleierungsstrategien W. Sofsky: Traktat über die Gewalt, Frankfurt/M. 1996 und die treffende Kritik von A. Meschnik: Kultur als Schicksal, in: Freitag vom 4. Oktober 1996.
- 15 K. Marx: Das Kapital, Erster Bd., in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 86.
- 16 Über den Zusammenhang von Entfremdung und Verdinglichung vgl. L. Kofler: Geschichte und Dialektik, Hamburg 1955, S. 138ff.
- 17 W. Benjamin: Gesammelte Schriften, Bd. V.1, Frankfurt/M. 1992, S. 494.
- 18 Vgl. W. Seppmann: Dialektik der Entzivilisierung, a.a.O., S. 116ff.
- 19 J. Ahrens: Rassismus und Mythologie, Köln 1995, S. 39.
- 20 Statt dessen aber davon, daß »das Irrationale, das der Welt anhaftet ... von aller notwendigen Aufklärungspraxis und Vernunft doch niemals eingeholt werden kann, weil es der Vieldeutigkeit der Welt Ausdruck gibt«. (J. Ahrens: Rassismus..., a.a.O., S. 146) Zu solchen Regressionsformen des Denkens vgl. W. Seppmann: »Postmodernes« Denken und vormoderne Weltanschauung. Marginalien über den Rechtsextremismus und den Verfall theoretischer Vernunft, in: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Nr. 8, 1996.
- 21 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 1996.
- 22 W. I. Lenin: Vorwort zu N. Bucharins Broschüre »Weltwirtschaft und Imperialismus«, in: Lenin: Werke, Bd. 22, S. 103; vgl. auch: R. Hilferding: Das Finanzkapital, Berlin 1947.
- 23 Vgl. Capital, Nr. 5, 1996, S. 121ff.
- 24 W.-D. Narr/A. Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 13.
- 25 A. Demirovic: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Institut für Sozialforschung: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt und New York 1994, S. 34.
- 26 E. Hobsbawn: Barbarei, in: Lettre international, Nr. 34, 1994, S. 33.
- 27 A. Barth: a.a.O., S. 61.
- 28 Wirtschaftswoche, Nr. 35, 1995, S. 68.
- 29 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1996.
- 30 R. Kurz: Das Ende der Neuen Weltordnung, in: Zeitschrift für kritische Theorie, H. 1/1995, S. 31.
- 31 Vgl. W. Seppmann: Natur und Emanzipation, in: Marxistische Blätter, H. 3, 1993.
- 32 N. Chomsky: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, Lüneburg 1993, S. 107.
- 33 Vgl. U. Dolata: Das Phantom der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, 1997.

ARNDT HOPFMANN

## Transformation und Zukunftsfähigkeit. Zur Kritik eines nachholenden Transformations- und Entwicklungsparadigmas

Obwohl es sich um Kernprobleme gegenwärtiger Wirtschafts- und Sozialentwicklung handelt, die beide über die Zukunft des weltweit dominierenden kapitalistischen Gesellschaftsmodells wesentlich entscheiden, sind die Diskurse über nachhaltige Wirtschafts- und Lebensformen sowie über Ziel und Maßstab von »Transformation« zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie eigenartigerweise noch immer durch ein gigantisches System von Gräben und Mauern voneinander getrennt.

In der *ökologisch-sozialen* Debatte dreht sich vieles um das Problem, was unter »nachhaltiger Entwicklung« verstanden werden soll und wie der »Übergang zu einer zukunftsfähigen Gesellschaftsform« gegen den herrschenden gesellschaftlichen Konservatismus durchgesetzt werden kann. Bei der *Transformation gesellschaftlicher Systeme zu »Demokratie und Marktwirtschaft«* – vorzugshalber, aber nicht allein in Mittel- und Osteuropa – scheint es zunächst »nur« um nachholende Entwicklung, um das Aufschließen zum Entwicklungs- und Problemniveau der nordwestlichen Industrieländer zu gehen. Dies findet dann in den Publikationen der maßgeblichen internationalen Finanzinstitutionen dergestalt seinen Niederschlag, daß z.B. die Experten der Weltbank im Weltentwicklungsbericht 1996 – der mit »Vom Plan zum Markt« übertitelt ist – folgende aufschlußreiche Definition dafür geben, was unter abgeschlossener bzw. »gelungener« Transformation verstanden werden sollte: »Die Länder werden ihren Transformationsprozeß erst dann abgeschlossen haben, wenn ihre Probleme und weiteren Reformmaßnahmen sich denen der festetablierten Marktwirtschaften auf ähnlichen Einkommensniveaus annähern« (Weltbank 1996: 5). Das heißt im Klartext, daß Transformation nur als Nachvollzug westlicher Entwicklungsszenarien und schließlich auch als Hineintransformieren in die sozio-ökonomischen Problemlagen des »Nordwestens« – von steigender Arbeitslosigkeit, über zunehmende Unbezahlbarkeit der Rentenansprüche bis zur wachsenden Ausbreitung von Armut – gedacht wird. Die Transformationsländer des »Ostens« dürften somit gleich zum »Umbau des Sozialstaates« übergehen, noch bevor sie ihn tatsächlich errichten konnten.

Daß allerdings die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, die Herausbildung von markt- und geldwirtschaftlichen Funktionsmechanismen und ihnen entsprechenden gesellschaftlichen Strukturen nicht zwangsläufig zu Hochentwicklung, Massenkonsum und

Arndt Hopfmann – Jg. 1956;  
Dr. oec., wissenschaftlicher  
Mitarbeiter am Forschungs-  
gebietsschwerpunkt  
»Transformationsprozesse  
in einer interdependenten  
Welt« an der FU Berlin,  
Mitglied der Redaktion von  
»UTOPIE kreativ«.



Sozialstaaten führen muß, zeigt in aller Deutlichkeit das Beispiel der »Dritten Welt«. Im Falle der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer müßte sich also zeigen, daß bei radikaler Reformentschlossenheit der östlich-inländischen Akteure und bei entsprechender Anleitung und Unterstützung durch westlich-ausländische Regierungs- und Nichtregierungsinstitutionen die (Re)Integration in das marktwirtschaftliche Weltsystem mit einer wesentlich effizienteren Ökonomie *und* mit einem deutlichen Wohlstandsgewinn verbunden ist. Eine »erfolgreiche« Transformation des Ostens zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie müßte belegen, daß im herrschenden weltwirtschaftlich globalisierten Marktssystem für alle – damit auch gerade für die Staaten der »Dritten Welt« – ausreichend Entwicklungschancen bestehen – solange sich die Akteure (Staaten, Unternehmen, abhängig Beschäftigte etc.) nur an die ökonomischen und (wirtschafts)politischen »Spielregeln« dieses Systems halten (vgl. Riese 1995).

Der Übergang von der fordistischen Variante der kapitalistischen Produktions- und Regulationsweise – mit Massenkonsum, gigantischem Ressourcenverbrauch und zunehmender Polarisierung zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Nationen – zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftssystem auf marktwirtschaftlicher Grundlage müßte dann zeigen, daß die Mechanismen des Marktes auch dazu geeignet sind, den Übergang in eine Wirtschaftsweise zu regulieren, die mit den globalen ökologischen Restriktionen vereinbar ist. Dieser Wandlungsprozeß – der auf Schrumpfung statt auf Wachstum zur Lösung von Evolutionsproblemen setzen müßte – würde überhaupt erst jenen Entwicklungsraum eröffnen, in den sich der Osten mit dem Süden und dem Westen gemeinsam hineintransformieren könnte.

Die beiden voneinander abgeschotteten Diskurse sind daher genaugenommen nur zwei aktuelle Dimensionen eines komplexen Suchprozesses nach Zukunft oder »Zukunftsfähigkeit« (Altvater/Mahnkopf: 506) – und zwar nach Perspektiven jenseits zentralplanwirtschaftlicher Ineffizienz und jenseits der offensichtlich ökologisch bedrohlichen und sozial zersetzenden Folgewirkungen eines profit- und wachstumsfixierten Kapitalismus. Das Transformations- und das Nachhaltigkeitsproblem setzen also gleichzeitig und gemeinsam die Frage nach dem Entwicklungspotential kapitalistischer Markt- und Geldwirtschaften auf die Tagesordnung. Transformation zum »modernen« Kapitalismus macht nur Sinn, wenn es sich erweist, daß dieses Gesellschaftssystem zukunftsfähig organisiert werden kann. Deshalb scheint es angezeigt, beide Fragestellungen auch in der wissenschaftlichen und politischen Wahrnehmung in den Zusammenhang zu stellen, in dem sie objektiv zueinander stehen.

#### *Auf dem Weg zu einem zukunftsfähig gewendeten Kapitalismus?*

Es ist nicht nur die alltägliche Erfahrung mit der ökologischen Verweigerung von regierungsoffizieller Politik im Zeitalter von Globalisierung und Standortwettbewerb, die an der Möglichkeit einer ökologischen Domestizierung des kapitalistisch warenproduzierenden Gesellschaftsmodells erhebliche Zweifel aufkommen

Allein die Existenz einer »Dritten Welt« innerhalb der westlich-kapitalistischen Hemisphäre verweist darauf, daß der von der klassischen Systemtheorie fixierte Gegensatz von Planwirtschaft und Marktwirtschaft in die Irre führt, wenn damit gleichzeitig a priori die Überlegenheit von Marktwirtschaften in bezug auf Produktivität und Technologieentwicklung behauptet wird. »...mit dem Zusammenbruch der Planwirtschaften offenbarte sich, daß Effizienz und technischer Fortschritt als die ökonomischen Kriterien, auf die sich die Systemtheorie bezog, nicht die Überlegenheit der Marktwirtschaft zu begründen vermögen. Denn die Systemtheorie gilt nicht nur für die Industrieländer, die diese ökonomischen Kriterien erfüllen, sondern ebenso auch für die Entwicklungsländer, die diesen Kriterien keineswegs genügen – ihnen sogar weniger genügen, als es die sozialistischen Länder taten. Folglich widerlegt das Überleben der Entwicklungsländer die tradierte Systemtheorie. Damit aber widerlegt sie zugleich den Universalismus einer Markttheorie, die vom Markt die Durchsetzung von Effizienz und technischem Fortschritt erwartet« (Riese 1993: 111).

»Im einzelnen beinhaltet die Definition von Nachhaltigkeit zwei wichtige Erkenntnisse: Erstens, daß jeder Mensch das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt und die Nutzung der Güter der Menschheit hat. Zweitens, daß zukünftige Generationen die gleichen Lebenschancen wie wir haben sollen.«  
 Carsten Krebs, Danyel Reiche: Nachhaltigkeit ohne konkrete Perspektive?  
 In: Neues Deutschland,  
 3. Februar 1997.

läßt. Vor allem gründen sich diese Zweifel auf die Metamorphosen des Konzepts »nachhaltiger Entwicklung« selbst, die offenbar zu größerer Marktformität führen sollen. Sie lassen entweder den Verdacht aufkommen, daß die Dimension des notwendigen Wandels verkannt wird oder provozieren die Vermutung, daß sich die Protagonisten neuerer Ansätze über die Natur kapitalistischer Marktwirtschaft durchaus im unklaren sind.

Im sogenannten Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung wurde nachhaltige Entwicklung ursprünglich bestimmt als »Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können« (Hauff 1987: 46). Das tatsächlich Neue dieser Idee war zunächst, »daß diese eine Kritik des vorherrschenden Entwicklungs- und Zivilisationsmodells beinhaltet und auf einen Umbau der modernen Industriegesellschaften im Norden selbst abzielt« (Mármora 1992: 35). Infolge der Umbrüche 1989/90, die die weltumspannende Alternativlosigkeit kapitalistischer Marktwirtschaft vermeintlich bestätigten, ist offenbar auch der kapitalismuskritische Geist aus dem Nachhaltigkeitskonzept entwichen. Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio und der Verabschiedung des Aktionsprogramms für eine nachhaltige Entwicklung – »Agenda 21« – hat der Nachhaltigkeitsbegriff eine beachtliche Konjunktur nicht nur unter Linken erlebt. Selbst die Automobilindustrie hat angeblich längst »verstanden«, das Bundesumweltministerium startete eine Aktion »Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung«, Landesregierungen bekennen sich zum Politikziel »Nachhaltigkeit«, Kommunen beteiligen sich an »Agenda-Initiativen«, Umweltorganisationen erstellen lokale »Öko-Bilanzen« und entwerfen regionale »Nachhaltigkeitsszenarien« usw. usf. All dies hat bisher nicht nur kaum Erkennbares in Richtung auf eine tatsächliche Wende z.B. in der Energie- und Verkehrspolitik bewirkt. Eine beachtliche Anzahl von an die Öffentlichkeit gelangten Reformentwürfen baut inzwischen zudem auch auf eine »Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft« und geht – zumindest implizit – von der Notwendigkeit weiteren Wirtschaftswachstums aus (vgl. Grienig 1995).

Heute ist die ehemals vehement und dichotomisch geführte Theoriedebatte längst von einer Diskussion um die in Anschlag zu bringenden Instrumente zur ökologischen Nachbesserung der herrschenden Gesellschaftsordnung abgelöst worden. Die radikalen Forderungen der Ökologischen Ökonomie nach einem fundamentalen Wandel in den Industriegesellschaften hat der Neoklassischen Umweltökonomie die Meinungsführerschaft überlassen müssen. Die Notwendigkeit weiteren Wirtschaftswachstums – wenn nun auch unter Bewahrung des »natürlichen Kapitals« – wird anerkannt, »niemand bezweifelt ernsthaft die Bedeutung staatlicher Steuerung ... und der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente ist weitgehend auch akzeptiert« (Kappel 1994: 71). Die vor allem auch ökologisch motivierte Fundamentalkritik an der kapitalistischen Gesellschaft sah sich in den letzten Jahren nicht nur gezwungen, ihre eigenen Anliegen in die »Geldsprache« der Ökonomie zu

übersetzen. Sie könnte als »Ökotechnokratismus«, der mit »ökonomischen und naturwissenschaftlichen Machbarkeitsszenarien wirbt«, auch zu einem »Modernisierungsfaktor werden, der der kapitalistischen Moderne aus einer fatalen Entwicklungssackgasse heraushilft« (Brüggen 1996: 79). Gleichgültig, ob dieses Einschwenken der gesellschaftskritischen Ökologiebewegung auf die marktwirtschaftliche Umlaufbahn als Hoffnungsschimmer oder als irreparables Versagen interpretiert wird, der Kern des Problems wird dadurch nicht berührt.

Die Kriterien, denen ein tatsächlich zukunftsfähiges Entwicklungsmodell genügen müßte, lassen sich längst klar umreißen. Die eigentliche Frage besteht darin, ob eine marktwirtschaftliche, profitorientierte Gesellschaft diesen Herausforderungen zu entsprechen vermag. Um dies zu beurteilen, geht es zum einen darum, den Inhalt von »Zukunftsfähigkeit« genauer zu bestimmen, und zum anderen wäre zu fragen, ob marktwirtschaftliche Strukturen dafür die adäquate gesellschaftliche Form abgeben können.

Wenn davon ausgegangen werden muß, daß die Erde ein stofflich weitestgehend geschlossenes und infolge der Einstrahlung von Sonnenenergie ein energetisch offenes System darstellt, dann kann eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise nur darauf gründen, ausschließlich den Zustrom an Sonnenenergie – entweder direkt durch Kollektoren oder indirekt in Form der durch den solaren Energiestrom erzeugten Biomasse – als Wachstumsquelle zu nutzen. »Wir müssen von den Zinsen der Erde leben, nicht von ihrer Substanz« (E.U. von Weizsäcker). Dies kann freilich nur sinnvoll geschehen, wenn gleichzeitig die Biosphäre als globales »Lebenserhaltungssystem« bewahrt wird. Nachhaltiges Wirtschaften ist daher energetischen und stofflichen Schranken unterworfen. Die Annahme der neoklassischen Umweltökonomie, daß es per se keine Grenzen des Wachstums gibt, weil alle verbrauchten Naturressourcen grundsätzlich – im Zuge des technischen Fortschritts – durch Kapital ersetzbar sind (vgl. Kappel 1994: 66 und 70), erweist sich so als ausgesprochen problematisch, aber für den Fortbestand des kapitalistischen Systems als unverzichtbar. Die Entwicklungslogik dieses Systems, »die eine Dynamik der Befreiung aus den Bindungen von Raum und Zeit durch Beschleunigung und Expansion in Gang gesetzt hat« (Altwater/Mahnkopf 1996: 505), hat ihre energetische Grundlage in den Beständen an fossilen Energieträgern, die durch ihre relativ einfache Gewinnung, den leichten Transport und die unproblematische Lagerung für den Antrieb eines industriellen Produktionsapparats an beliebigen Standorten besonders gut geeignet sind. Nach Lage der Dinge geht mit dem Aufbrauchen der über Hunderte von Millionen Jahren entstandenen fossilen Energieressourcen in nur einem Millionstel dieser Zeit auch das fossile Zeitalter, das als »Industriezeitalter« in unser Bewußtsein eingegangen ist, zu Ende (Nick 1997). Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem würde also in erster Linie bedeuten, den Verbrauch fossiler Energieträger durch ein auf der Umwandlung solarer Energie beruhendes Energiesystem zu ersetzen – und das weltweit. Ein solcher Übergang, der erhebliche Konsequenzen für die Gestaltung der gesamten Produktions- und Lebensverhältnisse mit

Der Begriff »Energiesystem« beschränkt sich nicht nur auf Art und Form der ökologisch gegebenen »Energiequellen« und die technischen Mittel ihrer Nutzungsmachung (Umwandlung, Transport, Anwendung), sondern schließt die sozio-ökonomischen Strukturen der Aneignung und Bewirtschaftung dieser Quellen und Nutzungstechnologien ein. D.h., der Begriff »Energiesystem« hat weniger eine technische als vielmehr eine gesellschaftlich-soziale Bedeutung, er bezieht sich vor allem auch auf gesellschaftliche Produktions- und Herrschaftsverhältnisse (Vgl. Altwater/Mahnkopf 1996: 509; Fußnote 5).

sich bringen würde, hätte ohne Zweifel weitreichende Konsequenzen für das gesellschaftliche Naturverhältnis überhaupt. Ob unter diesen neuartigen Gesellschaftsstrukturen Platz für Marktwirtschaft ist, hängt davon ab, ob die Mechanismen des Marktes in der Lage sind, »auch Stagnation, ja die Schrumpfung des ökonomischen Systems zu regulieren« (Altwater/Mahnkopf 1996: 519), statt wie bisher auf die Stimulierung des Wachstums als alternativlosen Problemlösungsmechanismus zu setzen.

### *Transformation in die Sackgasse?*

In Theorie und Praxis der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa geben modernisierungstheoretische, neoliberale und institutionenökonomische Konzepte den Ton an (Gowan 1995; Schüller 1992; Zapf 1996). Allen diesen Ansätzen ist gemeinsam, daß sie davon ausgehen, daß das Ziel der Transformation prinzipiell bekannt ist bzw. die Kenntnis des angestrebten Endzustandes sogar einem adäquaten Verständnis der Transformationsprozesse vorausgesetzt ist. »Die Analyse von Transformationsvorgängen setzt die Kenntnis der Ausgangssituation und ihrer Veränderung durch Reform- und Übergangskräfte sowie der angestrebten Endzustände voraus« (Schüller 1992: 37). Aus modernisierungstheoretischer Perspektive heißt das: »Transformationsprozessen ist gemeinsam, daß die Entwicklungsziele prinzipiell bekannt sind – sie lauten Demokratie, Wachstum und Wohlfahrt« (Zapf 1996: 67). Dementsprechend kann Transformation auch nur im Sinne der (bekanntesten) Zielvorstellungen als »gelingende« oder »erfolgreiche« Transformation gedacht werden, verfehlen die realen Abläufe jedoch das angestrebte Ziel, hat demzufolge überhaupt keine Transformation stattgefunden.

Da das vermeintliche Nichtstattfinden von Transformation in Anbetracht der Um- und Zusammenbrüche im ehemals staatssozialistischen Osten nun allerdings auch nicht mit dem Fortbestehen der überkommenen Zustände in eins gesetzt werden kann, wird z.B. von M. Brie (1995: 45) für die unvorhergesehenen, unbeabsichtigten Wandlungsprozesse die Kategorie »Systemwechsel« eingeführt. Damit wird »eine beliebige Art des Übergangs von einem System politischer und/oder wirtschaftlicher Organisation und Selbstorganisation zu einem anderen System« bezeichnet. Mit dieser Begriffssakrobatik ist allerdings zunächst nur eingestanden, daß der Systemumbruch im europäischen Osten mit einiger Sicherheit nur eher im Ausnahmefall zu den angestrebten Resultaten führen wird. Welche Art von Gesellschaft sich in den Transformationsländern tatsächlich im Zuge des »Systemwechsels« herausbilden wird, bleibt weitgehend unbestimmt.

Was sich bisher sagen läßt, ist lediglich, daß die größtenteils neoliberal inspirierten Reformstrategien zwar Erfolge bei der Entfesselung von Marktmechanismen und Bereicherungsantrieben bei den Wirtschaftsakteuren gezeitigt haben, aber offenbar nicht in der Lage waren, »einen konsistenten Transformationspfad zu begründen« (Hübner 1992: 565). Alle Weichen wurden in Richtung auf eine allerdings weitgehend spontan verlaufende Herausbildung kapitalistischer Strukturen gestellt. »Es stimmt, daß alle Weg zum

Kapitalismus führen, die Frage ist nur: zu welcher Art von Kapitalismus genau, wie schnell und unter welchen Opfern« (Kornai 1996: 10). Bisher ist die (Re)Regulation des rigoros von der Kette staatlicher Bevormundung gelassenen »Laissez-faire-Kapitalismus« kaum im angestrebten Maße gelungen (Soros 1997). In vielen Transformationsländern können bisher unterschiedliche Grade der »Entordnung«, »Entsicherung« und »Chaotisierung« (Brie 1995) von Gesellschaft beobachtet werden – mitunter ist es (wie im Falle Bulgariens oder Albaniens) noch nicht einmal zur Herstellung elementarer Voraussetzungen für das Funktionieren von Marktwirtschaft gekommen. Selbst in den bisher am weitesten im Transformationsprozeß fortgeschrittenen Staaten »muß davon ausgegangen werden, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sehr groß und keineswegs unter Kontrolle sind« (Juchler 1994: 122).

Aber es liegt nicht allein an der Unangemessenheit der Reformstrategien, die sich mit ihrem Anspruch auf eine bewußt gesteuerten Konstruktion und Implantation des »Gesamtkunstwerks« einer kapitalistischen Marktgesellschaft geradezu wie »seitenverkehrter Leninismus« (Gowan 1995) ausnehmen, es sind auch die harten Realitäten einer kapitalistischen Weltmarktwirtschaft, an denen die Hoffnungen auf »nachholende Entwicklung«, »anhaltendes Wachstum« und »Sozialstaatlichkeit« zu scheitern drohen. Das Dilemma nachholender Entwicklung besteht – weltweit – keineswegs nur darin, daß sie nicht auf »Industrialisierung« verzichten kann (dazu unten mehr), sondern insbesondere darin, daß sie nicht voraussetzungslos beginnt. Und diese Voraussetzungen stellen sich im wesentlichen als harte Zwänge und Restriktionen für die (Re)Integration in einen bereits voll ausgebildeten Weltmarkt für Kapital, Waren und vor allem Geld dar. Die für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas wichtigsten Restriktionen bestehen in den bereits zu staatssozialistischen Zeiten aufgehäuften (Alt)Schulden, die natürlich bedient werden müssen, um die internationalen »Clubs« von Vermögensbesitzern bei Geberlaune zu halten, und in den realsozialistischen – oft überdimensionierten und hyperzentralisierten – Industriestrukturen, die im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung kaum wettbewerbsfähig sowie dringend modernisierungsbedürftig sind (vgl. Hopfmann 1995).

Das Vorhaben nachholender Entwicklung wird unter den Bedingungen globalisierter Märkte und scharfen Standortwettbewerbs zwischen den hochentwickelten Industrieländern schließlich durch die Funktionsweise des Weltmarkts, insbesondere des Zinsregimes und die Art und Weise der Rohstoffpreisbildung, wesentlich erschwert – wenn nicht gar ganz vereitelt. Die Zins- und Tilgungszahlungen für die bereits existierenden Schulden und die Ausgaben für dem Import von Ausrüstungen und Technologien müssen nämlich durch Exporte finanziert werden. Die Strategie industrieller Modernisierung muß sich also zunächst auf die Extraktion von Rohstoffen und auf die Ausfuhr von Massengütern stützen, bei denen Wettbewerbsfähigkeit relativ leicht durch Kostensenkung – insbesondere durch Senkung der Lohnkosten – erreicht werden kann. Der Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit setzt

»Ungleichheitsproduktion - das ist der soziale Kern des Transnationalisierungsprozesses (...) Es gehört zum Wesen der Weltökonomie, daß in ihr Menschen, Unternehmen und Staaten unter qualitativ unterschiedlichen Ausgangsbedingungen miteinander konkurrieren. Die Aufteilung der Konkurrenten in Sieger und Besiegte, in Eingeschlossene und Ausgegrenzte, in Bevorzugte und Benachteiligte ist unvermeidlich. (...) Der Weltmarkt konstituiert somit die Hierarchie der ökonomisch-politischen Weltolympiade und ehrt ihre Gewinner. Der Produktive wird Goldmedaillengewinner. (...) Wer im Abseits steht, wird streng bestraft.«  
 Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 43 und 25f.

sich dergestalt in eine erzwungene Spezialisierung auf den Export von Rohstoffen, Energieträgern und Niedrigkosten- resp. Billiglohnprodukten um. Darüber hinaus bewirkt die Konkurrenz unter den Anbietern dieser Produktpalette, daß bei relativ stagnierender Nachfrage in den Industrieländern die Weltmarktpreise tendenziell fallen, so daß immer größere Mengen für das Erreichen eines bestimmten Exporterlöses auf den Markt geworfen werden müssen. Die nachholende Entwicklung tendenziell blockierende, einseitige Spezialisierung in der internationalen Arbeitsteilung wird auf diese Weise eher noch zementiert, während auf der anderen Seite das ressourcenverschlingende, wachstumsfixierte Wirtschaftsmodell der Industrieländer – trotz der wachsenden Ausbeutung nichterneuerbarer Rohstoffe – subventioniert wird (Massarrat 1996). »Die Länder, die eine Industrie zu errichten versuchen, liefern also den Stoff, mit dem die bereits industrialisierten Länder den Abstand halten und – wie in den vergangenen Jahrzehnten – vergrößern können« (Altvater/Mahnkopf 1996: 529). Je höher das erreichte Niveau der Industrialisierung in den entwickelten Ländern bereits ist, um so aussichtsloser wird das Projekt nachholender kapitalistischer Entwicklung; insbesondere unter den Bedingungen eines entfesselten Standortwettbewerbs, der zur Folge hat, daß vor allem die technologisch-technischen und produktionsorganisatorischen Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Industrialisierung permanent revolutioniert werden.

In einer Zeit, in der die Abstände selbst zwischen den hochindustrialisierten Ländern tendenziell zunehmen, in der im Bemühen um die Herstellung »systemischer Wettbewerbsfähigkeit« überall sozialstaatlicher »Ballast« abgeworfen und »Normalarbeitsverhältnisse« dereguliert und flexibilisiert werden, ist eine am Industrialisierungs- und Wohlstandsniveau der OECD-Welt gemessene, »erfolgreiche« Transformation zu »Marktwirtschaft und Demokratie« ein überaus voraussetzungsvolles Projekt, für dessen Gelingen nicht nur Reformschlossenheit, sondern auch eine günstige Kombination verschiedener Standortfaktoren erforderlich sind. Zudem befindet sich der Erfolgsmaßstab – die OECD-Welt – selbst in Bewegung, was vor allem heißt, im Rückzug von den Sozialstandards des »goldenen fordistischen Zeitalters«. Vieles spricht dafür, daß die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa nicht zum »westeuropäisch-rheinischen Typ des Kapitalismus« (Albert 1993) führen werden. Wesentlich wahrscheinlicher ist die Herausbildung eines »osteuropäischen Typs« kapitalistischer Gesellschaften, deren Ökonomie eher vom Nebeneinander und in der Durchdringung von unterschiedlichen Wirtschaftsweisen, von der räumlichen und zeitlichen Parallelität von formellen und informellen Wirtschaftsformen, von einer fragmentierten Integration in den Weltmarkt bei gleichzeitiger Fremdbestimmung wesentlicher Wirtschaftsbereiche (Lüken genannt Kläßen 1993: 113, 154) gekennzeichnet sein dürfte.

Wahrscheinlicher als ein simples Aufholen ist die Entstehung markt- und geldwirtschaftlich organisierter Gesellschaften mit hybriden Marktformen – »Marktsurrogaten« (Krug 1991: 48) – und spezifisch ausgeprägten Regulationsweisen. Die Ironie der

Geschichte besteht darin, daß trotz aller Reformentschlossenheit und -radikalität die Transformation zum Wohlstandskapitalismus am Ende steckenbleiben muß und zu einem hybriden, neuartigen Modell kapitalistischer Vergesellschaftung, zu einer *osteuropäischen Variante des Kapitalismus* zu führen scheint, die in vielem – was die Rückbildung sozialstaatlicher Strukturen und die Informalisierung von Wirtschaftsprozessen angeht – zwar schon »moderner« als der Westen, aber trotzdem nicht zukunftsfähig ist.

### *Schnittstellen von Transformation und Zukunftsfähigkeit*

Unter den Bedingungen eines entfalteten kapitalistischen Weltmarkts, auf dem ein entfesselter transnationaler Wettbewerb von nationalen Wirtschaftsstandorten herrscht und die Ungleichheit systemisch bedingt wächst (Narr/Schubert 1994), ist eine nachholende Transformation zu Marktwirtschaften des OECD-Typs ein nur im Ausnahmefall erfolversprechendes Projekt. Dies rührt vor allem daher, daß die Voraussetzungen für den – freilich in Anbetracht der in der OECD-Welt aufgestauten Entwicklungsprobleme höchst zweifelhaften – »Erfolg« mit Mitteln erbracht werden müssen, die dem Ziel dreifach entgegenarbeiten; einmal weil sie die Vergrößerung des Vorsprungs der bereits hochentwickelten Länder begünstigen, zweitens weil sie problematische Spezialisierungseffekte (»Zwang zur Extraktion«) hervorbringen und drittens weil sie auch an den ökologischen Grenzen, die der Globalisierung dieses auf Industrialisierung beruhenden Wirtschaftsmodells gesetzt sind, tendenziell scheitert. Nachholende Entwicklung zu »modernen« Lebensstilen mit Massenkonsum, hoher Medien- und Informationsdichte und zunehmender Mobilität bedeutet zuallererst nachholende Industrialisierung – diese fundamentale Einsicht lag bereits dem Leninschen Kommunismusverständnis zugrunde – und dies bedeutet Übernahme des vorherrschenden technisch- technologischen Modells. Damit ist aber auch der zunehmende Zugriff auf fossile Energieträger und auf einen wachsenden Strom von Rohmaterialien vorbestimmt. Aber selbst dann, wenn eine Verknappung der verfügbaren Rohstoffe und Energieträger – noch nicht unmittelbar droht, bleibt das Problem der ökologischen Senken für Abfälle, Abwässer und Ablüfte, das sich »als der eigentlich harte Kern des Umweltproblems erweisen (könnte)« (Grienig 1995: 16). Die herrschende Produktions- und Lebensweise muß so heute bereits als nicht zukunftsfähig angesehen werden, weil sie nicht globalisiert werden kann. Der vielleicht noch mögliche Erfolg einzelner kann nur darauf gründen, daß anderen der Erfolg verwehrt wird. Die Hoffnung der Transformationsökonomien auf »andauerndes Wachstum als höchste Priorität« (Kornai 1996) muß sich schließlich als Illusion – als falsche Utopie – herausstellen.

Die Situation der östlichen Transformationsgesellschaften der südlichen Entwicklungsländer und der westlichen Industriestaaten ist gleichermaßen paradox. »Andauerndes Wachstum ist eine wesentliche Bedingung für den gesunden Ablauf eines *jeden* wirtschaftlichen Prozesses« (Kornai 1996: 214), lehrt die bisherige Erfahrung mit kapitalistischen Marktwirtschaften (ein Erfahrungs-

»Angst, Sorge Hoffnungslosigkeit haben ihren tieferen Grund nicht im Ozonloch, nicht im Treibhauseffekt, auch nicht in den unabsehbaren Folgen eines Kriege; vielmehr ist es die Zukunftslosigkeit dieser Gesellschaft, die Unmöglichkeit des ›nur weiter so‹ auf lokaler wie auf globaler Ebene, der Zerfall der lebensweltlichen Zusammenhänge, der Formen gelebter Solidarität; die Krise der Sozialisierung, der verschärfte Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze – es ist alles das, das als Ohnmacht der Individuen gegenüber scheinbar selbstläufigen Prozessen und Machtgebilden erfahren wird und in ohnmächtigen Protest, ohnmächtigen Haß, abstrakte Verherrlichung der reinen Gewalt oder abstrakt-religiöse Friedensliebe umschlägt.«  
 André Gorz: Und jetzt wohin?, o.O., 1991, S. 28f.

wert, der statt kritischer Reflektion in der neoliberalen Wirtschaftstheorie geradezu eine dogmatische Vergötzung erfährt), und doch reicht diese Art von Medizin für die Gesundung der Vielzahl von Patienten nicht; und sie schützt nicht einmal mehr die noch (relativ) Gesunden vor Erkrankung.

Auch wenn nicht prinzipiell ausgeschlossen werden kann, daß marktwirtschaftliche Strukturen einen wichtigen Beitrag im Prozeß der Durchsetzung eines zukunftsfähigen Entwicklungsmodells leisten können, kann der Umbruch selbst kaum dem spontanen Wirken der ihnen inhärenten Funktionsmechanismen überantwortet werden – wie der neoliberale Ruf nach mehr Markt und mehr marktförmiger Gestaltung sozialer Beziehungen glauben machen will. Das Entfesseln der ›unsichtbaren Hände‹ des Marktes entfesselt auch ihre ökologisch bedrohlichen und sozial zersetzenden Wirkungen und produziert Perspektivlosigkeit, statt Neuordnung droht Entordnung von Gesellschaft und damit Vernichtung ihrer Zukunftsfähigkeit. Notwendig ist nicht De-Regulierung sondern Re-Regulierung. Verlangt ist gesellschaftlicher Wandel, der das ›eingebaute‹ Entwicklungspotential von Marktwirtschaften in den sozialen Raum, an »lebensweltliche Bedürfnisse« zurückbindet, der die »Fähigkeit zur Selbstbegrenzung« durch die »Einschränkung des Geltungsbereichs der ökonomischen Vernunft« (Gorz 1991) durch politische Regelsetzung bewerkstelligt. Nur dann eröffnen sich tatsächliche Transformationsperspektiven – für alle.

#### Literatur

- Albert, Michel (1993): *Capitalism against Capitalism*, London.
- Altwater, Elmar (1994): Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberlehrlingen, in: PROKLA, Nr. 95 (Juni 1994), S. 186-225.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
- Arts, Bas (1994): Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung, in: *Peripherie*, Nr. 54, (August 1994), S. 6-27.
- Betz, Karl/Riese, Hajo (Hrsg.) (1995): *Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft*, Marburg.
- Brie, Michael (1995): Rußland: Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse, in: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): *Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation*, WZB-Jahrbuch, Berlin, S. 44-61.
- Brüggen, Willi (1996): Der politische Preis der ökologischen Währung. Einwände gegen die Ökonomisierung der ökologischen Kritik, in: *Widerspruch*, Nr. 31, (Juli 1996), S. 79-92.
- Gorz, André (1991): Und jetzt wohin?, o.O.
- Gowan, Peter: Neo-Liberal Theory and Practice for Eastern Europe, in: *new left review*, No. 213 (September/Oktober 1995), S. 3-60.
- Grienig, Reinhard (1995): Prima Klima auf der Titanic? Gedanken zu möglichen Auswegen aus der globalen Zivilisationskrise, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 54 (April 1995), S. 8-21.
- Hauff, Volker (Hg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft*. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Gremmen.
- Hopfmann, Arndt (1995): Transformation und Weltmarktintegration. Perspektiven der Reformländer Mittel- und Osteuropas in der internationalen Arbeitsteilung, in: PROKLA, Nr. 101, (Dezember 1995), S. 541-564.
- Hübner, Kurt (1992): Wege nach Nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation, in: PROKLA, Nr. 89, (Dezember 1992), S. 552-579.
- Juchler, Jakob (1993): Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994.
- Kappel, Robert (1994): Von der Ökologie der Mittel zur Ökologie der Ziele? Die Natur in der neoklassischen Ökonomie und ökologischen Ökonomik, in: *Peripherie*, Nr. 54, (August 1994), S. 58-78.
- Klein, Dieter (1993): Zwischen »Weiter so« und »So nicht weiter«, in: Brie, Michael/Klein, Dieter: *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin, S. 171-219.
- Klein, Dieter (1993): Rückwirkungen. Über westliche Folgen von östlichem Wandel, in: Brie, Michael/Klein, Dieter: *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin, S. 124-168.
- Kornai, János (1996): *Unterwegs*. Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn, Marburg.



- Krug, Barbara (1991): Die Transformation der sozialistischen Volkswirtschaften in Zentraleuropa: Ein Beitrag der Vergleichenden Ökonomischen Theorie von Institutionen, in: Wagoner, Hans Jürgen (Hrsg.): Anpassung durch Wandel. Evolution und Transformation von Wirtschaftssystemen (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 206), Berlin, S. 39-60.
- Lüken genannt Klauen, Mathilde (1993): Währungskonkurrenz und Protektion. Peripherisierung und ihre Überwindung aus geldwirtschaftlicher Sicht, Marburg.
- Mármora, Leopoldo (1992): Sustainable Development im Nord-Süd-Konflikt: Vom Konzept der Umverteilung des Reichtums zu den Erfordernissen einer globalen Gerechtigkeit, in: PROKLA, Nr. 86, (März 1992), S. 34-46.
- Massarrat, Mohssen (1996): »Wohlstand« durch Kostenexternalisierung, in: Widerspruch, Nr. 31, (Juli 1996), S. 5-18.
- Narr, Wolf-Dieter/Schubert, Alexander (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M.
- Nick, Harry: Originäre linke Kritik? Nachhaltigkeit, Kapitalismus und die Effizienzrevolution, in: Neues Deutschland, vom 10. Februar 1997.
- Riese, Hajo (1993): Bausteine einer Markttheorie der Transformation, In: Herr, Hansjörg/Westphal, Andreas (Hrsg.) (1993): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt/M. und New York, S. 109-141.
- Riese, Hajo (1995): Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik, in: Betz, Karl/Riese, Hajo (Hrsg.): Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft, Marburg, S. 9-28.
- Schüller, Alfred (1992): Ansätze einer Theorie der Transformation, in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 43, S. 35-63.
- Soros, George (1997): Die kapitalistische Bedrohung, in: Die Zeit, Nr. 4 (vom 17. Januar 1997), S. 25-27.
- Van Dieren, Wouter (1995): Mit der Natur rechnen. Der neue Clube-of-Rome-Bericht; Basel, Boston, Berlin.
- Weizsäcker, Ernst-Ulrich von/Lovins, Amoroy B./Lovins, L. Hunter (1995): Faktor Vier: Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München.
- Zapf, Wolfgang (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan, Heft 1, S. 63-77.

JOCHEN ČERNÝ

## Einführung zu Wolfgang Harichs Programm für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (1956)

Als Wolfgang Harich das von ihm 1956 entworfene Programm für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus 1993 veröffentlicht<sup>1</sup>, fand es nur wenig Beachtung. Politisch war es unzeitgemäß. Doch als Zeugnis der Zeitgeschichte wurde es nicht recht wahrgenommen, weil es als Annex autobiographischer Notizen polemischen Zuschnitts daherkam.<sup>2</sup> Schon durch den Buchtitel provoziert: »Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit«, griff die Kritik vom Kontext nicht zuletzt der fatalen Janka-Harich-Kontroverse (die hoffentlich bald vergessen sein wird) auch auf den Text über<sup>3</sup> (der vor gleichem Schicksal bewahrt bleiben möchte).

Die SED brachte insgesamt sechs Programme hervor: drei offizielle und drei alternative. Das erste alternative Programm, eben das von Harich niedergeschriebene, ist schon deshalb von herausragender Bedeutung, weil es in einer vergleichsweise offenen Situation entstand: Die Alternative war keine lediglich konzipierte, sondern eine objektiv-reale, und die Chancen einer Realisierung waren 1956 in mancher Hinsicht größer als in den späten siebziger und achtziger Jahren. (Das »Manifest« des BDKD<sup>4</sup> sowie das »Umbaupapier« im Forschungsprojekt Sozialismus-Theorie der Humboldt-Universität<sup>5</sup> kamen – wie wir mittlerweile wissen – schon zu spät.)

Vielleicht war Harich der einzige, der die vom XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 eröffneten politischen Aussichten in ihrer ganzen Reichweite erfaßte. Zumindest war er der einzige, dem zuzutrauen war, er könnte ein angemessenes Programm entwerfen. – Als er es in der dritten November-Dekade endlich niederschrieb, waren die Aussichten für die Parteiopposition zwar schon schlechter geworden. (Hier sei nur an den Suez-Konflikt, den ungarischen Bürgerkrieg und die Interventionen der Großmächte erinnert).<sup>6</sup> Doch zum Zeitpunkt der Konzipierung hatte die Welt anders ausgesehen. Nach Harichs Erinnerung hatte er ja bereits im Frühsommer dem sowjetischen Botschafter Puschkin eine Denkschrift zugehen lassen, deren Grundanliegen darin bestand, in der DDR einen Schritt zurückzugehen, um gesamtdeutsch zwei Schritte voranzukommen, wie er es mir gegenüber erklärte.<sup>7</sup> Da ich das Programm auch aus seiner Genesis heraus interpretieren wollte, suchte ich nach jenem Memorandum. Und wo schon, wenn nicht in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, konnte es liegen. Doch da fand es sich nicht. Und wo Siegfried Prokop es fand, hat

Jochen Černý – Jg. 1934, letzte Arbeitsstelle am Institut für deutsche Geschichte an der DDR-Akademie der Wissenschaften, seit 1992 ehrenamtlich in der Historischen Kommission der PDS tätig, ist seit Gründung dieser Zeitschrift ihr Autor und empfahl im Herbst 1990 die Veröffentlichung des von Wolfgang Harich im November 1956 entworfenen reformpolitischen Programms, das er im Zentralen Parteiarchiv der SED (in den Ulbricht-Akten Karl Schirdewan zugeschrieben) entdeckt hatte.

er den ND-Lesern nicht verraten, als er es vor wenigen Monaten auszugsweise veröffentlichte.<sup>8</sup>

Nun versteht sich, daß diese Zeitschrift weder den einen noch den anderen Text nachdrucken, sondern einen bislang unbekanntem präsentieren möchte. – Die Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ersparten es mir, den umfangreichen Harich-Bestand AU 89/57 zu durchsuchen, dessen Akten nicht durchnummeriert sind. Sie legten mir dankenswerterweise sogleich die Mappe auf den Tisch, in der das MfS die bei der Haussuchung im November 1956 beschlagnahmten Papiere konzeptionellen Charakters gesammelt hatte. Diese Mappe enthält »Vorschläge zur Verbesserung der Presse in der DDR«, die Harich im September 1953 niederschrieb, eine 1955 angefertigte Denkschrift »Über Grundlagen und Perspektiven der Entwicklung des demokratischen Patriotismus in Deutschland« sowie das Programm vom November 1956 nebst zwei Vorarbeiten: dem sechsseitigen Exposé »Die wichtigsten Grundsätze für das Dokument über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, das Ende Oktober entstanden sein dürfte, und den anschließend dokumentierten Text. Harich hatte diese Vorarbeiten wohl selbst vergessen. Jedenfalls erwähnte er sie weder mir gegenüber, noch in einem späteren Interview<sup>9</sup>, noch in seinem Buch.

Mag sein, der folgende Text geht über das Memorandum nicht hinaus (obschon er später entstand). Das wird festzustellen sein, sobald die von Prokop angekündigte komplette Publikation vorliegt.<sup>10</sup> Bis dahin ist unser Text nur mit dem Programm zu vergleichen. Zum Ergebnis hier nur soviel: Frei von den Irritationen und der Hektik der Krisenwochen, in der Harich jenes niederschrieb, reflektiert dieser Text den im Sommer 1956 herrschenden Optimismus. Von daher ist besser zu verstehen, warum die Opposition ihr Programm in der prekären Situation, die ab Oktober entstand, nicht etwa reduzierte, sondern radikalisierte. Aufschlußreich ist unser Text aber auch, weil er argumentiert und nicht nur postuliert. Schließlich: Er expliziert die DDR-Kritik, die das Programm nur noch implizit enthält. – Und der Leser wird finden: Fast alles, was der IV. Abschnitt da in 16 Punkten festhielt, galt so bis 1989.

Die hier gleichsam als Ersatz für den von mir 1990 angebotenen Programmwurf Harichs abgedruckte Vorarbeit befindet sich in besagter Mappe (Blätter 51–64) als Original-Typoskript im Umfang von rund 13 anderthalbzeilig beschriebenen Seiten. Wie Programm nebst Exposé so ist auch dieser Text ungezeichnet und undatiert. Da sich Harich hier (im Absatz V.1) auf die Kontroverse zwischen dem Führer der italienischen Kommunisten, Palmiro Togliatti, und der KPdSU-Führung bezieht (die am 30. Juni Togliattis Forderung abwies, von der Stalin- zur Stalinismus-Kritik überzugehen), jedoch nicht (wie im Exposé) auf die 28. Tagung des ZK der SED (27. bis 29. Juli), ist die Entstehungszeit des Textes unschwer einzugrenzen. Von den Anlagen, auf die Harich wiederholt verweist, befindet sich keine in der Akte. Vielleicht hat er sie

In Heft 3 von UTOPIE kreativ erschien die Ankündigung, das Dokument zu veröffentlichen – die wir im Dezember 1990 (Heft 4, S. 65) widerriefen. Harich hatte seine Zustimmung zurückgezogen, was für uns wegen des Fundorts und der Natur des Schriftstücks als Zeugnis der Zeitgeschichte de jure zwar unverbindlich war, uns moralisch aber doch verpflichtete.

gar nicht angefertigt. Unfertig wirkt nämlich auch der vorliegende Text. Die Autorennkorrekturen entstanden augenscheinlich schon während der Niederschrift, und die Vielzahl von Wiederholungen läßt erkennen, daß Harich sein Typoskript nicht mehr durchgängig redigierte.

Im folgenden wird dieser Text selbstverständlich wortgetreu (jeweils in der korrigierten Fassung) wiedergegeben. Wo Einfügungszeichen auf Ergänzungen verweisen, die in der Akte fehlen, merke ich dies an: [?]. Kursiv Gedrucktes ist im Original unterstrichen. Sachliche Erläuterungen halte ich für überflüssig. Doch sollen die in Marginalien zitierten Tagebuchnotizen von Gustav Just<sup>11</sup> dem Leser helfen, sich in die Zeit zurückzusetzen<sup>12</sup>, in der jene alternative Programmatik entstand.

- 1 Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993, S. 112–160.
- 2 Gerhard Zwenz: Dieses Buch »ist ein einziger Widerspruch gegen Janka und die Folgen, die ihm [Harich] das Leben vergällen.« So in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. Das Wolfgang-Harich-Gedenk-Kolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin, Berlin 1996, S. 27.
- 3 So bei Bernd Florath: Rückantworten der »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«. Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit. In: UTOPIE kreativ, Heft 47/48 (Sept./Okt. 1994), S. 58–73. – Vgl. hingegen Armin Mitter/Stefan Woll: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 272–277. Hier wird das Programm (wohl von Woll) angemessen behandelt, sowohl quellenkritisch als auch kritisch gegenüber der politisch-ideologischen Substanz, und zwar sachlich, sorgfältig und mit dem gebührenden Respekt, was sich von den denunziatorischen Passagen des Buchs vorteilhaft abhebt. Vgl. ferner Thomas Fetzer: Die Plattform Harichs 1956 – Kriterien für ihre heutige Bewertung. In: Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland (Anm. 1), S. 181–204. – Auf die Kritik, der ich einige Urteile von Florath, Woll und Fetzer unterzog, als ich Harichs Programmwurf Mai 1996 in der Vortragsreihe »Vielfalt des sozialistischen Denkens« behandelte (im Verein »Helle Panke«), komme ich bei anderer Gelegenheit zurück.
- 4 Vgl. neuerdings Dominik Geppert: Störmanöver. Das »Manifest der Opposition« und die Schließung des Ost-Berliner »Spiegel«-Büros im Januar 1978, Berlin 1996. – Das von Christoph Links verlegte Buch präsentiert das »Manifest« erstmals einer größeren ostdeutschen Leserschaft (S. 161–185), bekundet allerdings begründeten Zweifel am Bestehen des unterzeichnenden Bunds Demokratischer Kommunisten Deutschlands »BDKD« (S. 125). Anregend ist auch Gepperts Versuch, »Gemeinsamkeiten innerparteilicher Opposition« zu bestimmen (S. 145–151).
- 5 Vgl. Michael Brie, Rainer Land u. a.: Studie zur Gesellschaftsstrategie (Sozialismus in der Diskussion 1), Berlin 1989.
- 6 In Hinblick auf die konkret-historischen Zusammenhänge, in denen das Programm zu betrachten und zu beurteilen ist, vgl. insbesondere Jochen Cerny: Die Auswertung des XX. Parteitagess der KPdSU in der SED. In: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand des PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991, S. 68–77; Rüdiger Beetz: Die »Rebellion der Intellektuellen« in der DDR 1956/58. In: Inge Kircheisen (Hrsg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 126–141; Peter Grieder: Eine unabhängige britische Sicht auf die Konflikte im Politbüro 1956–1958. In: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989). Teil II, Frankfurt (Oder) 1996, S. 562–619.
- 7 Im Interview am 16. Oktober 1990.
- 8 »Neues Deutschland« (Berlin), 17. Okt. 1996, S. 9.
- 9 Vgl. Matthias Eckholdt: Begegnung mit Wolfgang Harich, Schwedt (Oder) 1996, S. 89–101.
- 10 Dietz Berlin hat Prokops Buch für das erste Halbjahr 1997 angekündigt: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs.
- 11 Just, Jg. 1921, war ab 1955 stellv. Chefredakteur der Kulturbund-Zeitung »Sonntag«, wurde am 8. März 1957 während der Hauptverhandlung gegen Harich verhaftet und am 26. Juli zusammen mit Walter Janka, Richard Wolf und Heinz Zöger abgeurteilt. Die zitierten Aufzeichnungen entstanden in den Wochen vor der Verhaftung. Just veröffentlichte sie in seinem Buch »Zeuge in eigener Sache« (Berlin 1990), auf das sich auch meine Seitenangaben beziehen. Als Abgeordneter der SPD wurde Just 1990 Alterspräsident des Brandenburgischen Landtags. Erneut (wie schon 1957) beschuldigt, sich als Kriegsfreiwilliger 1941 an der Erschießung von Juden beteiligt zu haben, trat Just 1991 zurück. Im Dezember 1995 stellte die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen ihn ein, weil sich der Anfangsverdacht nicht bestätigt hatte.
- 12 Im August 1991 (Heft 12, S. 63–70) veröffentlichte diese Zeitschrift Erinnerungen des 1957 gemeinsam mit Harich angeklagten und verurteilten Manfred Hertwig sowie von Winfried Schröder, der Dezember 1958 in einem der Nachfolgeprozesse zusammen mit Erich Loest und anderen abgeurteilt worden war.

WOLFGANG HARICH

## Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus

I

In der gegenwärtigen Situation wird die Entwicklung Deutschlands zum Sozialismus durch die folgenden Faktoren begünstigt:

1. Die Kräfteverhältnisse der internationalen Politik. a) Es existiert das mächtige Lager der sozialistischen Länder im Osten, das die revolutionären Kräfte in Deutschland allseitig unterstützen und ihnen ein Höchstmaß an taktischer Elastizität ermöglichen kann. b) Der kapitalistische Teil Deutschlands ist von Ländern umgeben, die entweder selbst sozialistisch sind (DDR, CSR) oder die nicht in die deutschen Angelegenheiten intervenieren werden (Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Schweiz, Oesterreich) oder in denen starke kommunistische und sozialistische Parteien existieren (Frankreich, Italien). c) Das Fortschreiten der internationalen Entspannung, kombiniert mit dem Anwachsen der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten und der Befreiungsbewegung der kolonialen und abhängigen Völker, führt dazu, daß der Einfluß des amerikanischen Imperialismus in Westeuropa in wachsendem Maße geschwächt und paralysiert wird, daß Militäralianzen wie der Atlantikpakt sich von innen her zersetzen und die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus mehr und mehr in die Isolierung geraten. d) Infolge der blutigen Erfahrungen, die die europäischen Völker mit dem Hitlerfaschismus gemacht haben, ist es nicht schwer, die reaktionären Kräfte in Westdeutschland vor der Weltöffentlichkeit zu isolieren und ihre Unterstützung durch reaktionäre Kräfte anderer kapitalistischer Länder auf ein Minimum herabzudrücken. e) Die Besatzungstruppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die in Westdeutschland stationiert sind, werden gegen eine sozialistische Entwicklung in Westdeutschland nicht wirksam einschreiten können, vorausgesetzt, daß diese sich auf dem Wege einer friedlichen, parlamentarischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und einer allmählichen Umgestaltung der westdeutschen Wirtschaft vollzieht, einer Umgestaltung, von der zunächst nur die Grundindustrien betroffen werden.

2. Die Kräfteverhältnisse in Deutschland selbst. a) Auf deutschem Boden – in der DDR – sind sowjetische Truppen stationiert, deren Anwesenheit den Errungenschaften der DDR Schutz bietet und gleichzeitig der Partei der deutschen Arbeiterklasse, der SED, ein Höchstmaß an taktischer Beweglichkeit ermöglicht. b) In einem

Wolfgang Harich (1923-1995)

Aufzeichnungen von Gustav Just (aus seinem Buch: »Zeuge in eigener Sache«, Berlin 1990):

Der XX. Parteitag der KPdSU [Februar 1956] bescherte uns allen eine große Überraschung. Die unvermittelt scharfe Kritik an Stalins Fehlern traf uns wie ein Schlag auf den Kopf. [...] Begierig erwarteten wir die Berichterstattung der deutschen Delegation. Mit dem ihm eigenen Mangel an Fingerspitzengefühl erklärte Ulbricht in seinem Artikel, Stalin sei kein Klassiker, und er machte der Jugend den Vorwurf, sie habe sich zuviel mit Stalin beschäftigt. Ich glaube, daß ihm eine so empörte Reaktion noch nie zuteil wurde. (S. 45)

In Polen, so hörten wir, wurde die Geheimrede Chruschtschows veröffentlicht, bei uns wurde sie in immer dünner werdenden Aufgüssen an die Genossen mündlich weitergegeben und damit praktisch verschwiegen. Die Westpresse sorgte dafür, daß sie doch veröffentlicht wurde, und es gibt, so glaube ich, niemanden unter den Intellektuellen, zumindest in Berlin, der sie nicht gelesen hätte... (S. 47)

Drittel Deutschlands – der DDR – herrscht die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern und bestehen zum Teil sozialistische Produktionsverhältnisse, die jedenfalls allen entscheidenden Zweigen der Industrie und teilweise auch der Landwirtschaft und dem Handel das Gepräge geben. c) In Westdeutschland vertieft sich wachsend der Gegensatz zwischen dem Willen der Volksmassen einerseits und der Politik der reaktionären und aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus andererseits. Besonders wichtig ist dabei die Tatsache, daß diesmal, im Gegensatz zu den dreißiger Jahren, der deutsche Imperialismus den Übergang zur Aufrüstung und zur allgemeinen Wehrpflicht in einer Periode der Hochkonjunktur und *nicht*, wie damals, nach Jahren der Krise und Massenarbeitslosigkeit vollzieht. Hinzu kommt, daß in den Massen des deutschen Volkes noch die Erinnerung an das Grauen des II. Weltkriegs wach ist und daß sie von der militärischen Unbesiegbarkeit des sozialistischen Lagers überzeugt sind. Diese Faktoren bedingen, daß die Politik der Aufrüstung bei den Massen in Westdeutschland keinerlei Sympathien findet (was in den dreißiger Jahren, unter Hitler, ganz anders war), und es ist klar, daß der Gegensatz zwischen den reaktionären Kräften der westdeutschen Politik und den Volksmassen sich in dem Maße vertieft wird, wie diese die wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufrüstung zu spüren bekommen werden.

3. In wirtschaftlicher Beziehung ist entscheidend, daß der kapitalistische Teil der Welt, mit Einschluß Westdeutschlands, einer Krise entgegengeht. Die Absatzstockungen in der amerikanischen und englischen Automobilindustrie, die Symptome überhitzter Konjunktur in Westdeutschland usw. bezeichnen den ersten Beginn einer solchen Krise. Es ist klar, daß die Fortsetzung der Politik der Entspannung und die damit zusammenhängende Abrüstung die Absatzschwierigkeiten der Imperialisten vergrößern werden. Eine Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wird, wie in allen westeuropäischen Ländern, auch in Westdeutschland eine objektiv revolutionäre Situation erzeugen. Ein faschistischer Ausweg aus einer kommenden Wirtschaftskrise ist heute, jedenfalls in Westeuropa, kaum noch möglich, weil die Völker, mit Einschluß des deutschen Volkes, auf Grund der Erfahrungen mit dem Hitlerregime gegen faschistische Abenteuer äußerst mißtrauisch sind.

4. In ideologischer Beziehung ist entscheidend, daß die Siegermächte des zweiten Weltkriegs, soweit es sich um kapitalistische Staaten handelt, zum Teil auf Grund ihrer eigenen, Jahrhunderte alten nationalen Traditionen, zum Teil aber auch, um die antifaschistischen Stimmungen der Massen von den zentralen ökonomischen und sozialen Fragen abzulenken und die Sowjetunion zu diskreditieren, seit 1945 in allen westeuropäischen Ländern eine Ideologie der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Rechtsstaats, der Freiheit des Individuums, der Prinzipien des Liberalismus usw. verbreitet haben. Diese sogenannte »westliche Ideologie« war in den vergangenen Jahren stets eine wirksame Waffe des Kampfes gegen den Kommunismus, sie kann in Zukunft aber in ein Hemmnis der imperialistischen Politik selbst umschlagen,

Mit großem Interesse stürzten wir uns auf einen Artikel, den Palmiro Togliatti in Form eines Interviews in NUOVI ARGUMENTI veröffentlicht hatte. Unsere Zeitungen brachten ihn verstümmelt, seiner wesentlichen Gedanken beraubt, aber FREIES VOLK [die in Düsseldorf erscheinende KPD-Zeitung] – da muß die Anleitung nicht geklappt haben – brachte ihn in vollem Wortlaut [am 26. Juni 1956]. Togliatti versuchte, den Personenkult marxistisch zu analysieren, er meinte, daß ein ganzes System von fehlerhaften Einstellungen und Handlungen überwunden werden müsse. [...] (S. 47 f.)

insofern, als sie es den Imperialisten erschwert, den Weg der faschistischen Diktatur, der Einschränkung und Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten zu beschreiten. Gleichzeitig haben die kommunistischen Parteien nach dem XX. Parteitag der KPdSU große Möglichkeiten, unter Ausnutzung der im Westen bestehenden bürgerlichen Freiheiten die Entwicklung zum Sozialismus voranzutreiben und aus denselben liberalen und bürgerlich-demokratischen Ideen, die bei den imperialistischen Ideologen eine reine demagogische Heuchelei sind, eine ideologische Waffe des Kampfes für den Fortschritt und den Sozialismus zu machen. Die Liquidation der negativen Seiten der Stalinschen Ära in der Sowjetunion, die den Feinden des Sozialismus bestimmte Argumente ihrer Agitation aus der Hand schlägt, bietet dafür die beste Voraussetzung, sie eröffnet den Kommunisten jede Möglichkeit, ein, unter ihrer Führung stehendes, Bündnis mit der Sozialdemokratie und den liberalen Kräften des Bürgertums gegen den Imperialismus herzustellen.

## II

In der gegenwärtigen Situation stehen der sozialistischen Entwicklung Deutschlands die folgenden Faktoren hinderlich im Wege.

1. In Westdeutschland besteht zur Zeit noch eine Hochkonjunktur. Es herrscht Vollbeschäftigung, und das kleinbürgerliche Gewerbe floriert nahezu ebenso wie die großkapitalistische Produktion. Es muß in Westdeutschland erst ein Zustand der Krise eingetreten sein, ehe von einer Radikalisierung der Massen die Rede sein kann. (Allerdings reift ein solcher Zustand heran.)

2. Der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland ist im Durchschnitt relativ hoch. Es muß sich das erst drastisch ändern, ehe die Massen bereit sein werden, eine Politik grundlegender, tiefgreifender Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse zu fordern. (Allerdings bedeutet bereits der Übergang zur Aufrüstung unvermeidlicherweise ein Absinken des Lebensstandards.)

3. Da sich in Westdeutschland nach dem Kriege unter kapitalistischen Verhältnissen ein schneller Wiederaufbau und ein rapider Aufschwung der Wirtschaft vollzogen haben, haben die reaktionären, restaurativen Kräfte des deutschen Kapitalismus eine starke Massenbasis im Kleinbürgertum, während gleichzeitig die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse den Parolen der rechtssozialistischen Führer folgt. Die KPD ist zur Zeit noch nahezu völlig isoliert, die linke Opposition in der Sozialdemokratie entwickelt sich zwar, kann bis jetzt aber noch von der rechtssozialistischen Führung in Schach gehalten werden.

4. Die DDR stellt bis jetzt im Bewußtsein der Massen noch kein begeisterndes Beispiel für eine sozialistische Entwicklung Gesamtdeutschlands dar, sondern wirkt eher abschreckend. Das zeigt sich besonders deutlich darin, daß selbst entschieden oppositionelle

Am Sonntag, es war wohl der 23. Oktober, erfuhren wir, leider nicht aus unseren Medien, das Wichtigste über die Veränderungen in Polen. Die Rede Gomulkas auf dem 8. Plenum, die ich im westlichen Rundfunk hörte und später in der FRANKFURTER ALLGEMEINE und in der Wroclawer ARBEITERSTIMME las, machte auf mich einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck. Das war ein neuer Ton, das war die Wahrheit! Himmelweit entfernt von den genormten phrasenhaften Reden von oben, die wir in den letzten Jahren vorgelesen bekamen. In Polen hatten die Kräfte gesiegt, mit denen wir uns zutiefst verbunden fühlten. (S. 87)

Angesteckt durch das polnische Beispiel waren auch die ungarischen Arbeiter und Studenten [am 23. Oktober] auf die Straße gegangen. Imre Nagy war Hals über Kopf Ministerpräsident geworden, in seinem Kabinett saß Lukács als Kulturminister, Gerö, dieser Getreue Rakosis, hatte die friedlich demonstrierende Menge beschimpft und den Einsatz sowjetischer Panzer veranlaßt. Es kam zu Schießereien, Straßenkämpfen. [...] (S. 94 f.)

Wir meinten [...], daß die Massen bei uns unserer Führung nicht wesentlich anders gegenüberstehen als die in Ungarn der ihren. Der Unterschied ist höchstens ein quantitativer, nicht ein qualitativer, wie der 17. Juni zeigte. Um ungarischen Ereignissen vorzubeugen, muß also die Partei selbst möglichst schnell die von ihr eingeleitete Demokratisierung beschleunigen, um Zündstoff aus dem Wege zu räumen. Die Partei muß sich wie in Polen an die Spitze einer Bewegung stellen, die in den sozialistischen Ländern objektiv in den Massen vorhanden ist – nicht vom Gegner hineingetragen! –, damit sich der Gegner nicht, wie in Ungarn, dieser Bewegung bemächtigen kann. [...] (S. 101)

Kräfte in Westdeutschland, wie z. B. der linke Flügel in der Sozialdemokratie, gezwungen sind, sich immer wieder von der DDR und der SED zu distanzieren, wenn sie sich nicht in derselben Weise von den Massen isolieren wollen, wie das bei der KPD oder beim »Bund der Deutschen« (gegründet von Altreichskanzler Wirth) oder bei der »Sozialdemokratischen Aktion« der Fall war und heute noch der Fall ist.

### III

Es ist völlig klar, daß in einer zukünftigen sozialistischen Umgestaltung Gesamtdeutschlands den sozialen Errungenschaften der DDR und den politischen Kräften, die in der DDR den sozialistischen Aufbau meistern, also in erster Linie der SED, entscheidende Bedeutung zukommt. Sollen jene Errungenschaften und diese politischen Kräfte aber in der gesamtdeutschen Entwicklung maximal wirksam werden, so muß darüber Klarheit bestehen, daß die DDR nicht irgendein Land des sozialistischen Lagers, nicht irgendeine Volksdemokratie, die den anderen Volksdemokratien gleichgestellt werden könnte, ist, sondern daß es sich bei ihr um den *Ausgangspunkt, die Bastion und das Instrument der sozialistischen Entwicklung in ganz Deutschland* handelt. Die Frage ist, ob darüber wirklich die nötige Klarheit besteht. Nach meiner Überzeugung stehen wir [?] hier vor einer Alternative. Entweder wir betrachten die DDR als eine gewöhnliche, nur leicht modifizierte Volksdemokratie, die im wesentlichen vor den gleichen Aufgaben steht wie die anderen Volksdemokratien auch, das heißt: vor Aufgaben, die für den Übergang vom Kapitalismus zum *vollendeten* Sozialismus charakteristisch sind, – dann müssen wir auf eine führende Rolle der SED und der KPD im Kampf der fortschrittlichen Kräfte im gesamtdeutschen Rahmen und auf eine sozialistische Umgestaltung ganz Deutschlands für eine lange Periode verzichten. Oder wir wollen, gestützt auf die Errungenschaften der DDR, die Entwicklung zum Sozialismus in ganz Deutschland vorantreiben, der KPD und SED die führende Rolle und eine breite Massenbasis im gesamtdeutschen Kampf für den Sozialismus sichern, dann dürfen wir in der DDR selbst in den nächsten Jahren nicht den Weg der Volksdemokratien zum vollendeten Sozialismus fortsetzen, dann muß vielmehr die gesamte Strategie und Taktik der SED und jede Maßnahme, die in der DDR durchgeführt wird, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie der Isolierung der westdeutschen imperialistischen Reaktion, der Mobilisierung der fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte im gesamtdeutschen Rahmen und der Verbreiterung der Massenbasis der SED und KPD in beiden Teilen Deutschlands dient. Einen Mittelweg gibt es nicht. Mir scheint, daß der zweite Weg der einzig richtige ist, daß er allein die Möglichkeit bietet, die objektiven Chancen einer sozialistischen Entwicklung in ganz Deutschland maximal auszunutzen und die gefährlichen Pläne der deutschen imperialistischen Reaktion [?] zu durchkreuzen, während der erste Weg schließlich *auch in der DDR selbst* zu einer Isolierung der Sache des Sozialismus von den Bestrebungen der Massen führen muß. Mir scheint weiter kein Zweifel darüber zu



bestehen, daß in den vergangenen Jahren seit 1945 unsere Politik zwischen diesen beiden Wegen geschwankt hat, daß wir bald den ersten, bald den zweiten Weg zu bevorzugen schienen und daß das eine Folge a) des kalten Krieges der amerikanischen Imperialisten, b) der starren, schematischen Seiten der sowjetischen Außenpolitik der Stalin-Aera und c) einer ungenügend gesamtnationalen Zielsetzung in der Führung der SED gewesen ist, die zeitweilig ihre Parole »Deutsche an einen Tisch«, ihre Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verständigung selbst nicht ernst genommen, sondern nur als ein Manöver betrachtet hat, das die einseitige Orientierung ihrer Politik am volksdemokratischen Schema abschirmen sollte. Die folgenden Überlegungen und Vorschläge gehen davon aus, daß wir von jetzt an mit unbeirrbarer Konsequenz und ohne jede Zweideutigkeit den zweiten Weg – den Weg der gesamtnationalen Zielsetzung des Sozialismus, den Weg der Verbreiterung der Massenbasis der Kommunisten im gesamtdeutschen Rahmen, den Weg des Bündnisses mit allen fortschrittlichen Kräften ganz Deutschlands, den Weg der fortschreitenden Isolierung der westdeutschen imperialistischen Reaktion – beschreiten und entschieden darauf Kurs nehmen müssen, in der kommenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft auch in Westdeutschland durch die Aktion der geeinten Arbeiterklasse einen sozialistischen Ausweg aus dieser Krise zu erzwingen. (Sollte diese Prämisse nicht richtig sein – was aber erst zu beweisen wäre –, so wären selbstverständlich die folgenden Überlegungen, Hinweise und Vorschläge hinfällig.)

#### IV

Von entscheidender Bedeutung ist, daß wir ohne Illusion die Frage beantworten, warum die DDR bis jetzt im Bewußtsein der breitesten Massen beider Teile Deutschlands noch keineswegs ein begeisterndes Beispiel für den sozialistischen Aufbau darstellt, warum diejenigen fortschrittlichen Kräfte, die sich in Westdeutschland zur DDR bekennen, von den Massen weitgehend isoliert sind, und warum auch in der DDR selbst eine derartige Lage besteht, daß die Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen nach bürgerlich-demokratischem Muster mit einer katastrophalen Niederlage der SED enden würde. Die Ursachen dafür sind offenbar die folgenden:

1. Die deutschen Kommunisten – einschließlich der SED – sind vor den Massen der Arbeiterklasse in Deutschland durch Fehler ihrer Politik aus der Vergangenheit her belastet. (Vgl. dazu Anlage 1).
2. Der Durchschnittslebensstandard der Arbeiter und Angestellten ist im kapitalistischen Westdeutschland höher als in der DDR.
3. Das sozialistische Eigentum ist in der DDR vorwiegend in einer Form entwickelt, deren sozialistischen Charakter man nur erkennen kann, wenn man sich gewisse elementare Kenntnisse der marxistischen Theorie angeeignet hat, die wir bei der Masse der Arbeiter nicht voraussetzen dürfen. Es fällt daher unseren Klassenfeinden und den rechtssozialistischen Führern nicht schwer, das sozialistische Eigentum in demagogischer Weise als »staatskapitalistisch« zu diffamieren.
4. Besonders abschreckend wirken in diesem Zusammenhang der

Allerdings lehrte uns auch Ungarn, daß man in einem Lande, wo der Sozialismus infolge der faschistischen Vorvergangenheit und der stalinistischen Fehler der Vergangenheit derart schwach im Herzen und im Kopf der Massen verankert ist, sich nicht so wie die ungarischen Schriftsteller verhalten darf. Unter diesen Umständen wird nämlich jede bolschewistische Selbstkritik [...] doch von vielen Menschen als Attacke auf den Sozialismus überhaupt angesehen und kann also in der Wirkung – die natürlich nicht beabsichtigt war – auf eine Untergrabung des letzten Restes staatlicher Autorität hinauslaufen. (S. 101 f.)

So wurde uns klar, daß der polnische Weg bei uns schon nicht mehr gangbar war. Man konnte nicht eine aufwühlende Diskussion in aller Öffentlichkeit führen, die Auseinandersetzungen gehörten in die Partei. Das war unsere Linie: Unsere Gedanken formulieren und einem leitenden Parteiforum vortragen. In dem, was Harich, oft improvisiert aus dem Stehgreif, vortrug, schien mir so viel Beachtens- und Bedenkenswertes zu sein, daß ich ihn immer wieder aufforderte, diese Gedanken zu Papier zu bringen. Harich machte sich auch an die Arbeit, es kam jedoch nicht dazu, daß ich das Fertige jemals zu Gesicht bekam. (S. 102)

[Minister] Becher hatte seit langem seine Bereitschaft erklärt, mit den Lektoren des [Aufbau] Verlages über die politische Lage zu diskutieren. Die Veranstaltung fand an einem Donnerstag statt, und wenn ich mich nicht täusche, war das gleich nach Bußtag, also am 22. November. Becher kam mit seinem Adjutanten Thümmler und seiner Frau Lilly. Es wurde ein

straffe Zentralismus der Wirtschaftsführung in der DDR, alle sich daraus ergebenden – notwendigen und nicht notwendigen – Formen von Bürokratismus sowie der allzu enge Bewegungsspielraum für die Initiative der untersten Einheiten der Gewerkschaften.

5. Es besteht der Eindruck, daß in der DDR von seiten der Partei, der gesellschaftlichen Organisationen, des Staates und der Betriebsleitungen auf die Massen ein psychologischer und administrativer Druck ausgeübt wird, der sie zur Teilnahme an Kundgebungen, Versammlungen, politischen Schulungen, unbezahlten Arbeitseinsätzen für den Wiederaufbau usw. zwingt, zu lauter Dingen also, die die Freizeit und deren individuelle Gestaltung beeinträchtigen. Dieser Eindruck wird von der Demagogie unserer Gegner zu einer Gleichsetzung des sozialistischen mit dem faschistischen System ausgenutzt.

6. Unsere Landwirtschaftspolitik gilt nicht als vorbildlich. Der Hauptfehler wird darin gesehen, daß die private Wirtschaftsinitiative der selbständigen Klein-, Mittel- und Großbauern eingeeengt ist, die Belieferung mit Maschinen, Saatgut, Düngemitteln usw. zu wünschen übrig läßt und die Normen der Ablieferungspflicht zu hoch sind. Nach wie vor wird eine Wiederkehr von Zwangsmaßnahmen zur Kollektivierung befürchtet.

7. Unsere Mittelstandspolitik erweckt nach wie vor bei den Massen des Kleinbürgertums größtes Mißtrauen. Die Möglichkeiten der individuellen Kleinproduktion und der Privatinitiative des klein-kapitalistischen Unternehmertums in der DDR gelten als zu beschränkt.

8. Die Massen der Intellektuellen stehen unter dem Eindruck, daß es in der DDR keine geistige Freiheit gebe.

9. Die Kirchen nehmen verschiedene Tatsachen zum Anlaß, die SED und die Regierung der DDR zu bezichtigen, daß sie einen Kirchenkampf führten.

10. Nachhaltiges Mißtrauen erwecken alle Tatsachen, die mit der Verletzung der Gesetzlichkeit in der DDR, mit Übergriffen der Staatssicherheitsorgane, Mißständen in der Rechtsprechung usw. zusammenhängen. Es gilt als ausgemacht, daß in der DDR keine Rechtssicherheit bestehe.

11. Der Wiederaufbau der Städte in der DDR ist hinter dem Wiederaufbau in Westdeutschland weit zurückgeblieben. Unsere Städte bieten, mit westdeutschen Städten verglichen, häufig einen trostlosen Eindruck.

12. Das Kulturleben in der DDR ist auf manchen Gebieten nicht vielfältig genug.

13. In bezug auf die nationale Frage sind die SED und die Regierung der DDR durch die Tatsache belastet, daß die ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen und daß Ostpreußen teils an Polen, teils an die UdSSR abgetreten wurden. Diese Tatsache wird von unseren Gegnern zu einer schamlosen chauvinistischen Hetze gegen die Sowjetunion, die Volksrepublik Polen und die Regierung der DDR ausgenutzt. (Vgl. dazu Anlage 2).

14. Unsere gesamte politische Agitation in der Presse, im Rundfunk, in der Form von Hausagitation, politischen Versammlungen usw. ist in ihren Formen außerordentlich ungeschickt und wenig

wirksam. Rundfunk und Presse haben es vor allem nicht verstanden, Formen der politischen Massenbeeinflussung zu entwickeln, die geeignet wären, bei der Bevölkerung in Westdeutschland eine breite Resonanz zu finden. (Vgl. dazu Anlage 3).

15. Die kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern der Stalin-Aera wird von der Führung der SED in einer Weise gebremst, die bei den Massen in allen Teilen Deutschlands einen denkbar schlechten Eindruck macht. (Vgl. dazu Anlage 1).

16. In der SED sind außerordentlich starke Tendenzen zum Sektierertum und zur Ignorierung der gesamtdeutschen Aspekte des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterklasse wirksam. (Vgl. dazu Anlage 1).

## V

Um im gesamtdeutschen Rahmen eine Entwicklung zum Sozialismus zu erzielen, müssen wir diejenigen Erscheinungen, die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes zur DDR beeinträchtigen und die einem effektiven Bündnis zwischen der SED und den oppositionellen Kräften in Westdeutschland (Sozialdemokraten, Teilen des liberalen Bürgertums) im Wege stehen, auf ein äußerstes Minimum reduzieren. Im einzelnen sollte – nach meiner Überzeugung – folgendes getan werden:

1. Unbedingt erforderlich ist, daß sowjetische Truppen auf dem Territorium der DDR stationiert bleiben. Wichtig ist aber, daß von Zeit zu Zeit die völlige Unabhängigkeit der SED von der KPdSU und die Souveränität der DDR demonstriert wird. Das kann unter anderem dadurch geschehen, daß in der SED-Presse in irgendwelchen sekundären Fragen eine gewisse Distanzierung von der KPdSU erfolgt, daß gewisse kleine Meinungsverschiedenheiten – wie neulich zwischen Togliatti und Nenni einerseits und dem ZK der KPdSU andererseits – in der Beurteilung der Ursachen des Personenkults sichtbar werden. Wenn das, bei gleichzeitiger Anwesenheit sowjetischer Truppen auf deutschem Boden und bei Verbleiben der DDR im Warschauer Pakt, möglich ist, so wird es umso eher dazu beitragen, dem Gegner die Behauptung aus der Hand zu schlagen, daß es sich bei der SED und der sogenannten »Pankower Regierung« um »Satelliten« handle. Das Zusammenbestehen einer sowjetischen Besatzung und einer sozusagen »jugoslawisch« orientierten SED auf dem gleichen Boden der DDR würde die hergebrachten Konzeptionen des Gegners völlig durcheinanderbringen und böte die verschiedensten Möglichkeiten einer äußerst elastischen, beweglichen, den Gegner verwirrenden, die potentiellen Bundesgenossen faszinierenden Taktik.

2. Unbedingt erforderlich ist, daß die gesamte Staatsmacht in der DDR mit allen ihren Organen, daß die Massenorganisationen, der sozialistische Sektor der Wirtschaft usw. unerschütterlich fest in der Hand der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, bleiben. Vor allen Dingen muß verhindert werden, daß die Initiative zu irgendeiner Maßnahme, die auf die Gewinnung der Massen abzielt, jemals von einer anderen Partei als der SED, also etwa von der

sehr interessanter Abend, wohl auch für Becher. Er war in der unglücklichen Lage, mit vielen unserer Ansichten einverstanden zu sein und dennoch als Mitglied des ZK die offizielle Meinung vertreten zu müssen.

Janka sprach über die Lage der Arbeiter, die Rolle der Arbeiterkomitees, sehr überlegt und fundiert. Lilly Becher war begeistert. Ich sprach darüber, daß es uns als Theoretiker nicht befriedigend könne, wenn laufend Fehler zugegeben und die Korrektur in Angriff genommen würde. Es käme darauf an, die Ursachen einiger immer ähnlicher Fehler aufzudecken, ihren Generalnenner zu finden. Mir schien dies das falsche Verhältnis Führung – Masse zu sein. Ich sagte es nicht, aber ich meinte es – Diktatur über das Proletariat statt Diktatur des Proletariats. Zöger kritisierte mit unverhohlener Empörung einige Mißstände. Harich theoretisierte sehr klug und überzeugend über die internationale Lage und die Vorgänge im sozialistischen Lager. Becher merkte wohl, daß allmählich Themen zur Sprache kamen, die in einen anderen Kreis gehörten, und wir waren derselben Meinung. Er schlug vor, die von Harich begonnene Diskussion zu anderer Zeit in einem größeren Kreis fortzuführen, womit wir sehr einverstanden waren. (S. 110 f.)

Bei einer späteren Gelegenheit, einer Aussprache des Politbüros mit den führenden Schriftstellern nach Harichs Verhaftung [am 29. November], machte Ulbricht den Schriftstellern Vorwürfe, sie hätten sich Harichs Reden angehört und es nicht der Partei gemeldet. Er habe Harich nur einmal gehört, aber sofort verstanden, daß hier der Feind spricht ... Wir machten uns auf einen harten und langen Winter gefaßt. Im SONNTAG tasteten wir uns von Nummer zu Nummer. In der Redaktion herrschten Verwirrung, Niedergeschlagenheit. Von allen Seiten kamen Angriffe auf uns [...]. (S. 105)

Nuschke-CDU, ausgeht. Das heißt: es darf nicht geschehen, daß der sozialistische Charakter unseres Staates bürgerlich verwässert wird, daß Maßnahmen, die bei den Massen Anklang finden, der Tätigkeit bürgerlicher Kräfte zugeschrieben werden. Selbst diejenigen Maßnahmen, die der Gewinnung des Kleinbürgertums dienen, müssen von der SED ausgehen. Auch wäre es falsch, die Terminologie durch Parolen zu verwässern, die zweideutig und überlebt sind. Die Forderung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage muß der Außenpolitik der Sowjetunion überlassen bleiben. Die SED und die Regierung der DDR müssen offen mit der Forderung eines *sozialistischen* Gesamtdeutschland auftreten, sie müssen aber zugleich *das Besondere des deutschen Weges* zum Sozialismus betonen, eines Weges, der die friedliche, parlamentarische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse in Westdeutschland, die Umgestaltung des westdeutschen Staatsapparats durch Entfernung der faschistischen und militaristischen Elemente und eine allmähliche sozialistische Umgestaltung der westdeutschen Wirtschaft unter Beibehaltung selbständiger kleinbürgerlicher Produktion für eine lange Periode einschließt. Es kommt nicht darauf an, die sozialistische Entwicklung, die wir anstreben, mit bürgerlich-demokratischen Parolen (die uns niemand mehr glaubt) zu tarnen. Es kommt umgekehrt darauf an, in der Agitation und Propaganda und ebenso in der Praxis zu beweisen, daß in unserer Zeit nur die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht in der Hand hat und den Sozialismus aufbaut, imstande ist, die bleibenden Errungenschaften *auch* der bürgerlichen Demokratie zu sichern und auf höherer Stufe weiterzuentwickeln.

3. Unbedingt erforderlich ist, daß die SED und die Regierung der DDR noch unmißverständlicher als bisher erklären, daß sie nicht gewillt sind, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, die die Macht der Arbeiter und Bauern oder auch nur eine einzige der sozialen Errungenschaften der DDR gefährden könnte. Es ist weiter erforderlich, daß von seiten der SED und der Regierung der DDR die Wiedervereinigung Deutschlands unmißverständlich davon abhängig gemacht wird, daß in der Bundesrepublik die fortschrittlichen Kräfte die Macht ausüben, daß die Staatsorgane der Bundesrepublik von Militaristen und Faschisten gesäubert, das Land der Großgrundbesitzer aufgeteilt, die Monopole, Kartelle, Trusts, Syndikate zerschlagen und die Grundstoffindustrien [?] in die Hände des Volkes, in die Hände der Arbeiterklasse überführt werden. Gleichzeitig aber müssen in der DDR selbst schon jetzt Reformen durchgeführt werden mit dem Ziel, alle Erscheinungen zu beseitigen, die geeignet sind, diese Bedingungen und Forderungen der SED und der Regierung der DDR bei den Massen zu diskreditieren. Das heißt, es kommt darauf an, in Deutschland mit rücksichtsloser Offenheit das Banner des Kampfes für den Sozialismus aufzupflanzen und gleichzeitig diesem Sozialismus neue Formen zu geben, die den besonderen deutschen Bedingungen maximal angepaßt und den Massen in beiden Teilen Deutschlands unmittelbar verständlich sind, Formen, die sich von dem sowjeti-

schen und auch von dem volksdemokratischen Typus des Sozialismus wesentlich unterscheiden müssen, Formen, die es gestatten, die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse zu begeistern und darüber hinaus die breitesten Kreise des Volkes zu der Erkenntnis zu bringen, daß für sie nicht die kapitalistische Restauration, sondern nur der Weg der sozialistischen Umgestaltung von Vorteil ist. Diese besonderen deutschen Formen des Sozialismus müssen *jetzt* gefunden und beharrlich entwickelt werden, und sie müssen in dem Augenblick, wo das kapitalistische System in Westdeutschland in eine Krise gerät, wo sich die Lebensverhältnisse der westdeutschen Bevölkerung rapide verschlechtern, auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes – die Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Intellektuellen – eine magnetische Anziehungskraft ausüben.

4. Notwendig ist, daß die SED und die KPD eine tiefgreifende, umfassende Selbstkritik ihrer Fehler aus der Vergangenheit ausarbeiten (vgl. hierzu Anlage 1), eine Selbstkritik, die nichts verschweigen und beschönigen darf, und daß in diesem Zusammenhang einige wenige Funktionäre, die sich im Zusammenhang mit den betreffenden Fehlern besonders exponiert haben und die kein Vertrauen bei den Massen mehr genießen, abberufen und mit weniger leitenden Funktionen betraut werden, freilich so, daß ihre Parteiergebenheit, ihre Talente und Energien in geeigneter Form der Partei erhalten bleiben. Eine solche Selbstkritik und ein solcher Personalwechsel in der Führung sind unerlässlich, wenn die Partei begangene Fehler radikal überwinden, wenn sie das Vertrauen der Arbeiterklasse in beiden Teilen Deutschlands erobern, wenn sie für die fortschrittlichen Kräfte in der Sozialdemokratie bündnisfähig werden und ihre eigenen Mitglieder und Sympathisierenden für die vielseitigen Aufgaben des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus mobilisieren soll. Das beste wäre es, diese Selbstkritik in der Form einer umfassenden öffentlichen Parteidiskussion zu entwickeln und auf dem nächsten Parteitag der SED – bzw. den nächsten Parteitag der SED und KPD gesondert – zum Abschluß zu bringen. Von einer solchen Parteidiskussion würde zwar auch der Gegner vorübergehend zu profitieren versuchen, vor allem aber würde sie – und das ist das Entscheidende und Positive – dazu beitragen, die Massen näher an die Partei heranzuführen, diejenigen Kräfte, die in der Sozialdemokratie für die Aktionseinheit mit den Kommunisten eintreten, zu stärken und den Funktionärskörper der Partei auf seine neuen Aufgaben vorzubereiten. (Anlage 1 enthält eine Aufzählung derjenigen Fehler, die in einer solchen Diskussion – nach meiner Meinung – diskutiert werden sollten. Es muß gesagt werden, daß Ansätze zu einer solchen Selbstkritik in früheren Jahren stets in Halbheiten steckengeblieben sind, weil jede gründlichere Analyse an bestimmten Punkten auf Fehler gestoßen wäre, die mit den negativen Seiten der Stalinschen Politik zusammenhängen. Und es muß weiter gesagt werden, daß sich gegenwärtig in der SED die Tendenz bemerkbar macht, die selbstkritische Überprüfung der eigenen Fehler einzudämmen, weil offenbar das Prestige des Ersten Sekretärs der Partei, des Genossen Walter Ulbricht, mit dem Parteiinteresse selbst identifiziert wird. Ähnlich

[...] Am 26. 2. [1957] wurde ich durch ein Schreiben der Poststelle des ZK zu einer »Aussprache« in die Bezirksleitung geladen. Drei Genossen saß ich dort gegenüber: Herta Geffke, Sens und Eichholz (BPKK Berlin). Sie begannen die »Aussprache« wie folgt: »Das Politbüro hat uns beauftragt, gegen dich als Mitglied der parteifeindlichen Harich-Gruppe ein Parteiverfahren durchzuführen«.

Da wußte ich, was die Uhr geschlagen hatte. Wir also sind die Harich-Gruppe, die Genossen im SONNTAG, im [Aufbau] Verlag und an den wissenschaftlichen Instituten, mit denen Harich zu tun hatte. Auf uns sollte alles das zutreffen, was Ulbricht auf dem 30. Plenum [am 30. Januar 1957] gesagt hatte. Es trifft nicht zu, also hat er gelogen. (S. 93)

Die ganze Verhandlung lief darauf hinaus, uns der Bildung einer parteifeindlichen fraktionellen Gruppierung zu bezichtigen. Gegen alle, die Harichs Ansichten kennen, werden solche Verfahren durchgeführt: Zöger, Schubert, Caspar, Düwel, Alfred Kosing – das sind die mir bekannten. [...] (S. 94)

[...] eines ist mir jetzt klargeworden, nachdem Ulbricht mit allerschwerstem Geschütz auf uns feuert: Eine vage oppositionelle Stimmung hatte damals [1956] weite Teile der Partei ergriffen. Besonders unter den Parteiintellektuellen keimten auf den einzelnen Fachgebieten (Ökonomie, Landwirtschaft usw.) neuartige Ansichten, die infolge der Unterdrückung des geistigen Lebens nicht ausgereift waren, die sicher auch Irrtümer enthielten, aber im Wesen auf der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die deutsche Gegenwart beruhten. Wir im Verlag und

liegen die Dinge offenbar auch in der ungarischen KP beim Genossen Rakosi.)

5. Die ökonomische Politik in der DDR muß darauf gerichtet sein, eine, den objektiven Möglichkeiten entsprechend sehr weitgehende, unmittelbare Hebung des Lebensstandards der werktätigen Massen zu erzielen, mit dem Ziel, in dieser Beziehung die Bundesrepublik einzuholen und zu überholen. Es schadet durchaus nichts, wenn dabei auf dem Territorium der DDR eine weitere Einschränkung der Investitionen in der Schwerindustrie und eine Verletzung des Prinzips vom Primat der Produktion von Produktionsmitteln in Kauf genommen werden muß, es sei denn, daß es sich um solche Produktionsmittel handelt, die auf dem Wege des Exports unmittelbar der Beschaffung hochwertiger Konsumgüter dienen können. Im Gesamtzusammenhang des sozialistischen Lagers gesehen, braucht eine solche Verschiebung der Proportionen in der DDR (und unter Umständen auch in der an Westdeutschland ebenfalls angrenzenden CSR) keine *wesentliche* Störung herbeizuführen; im gesamtdeutschen Maßstab aber kann sie ein geeignetes Mittel sein, die werktätigen Massen in der Bundesrepublik auf den Weg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu treiben, und so über kurz oder lang die Einbeziehung der westdeutschen Produktionskapazität (Ruhrgebiet!) in das sozialistische Weltssystem zur Folge haben, womit der Sieg des Sozialismus in Europa entschieden sein dürfte. Es kommt nicht darauf an, die bestehende schwerindustrielle Basis in der DDR – sei es im Sinne einer Autarkie der DDR, sei es im Sinne der *unmittelbaren* Koordination ihrer Wirtschaft mit den Ländern des sozialistischen Lagers – weiter auszubauen. Worauf es ankommt, ist, die Lebensverhältnisse in der DDR möglichst schnell so zu gestalten, daß die DDR als Mittel (Magnet) der Eroberung der schwerindustriellen Basis Westdeutschlands für den Sozialismus wirksam werden kann. Wenn bei einer weiteren Zuspitzung der Klassengegensätze in Westdeutschland infolge der Remilitarisierung, wenn bei einem Absinken des Lebensstandards der werktätigen Massen Westdeutschlands *gleichzeitig* in der DDR ein rapider Aufschwung in der Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung erfolgt, wenn weiter in einer Situation, in der Westdeutschland von der Krise erfaßt und durch Massenarbeitslosigkeit heimgesucht sein wird, die Vollbeschäftigung in der DDR anhält und der Lebensstandard in der DDR weiter ansteigt, dann wird es zweifellos möglich sein, in Westdeutschland die politische Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten und die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Sozialismus zu vollziehen, und dies hätte für die sozialistische Weltrevolution eine bei weitem größere Bedeutung, als der Ausbau der Schwerindustrie und der Produktion von Produktionsmitteln in der DDR sie jemals haben könnte, selbst wenn alle Kräfte in der DDR in den nächsten Jahren – bis zum Ausbruch der kapitalistischen Krise – aufs äußerste angespannt würden.

6. Es ist notwendig, daß im Wirtschaftsleben der DDR Reformen

durchgeführt werden, die das sozialistische Eigentum zwar nicht im Inhalt verändern, aber es zu einer *Form* gestalten, die den sozialistischen Charakter dieses Eigentums für die breitesten Massen der Werktätigen, auch wenn sie vom Marxismus noch nichts gehört haben, unmittelbar einleuchtend macht. Das heißt, die Produktionsbetriebe der DDR, die Volkseigentum sind, sollten in einer Weise organisiert und geführt werden, die etwa dem jugoslawischen Beispiel entspricht, sich aber von dem in der Sowjetunion und den Volksdemokratien bevorzugten System wesentlich unterscheidet, ohne daß der soziale Inhalt ein anderer wäre. Unter der Bedingung, daß die Sowjetunion auf dem Territorium der DDR ihre Truppen stationiert hat, daß hinter der DDR das mächtige sozialistische Lager steht, daß die jugoslawischen Genossen mit einem derartigen neuen System bereits ihre Erfahrungen gemacht haben, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die deutschen Arbeiter, Ingenieure und Angestellten außerordentlich fleißig, pünktlich, qualifiziert und mit ihrer Arbeit verbunden sind, können wir uns ohne weiteres ein Experiment leisten, das die volkseigene Industrieproduktion der DDR maximal dezentralisiert, den einzelnen volkseigenen Betrieben ein Maximum an Eigenverantwortlichkeit überträgt und die Arbeiter in maximaler Weise zu unmittelbaren Herren ihrer Betriebe macht. Wir könnten mit diesem Experiment erreichen, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter in der DDR einen neuen Aufschwung erhält und die Arbeiter in den Großbetrieben der Bundesrepublik Westdeutschland dazu angereizt werden, dem Beispiel ihrer Klassenbrüder in der DDR zu folgen. Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der deutschen Arbeiterklasse jede hochzentralisierte Organisation der Wirtschaft durch die Erfahrungen mit dem Faschismus äußerst verhaßt und es daher in Deutschland besonders schwer ist, die Arbeiter in ihrer Masse für eine hochzentralisierte sozialistische Produktion zu begeistern. Aus diesem Grunde findet in Deutschland die demagogische Diffamierung des Sozialismus als »staatskapitalistische Ausbeutung«, die demagogische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus besonders leicht Verbreitung, es ist hier besonders leicht, die »Planbürokratie« als »Parasitenkaste« zu diffamieren usw. Wir können dem Gegner diese Demagogie unmöglich machen, wenn wir jetzt in der DDR (nach gründlicher wissenschaftlicher Vorbereitung, nach kritischer Prüfung der einschlägigen anarcho-syndikalistischen Literatur und nach umfassendem Erfahrungsaustausch mit den jugoslawischen Genossen) dazu übergehen, eine Organisation der sozialistischen Produktion zu entwickeln, deren sozialistischer Charakter auch für das Bewußtsein des rückständigsten, antisowjetisch verhetzten und irreführenden Arbeiters über jeden Zweifel erhaben ist. Auch dies würde ein Mittel sein, die DDR zu einem Mittel der Eroberung Westdeutschlands für den Sozialismus zu machen.\*

7. Der privaten Wirtschaftsinitiative der kapitalistischen Elemente in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Handel der DDR muß ein so breiter Raum gewährt werden, wie es nur möglich ist, jedenfalls ein breiterer Raum, als dies jemals nach

im SONNTAG, glaube ich behaupten zu können, waren am weitesten fortgeschritten in der allseitigen Formulierung dieser theoretischen Erkenntnisse und ihrer politischen Konsequenzen. Hätte man eine offene, freie Diskussion gestattet, so hätten wir wahrscheinlich diese Kräfte um uns geschart.

Das ist, wie gesagt, heute (März 1957) meine Meinung. Damals hielten wir uns keineswegs für so bedeutsam und wichtig. Wir fühlten uns als Suchende, Wahrheits-sucher und in dieser Rolle glücklich. Wir waren durchaus optimistisch, fühlten das Recht auf unserer Seite und auch die Zukunft. [...] (S. 109)

\* Dem vorangehenden, sechsten Absatz schloß sich ein siebter an, den Harich strich, nachdem er den ursprünglich achten geschrieben hatte: 7. Es ist notwendig, daß wir die

spießbürgerlichen Tendenzen von vielen deutschen Arbeitern, ihren Individualismus in der Feierabendgestaltung, ihr Streben nach dem Schrebergarten usw. so weit wie irgend möglich berücksichtigen, daß wir Massendemonstrationen u. dgl. nur in äußerst seltenen, unerläßlichen Fällen und nur auf der Basis unbedingter Freiwilligkeit organisieren, daß wir die politische Agitation weniger in Form von Versammlungen, Hausgemeinschaften usw. und mehr in der Form des individuellen, persönlichen Gesprächs durchführen und im übrigen durch eine interessante und vielseitige Gestaltung unserer sozialistischen Presse und unseres Rundfunks das Bewußtsein der Massen wirksam zu beeinflussen suchen. Nur so werden wir eine sozialistische öffentliche Meinung in der DDR erzeugen, die auf ganz Deutschland ausstrahlen kann. (Vgl. dazu auch Anlage 3). Nur so werden wir unseren Gegnern das demagogische Argument aus der Hand schlagen können, daß unser System irgendetwas mit der Massenreglementierung der Nazis zu tun habe.

1945 der Fall gewesen ist. Es ist dabei von folgenden Gesichtspunkten auszugehen: a) Unter den Bedingungen der Existenz des sozialistischen Weltsystems, der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern in der DDR und des Vorhandenseins eines starken sozialistischen Sektors in allen entscheidenden Zweigen der Industrie bedeutet eine Belebung des kleinbürgerlichen Kapitalismus in Stadt und Land keine Bedrohung; b) Es ist durchaus möglich, Formen der Ausbeutung im kapitalistischen Sektor zu unterbinden, die auf eine Verelendung von Teilen des Proletariats hinausführen und uns von diesen Teilen des Proletariats isolieren würden; c) Eine Belebung des kleinbürgerlichen Kapitalismus in Stadt und Land würde wesentlich zu einer rapiden Verbesserung der materiellen Lebenslage der Massen beitragen; d) Das Entscheidende ist, daß eine kapitalistische Krise in Westdeutschland und ganz Westeuropa breite Massen des dortigen Kleinbürgertums ruinieren wird und daß in diesem Augenblick diesen Massen durch das Beispiel der DDR sinnfällig klargemacht werden kann, daß ihre ökonomischen Interessen bei der siegreichen Arbeiterklasse besser aufgehoben sind als in einer Gesellschaft, die vom Monopolkapital beherrscht wird. Schon aus diesem Grunde genügt es nicht zu sagen, in der DDR bestehe die Möglichkeit, die kleinbürgerliche Produktion mit friedlichen Methoden sozialistisch umzugestalten. Wenn man die Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung Gesamtdeutschlands im Auge hat, muß man vielmehr sagen, daß in der DDR vorläufig gar nicht die Aufgabe steht, die Kleinbourgeoisie sozialistisch zu modeln, sondern die andere, der Eroberung ganz Deutschlands untergeordnete Aufgabe, diese Kleinbourgeoisie durch Zulassung ihrer weitgehenden freien Entfaltung in der DDR zu einer Reserve des gesamtdeutschen Proletariats zu machen und sie so aus ihrer Bindung an die reaktionären imperialistischen Kräfte herauszureißen. Es kommt jetzt und für die nächste Zeit nicht darauf an, in der DDR – wenn auch mit friedlichen Methoden und ohne Praxis des sich verschärfenden Klassenkampfes – zur *Vollendung* der sozialistischen Produktionsverhältnisse voranzuschreiten, sondern es kommt darauf an, in der DDR eine solche ökonomische Politik durchzuführen, daß in der Situation einer Wirtschaftskrise im Westen die Kleinbourgeoisie beider Teile Deutschlands für eine Wiedervereinigung gewonnen werden kann, bei der die Arbeiterklasse die führende politische Kraft ist und in ganz Deutschland ihre Herrschaft errichtet. Erst wenn das geschehen ist, kann im Rahmen Gesamtdeutschlands zu einer allmählichen, friedlichen sozialistischen Umgestaltung auch der Kleinbourgeoisie fortgeschritten werden. Es wäre ein Fehler, in dieser Beziehung in dem engen Rahmen der DDR vorschnelle Entscheidungen zu treffen, wie es ein Fehler gewesen wäre, wenn 1917 die Bolschewiki in Rußland nicht die Aufteilung des Großgrundbesitzes, sondern den sofortigen Übergang zur Großproduktion in der Landwirtschaft proklamiert hätten.

8. Auf ideologischem Gebiet müssen wir unbedingt dafür sorgen, daß alle Mittel der *politischen* Meinungsbildung der Öffentlichkeit in der Hand der SED oder unter deren Kontrolle bleiben und daß



keinerlei oppositionelle Agitation in der Presse oder über den Rundfunk der DDR geduldet wird. Wir müssen ferner dafür Sorge tragen, daß alle institutionellen Voraussetzungen für eine breite Wirksamkeit der Ideen des Marxismus-Leninismus erhalten bleiben und maximal ausgenutzt werden, daß vor allem die Jugend in der FDJ, in den Schulen und Universitäten im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus erzogen wird. Gleichzeitig aber dürfen wir uns nicht mehr der Illusion hingeben, daß es möglich wäre, in der DDR die Verbreitung bürgerlicher Ideen in der Philosophie, Wissenschaft, Kunst und Literatur zu unterbinden. Alle Maßnahmen, die wir in dieser Beziehung in der Vergangenheit ergriffen haben, waren – was in dem gespaltenen Deutschland und bei der Existenz Westberlins im Herzen der DDR kein Wunder ist – völlig zwecklos und haben nur dazu beigetragen, uns bei der Masse der Intellektuellen diesseits und jenseits der Zonengrenze zu diskreditieren. Wir müssen ein klar umrissenes, strenges Verbot jeder Form von Rassen- und Völkerverhetzung, jeder Kriegshetze, jedes Antisemitismus usw. erlassen, müssen weiter von den Intellektuellen, die in unserer Republik tätig sind, strikte Loyalität gegenüber dem Staat verlangen, im übrigen aber die philosophische, wissenschaftliche und belletristische Literatur des Westens ungehindert bei uns zulassen und es jedem Intellektuellen, der nicht zur Partei der Arbeiterklasse gehört, freistellen, welche Ideologie er in Wort und Schrift vertreten will. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß wir die Massen der Intelligenz in Gesamtdeutschland auf unsere Seite ziehen, und nur wenn wir in der DDR selbst diese Voraussetzung schaffen, werden wir breiteste Kreise der Intelligenz auch dafür gewinnen können, mit Marxisten in Meinungsstreit zu treten. Jede autoritäre Intervention der Partei in Fragen der Philosophie, Wissenschaft, Kunst und Literatur, jeder administrative Druck auf Andersdenkende muß unterbleiben.

9. Die juristischen Institutionen und Sicherheitsorgane der DDR müssen fest in der Hand der Arbeiterklasse bleiben, aber so gehandhabt werden, daß sie der gegnerischen Propaganda keinerlei Angriffsfläche mehr bieten. Verbrechen feindlicher Agenten müssen streng geahndet, aber die Prozesse auch gegen diese Kategorie von Verbrechern müssen unter strikter Einhaltung der formellen Regeln einer Strafprozeßordnung geführt werden, die den Traditionen fortschrittlicher Rechtspflege in den Staaten des Westens entspricht. Es ist immer noch besser, wenn der eine oder andere Agent durchschlüpfen kann, als wenn das System der Unschädlichmachung von Agenten ständig das Vertrauen der breitesten Massen zur Arbeiter- und Bauernmacht erschüttert. Auch im Strafvollzug sind vorbildliche Verhältnisse zu schaffen, die die Erziehung der Verurteilten zu fortschrittlichen Menschen begünstigen. Die Todesstrafe ist abzuschaffen. Mit alledem können wir es gleichzeitig der Bourgeoisie im Westen erschweren, zu Methoden einer Terrorjustiz zu greifen, und sie überzeugend vor der Weltöffentlichkeit entlarven, sobald sie von derartigen Methoden Gebrauch macht. Um das Vertrauen der Massen auf die zukünftige, reformierte Rechtspflege der DDR zu stärken, müssen die Fehler,

die auf diesem Gebiet in der Vergangenheit begangen wurden, von der Partei rücksichtslos aufgedeckt und verurteilt werden. Falsch und unzulässig ist es, diese Fehler jetzt damit zu entschuldigen, daß sie auf die Situation des kalten Krieges zurückzuführen und also eigentlich gar keine Fehler gewesen seien. Zweckmäßig wäre es, den bei der Bevölkerung besonders verhaßten Justizminister, Genossin Hilde Benjamin, und den Generalstaatsanwalt Genossen Melsheimer abzubufen.

ULLA PLENER

Theodor Leipart (1867-1947)

## Persönlichkeit – Handlungsmotive – Lebensbilanz

Zu den Gepflogenheiten der kommunistischen, in der Komintern-Tradition stehenden Geschichtsschreibung gehörte es, den Einzelnen, die Persönlichkeit weitgehend hinter »objektive Abläufe« des historischen Prozesses zurückzudrängen. Die Eigenheiten der agierenden Menschen, die persönlichen Motive ihres Handelns wurden als selbständiger, manchmal bestimmender Faktor in der Politik weitgehend ausgeschlossen. Auch die wenigen Führer von Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung, die in historischen Abhandlungen hervorgehoben und biographischer Werke für würdig befunden wurden, galten zumeist als Vollstrecker objektiver Gesetzmäßigkeiten, ihr Handeln wurde an diesen – nicht selten von den jeweiligen Führungen subjektivistisch interpretierten und festgelegten – Gesetzmäßigkeiten gemessen und danach bewertet, ob und wie sie zu der gerade gültigen kommunistischen Strategie gestanden hatten. So waren dann kommunistische Führerpersönlichkeiten, da revolutionär und an der Sowjetunion orientiert, meistens positive, untadelige Helden, sozialdemokratische Politiker dagegen, weil reformistisch und SU-kritisch oder gar -ablehnend eingestellt, pauschal und durchweg Opportunisten und Verräter von Arbeiterinteressen. Dabei hätten die kommunistischen Angebote der Aktionseinheit vielleicht mehr gefruchtet, wenn es nicht so restlos am Bemühen gefehlt hätte, in die Logik der anders Denkenden und deren Motive einzudringen sowie das von diesen für die Vielen tatsächlich Erreichte anzuerkennen.

Zu den vor 1933 als »Verräter« Gebrandmarkten gehörte Theodor Leipart. In dem Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Dietz Verlag Berlin 1970), das zwar sachlich gehalten war, aber die o. g. Meßlatte anlegte, hießen seine Charakteristika: Er habe »die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit dem Monopolkapital« verfochten, »sich an der Ausarbeitung der kleinbürgerlich-reformistischen Theorie von der »Wirtschaftsdemokratie« beteiligt usw. Nach Gründen für seine Positionen und Motiven seines Handelns wurde nicht gefragt; die Bilanz seines Wirkens blieb aufgrund des Dargestellten eine rein negative.

Auch sozialdemokratische Historiker zeigen sich gegenüber Leipart verhalten – weil er 1946 der SED beigetreten war? In das jüngst erschienene Lexikon deutscher Demokraten wurde Leipart nicht aufgenommen (sehr wohl aber zum Beispiel ein Noske).<sup>1</sup>

Theodor Leipart gehört zu den Persönlichkeiten, die die deutsche, teilweise internationale Arbeiterbewegung, insonderheit

Ulla Plener – Jg. 1933,  
Historikerin, Berlin.

Gewerkschaftsbewegung, seit Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis 1933 maßgebend mitgeprägt haben. Er entstammte jenem Kreis von Arbeiterführern, die selbst noch handwerkliche Berufe erlernten und ausübten, aber schon die sich herausbildende, zunächst vom physischen und geistigen Elend gezeichnete erste Generation der Industriearbeiterschaft erlebten und organisierten. Politisch wurde er von den knebelnden Zuständen des Sozialistengesetzes (1878-1890) geprägt. Seit 1887 bekleidete er gewerkschaftliche Ämter, seit 1891 hauptamtlich. Von 1893 bis 1919 stand er an der Spitze der Drechsler-Vereinigung bzw. des Deutschen Holzarbeiterverbandes (DHV) und war zugleich von 1904 bis 1919 Sekretär der von ihm initiierten Internationalen Union der Holzarbeiter. Von 1921 bis 1933 war er Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), außerdem von 1922 bis 1933 Vizevorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

### *Persönlichkeit*

Leipart wurde in Neubrandenburg als siebentes von zwölf Kindern in der Familie eines unselbständigen Damenschneiders, der meistens mit Gelegenheitsarbeiten für den Unterhalt der Seinen sorgte, geboren. »Bittere Armut und große Kinderschar daheim« waren seine bleibenden Kindheitserlebnisse.<sup>2</sup> Aber ebenso war es wohl die hochherzige Hilfe eines Neubrandenburger Syndikus, der für ihn die Kosten für den Besuch einer »höheren« Bürgerschule (später Mittelschule) mit »vortrefflichen Lehrern« übernommen hatte. Vielleicht war dieses frühzeitige Erleben einer »klassenüberschreitenden« Tat, an die sich Leipart immer wieder dankbar erinnerte, eine Quelle für seine spätere nach seinen Worten »weniger radikale«, auf Ausgleich und Kooperation gerichtete Position gegenüber allem, was »bürgerlich« war. Doch blieb er sein Leben lang stolz auf seine Arbeiterherkunft und verleugnete nie seinen Klassenstandpunkt.

Leipart mußte Drechsler lernen (statt Gärtner, wie er es wollte), weil zwei seiner Onkel Drechsler waren und die Ausbildung kostenfrei übernommen hatten. Schon neunzehnjährig trat er in Hamburg dem Drechsler-Fachverein, kurz darauf auch der Sozialdemokratischen Partei bei. Als engagierter Gewerkschafter und sozialdemokratischer Agitator hatte er Armut, Arbeits- und Arbeitslosigkeit eines Lohnarbeiters und die Pressionen des Sozialistengesetzes sowie seit 1893 die Polizeigewalt in Stuttgart, wohin er mit dem Hauptsitz des DHV übergesiedelt war, am »eigenen Leibe« ständig erlebt. Für einen Arbeiter überdurchschnittlich gebildet, empfand er die »geringe Achtung, welche die Arbeiter in der menschlichen Gesellschaft genossen«, obwohl sie doch zu ihrem Reichtum am meisten beitrugen, als demütigend – und ebenso, daß »die Arbeiter im öffentlichen Leben, im Staate und in der Gemeinde« keinen Einfluß hatten. Diese Eindrücke blieben für sein ganzes Leben und Wirken prägend. Und so widmete er sich vom Beginn seines gewerkschaftlichen Engagements an dem materiellen, geistigen und politischen »Aufstieg der Arbeiterklasse auf eine höhere Kulturstufe«, der »von den widerstrebenden Mächten

»Der Kapitalismus hat die Arbeiter nicht nur von den Produktionsmitteln getrennt und sie einer unsicheren Existenz, einem fremdbestimmten Leben überantwortet. Er hat... sie aus der Kulturgemeinschaft ausgeschlossen... Der Arbeiter... kam... als Mensch mit eigenen Bedürfnissen, mit dem eingeborenen Verlangen nach einem eigenbestimmten, gesicherten und kulturellen Dasein nicht in Betracht.«

Theodor Leipart/L. Erdmann: Arbeiterbildung und Volksbildung, Berlin 1928, S. 6.

des Unternehmertums und des bürgerlichen Staates immer aufs Neue« gehemmt wurde.<sup>3</sup>

Dabei ging es Leipart nicht nur um das kollektive Interesse der Arbeiterklasse, sondern fast mehr noch um die Persönlichkeit des Arbeiters. 1915 schrieb er (und wiederholte es später immer wieder): »Achtet eure Persönlichkeit, schafft euch Selbstbewußtsein an, fordert euer Recht!«<sup>4</sup> Gerade als Gewerkschafter bekannte er sich »zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt«; das Arbeitsrecht war ihm Menschenrecht, der Lohnkampf ein Befreiungskampf; er wollte »Lebensfreude und Lebensgenuß für alle«.<sup>5</sup> Den wichtigsten Hebel dafür erblickte er – neben der, vor allem gewerkschaftlichen, Organisation – in der Bildung, denn es war seine eigene »Erfahrung, daß es kein größeres Gut für den Menschen gibt als möglichst viel eigenes Wissen«.<sup>6</sup> Die mit anderen Volksschichten gleichberechtigten Ansprüche der Arbeiter auf Persönlichkeitsentfaltung leitete Leipart aus dem Anteil der Lohnarbeiter an der Produktion materieller (und zunehmend geistiger) Güter des »Volksganzen« ab, denn die Wirtschaft werde »nicht nur vom Unternehmertum und seinem Kapital, sondern in höherem Maße von der Arbeiterschaft und ihrer Arbeitskraft getragen«.<sup>7</sup>

Leipart war ein stark national gesinnter Sozialdemokrat. Bei Kriegsbeginn 1914 hielt er seinen siebzehnjährigen Sohn nicht davon ab, freiwillig aufs Schlachtfeld zu ziehen, ja, er hatte es sich nicht nehmen lassen, ihm beim Abschied das Gewehr zu tragen. Er trauerte um den schon im Dezember an der Westfront gefallenen einzigen Sohn, der nun »nicht den Triumph (s)eines heldenmütigen Eintretens für den Schutz des deutschen Volkes (!) miterleben« würde. Und zugleich – es mutet irrational an – entschuldigte er sich im Namen seines toten Sohnes bei den Fremden, deren Heimat nun gleichfalls in Trümmer gelegt wurde.<sup>8</sup>

Die Jahrzehnte der fast vollständigen geistigen, wirtschaftlichen und politischen Rechtlosigkeit der Lohnarbeitenden vor dem Ersten Weltkrieg blieben bis an das Lebensende bestimmend für Leiparts Tätigkeit und seine Auffassungen. Auf diese Jahre kam er immer wieder zurück, wenn er den seitdem mit den Gewerkschaften zurückgelegten Weg zur materiellen, geistigen und politischen Emanzipation der Arbeiterschaft beschrieb. Dabei weisen alle seine gedruckten und nicht gedruckten Schriften eine erstaunliche Kontinuität der Auffassungen von der Vorkriegszeit bis 1933 und darüber hinaus bis zu seinem Tode auf.

Seine und seiner Gefährten Lebensbilanz schätzte Leipart 1945 als große kulturhistorische Leistung ein, wobei er sich wiederum auf die Lage der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert und ihre damalige Apathie, ihre schon von Lassalle gezeißelte Geduld bezog. Resümierend schrieb er: »Rückschauend glaube ich sagen zu dürfen, daß wir in diesen Jahren manches erreicht und geschaffen haben, was der deutschen Arbeiterschaft und dem ganzen Volke nützlich gewesen ist.«<sup>9</sup>

Von Zeitzeugen wurde Leipart »mit seinem hohen Wuchs, seinem etwas aristokratischen Äußeren und seinen gemessenen Bewegungen« als »eine der markantesten Erscheinungen« auf allen nationalen und internationalen Gewerkschaftskongressen

»Neben dem Gemeinschaftsgefühl haben wir aber auch das Persönlichkeitsgefühl im Arbeiter wachgerufen und den größten Wert darauf gelegt, es dauernd zu pflegen und zu stärken. Der Einzelne soll sich nicht nur als Glied der Masse fühlen, er soll seinen eigenen Persönlichkeitswert haben und betonen.«  
Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, Berlin 1932, S. 4.

»Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn im Sinne der Zusammenarbeit (mit den) anderen Völkern. Aus diesem Grunde wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung... Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.«  
Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 18.

»Diese Masse aus ihrer Lethargie aufzurütteln, sie zu durchdringen mit der Schwungkraft gemeinsamer, von einem Ziel beflügelter Gedanken, sie mit dem Glauben an sich selbst, an die ihr innewohnende Kraft zur Selbstbefreiung zu erfüllen, sie zu kampfkraftigen Organisationen zusammenzuschließen, die aus der zusammenhanglosen Menge von Millionen Einzelner eine ihrer Einheit wie ihrer geschichtlichen Mission bewußte Klasse machen könnten – das war eine so absurde und riesenhafte Aufgabe, daß nur Menschen von ungewöhnlichem Glauben und einer starken, die Zukunft vorwegnehmenden Phantasie an ihre Verwirklichung glauben konnten. Jahrzehnte theoretischer Arbeit, die um eine Klärung der Ziele und Methoden rang, Jahrzehnte einer noch unsicheren und unklaren Propaganda und wenig versprechender Versuche praktischer Organisation waren erforderlich, ehe es einer Gruppe von Führern, die ungefähr gleichzeitig in den Industrieländern Europas als Wegbereiter und Organisatoren der sozialen Revolution den Kampf für die politische und wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft aufnahmen, in gemeinsamer Arbeit, wenn auch nicht ohne inneren Streit, gelang, die Richtung des Weges zu bestimmen, auf dem die politische Partei und die Gewerkschaften trotz aller zeitweiligen Rückschläge von Erfolg zu Erfolg geschritten sind.«

Theodor Leipart: Der Aufstieg der Gewerkschaften, Manuskript, in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 7, S. 2.

beschrieben.<sup>10</sup> Er soll von verschlossenem, zurückhaltendem Wesen gewesen sein, das es schwer machte, ihm näherzukommen. »Ihm, dem im reinsten Sinne des Wortes korrekten Gewerkschaftsbeamten, fehlte die Ausstrahlungskraft des großen Arbeiterführers. Seine eigentliche Welt blieb der Schreibtisch.«<sup>11</sup> Leiparts Schriften – er hat außer Geschäftsberichten und Referaten auf Gewerkschaftskongressen nur wenige hinterlassen – zeigen allerdings eher einen gebildeten, naturverbundenen, warmherzigen Menschen. Seine umfangreiche Bildung hatte er als Autodidakt erworben. Toleranz, auch gegenüber Religion und politisch Andersdenkenden, war ihm eigen.<sup>12</sup> Zeitlebens strebte er nicht nach parlamentarischen Sesseln und nicht nach staatlichen Ämtern. Nur 1919/1920 war er etwa neun Monate Minister für Arbeit und Wirtschaft, kurze Zeit auch Landtagsabgeordneter in Württemberg, doch hatte er daran »keine rechte Freude«.<sup>13</sup> Aus seinen gewerkschaftlichen Funktionen und Aufsichtsratsposten in gewerkschaftseigenen Einrichtungen häufte er keinen Reichtum an. Ob man sein politisches Wirken positiv oder negativ beurteilen mag, außer Frage steht: Seine ganze Kraft, sein ganzes Leben hat er nach bestem Wissen und Gewissen für die Interessen der Arbeiterschaft, so wie er sie verstand, eingesetzt.

#### *Grundpositionen und Politikverständnis*

Als Leipart die für viele überraschende Haltung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu erklären versuchte, schrieb er: Die Gewerkschaften seien »in erster Linie ein Teil der großen Klassenbewegung der Arbeiter und für diese wirksam«, doch seien sie und die Arbeiter »Demokraten aus Prinzip«, und der »Grundsatz der Demokratie (heiße), daß das Allgemeine voranzustellen ist«. Deshalb »vertreten wir also die Ansicht, daß das Wohl des Ganzen über den Interessen der einzelnen Klassen steht. Keine Klasse kann beanspruchen..., daß das Allgemeinwohl ihr gegenüber zurückgestellt und vernachlässigt wird.«<sup>14</sup> Dabei war seine Grundposition eine sozialistische: »Eine Gesellschaftsordnung, die vorwiegend auf den Schutz des freien Eigentums gegründet ist, kann dem Lebenswillen der Arbeiterschaft nicht gerecht werden.« Die Richtung der gewerkschaftlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft sei »gegeben durch die sozialistische Grundanschauung, von der die Gewerkschaften ausgehen. Sie streben zur Gemeinwirtschaft, also zu einem System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat.« Dies liege im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, die »auf die Dauer gar nicht gedeihen kann, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben«.<sup>15</sup>

Demokrat-Sein aus Prinzip mit sozialistischer Grundanschauung – das hieß bei Leipart, der mehr der Tradition Lassalles als der von Marx folgte, daß bei der angestrebten Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse dem Staat die zentrale Rolle zukomme. Sein Staatsverständnis folgte seiner Demokratieauffassung: »Der Staat, als die Gesamtheit eines Volkes angesehen, muß das Staatsinteresse, das heißt also das Volksinteresse, den Klasseninteressen und

dem Wohl des Einzelnen voranstellen.«<sup>16</sup> Daraus leitete sich seine »etatistisch-legalistische« Position ab, die seinem ganzen praktischen Wirken bis 1933 zugrunde lag.

Der so verstandene Staat sollte ein Rechtsstaat sein, in dem vom Parlament verabschiedete Gesetze für alle, ob Regierung, Unternehmer oder Gewerkschaften, oberste Priorität haben. Der 1919 im Ergebnis der Novemberrevolution konstituierte »Volksstaat« der Weimarer Republik war für Leipart ein solcher Staat. In ihm sah er die große Chance der Gewerkschaften, an der »Gestaltung des Staatswillens« und der Wirtschaft teilzunehmen.

Aber in der Staatsgläubigkeit des »Demokraten aus Prinzip« steckte ein Widerspruch, der sich in Leiparts Politikverständnis und politischer Praxis niederschlug. Sein Ausgangspunkt war, daß »wir als Arbeiter uns zu allererst für unsere Klasseninteressen einzusetzen« hätten und daß die Gewerkschaften die Klassenbewegung der Arbeiter seien. Doch sei ein »blühendes deutsches Wirtschaftsleben« die »Vorbedingung für den Aufstieg und die endliche Befreiung der deutschen Arbeiterklasse« (wie das ebenso z.B. für die englische Arbeiterklasse zuträfe), und daraus ergäben sich »die gemeinsamen Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern«.<sup>17</sup> Damit erklärte Leipart die Wechselwirkung von Klasseninteressen, Volksinteressen und Nation. Zwischen Klassenspaltung und gemeinsamen Interessen des »Volksganzen« versuchte er, das Wirken der Gewerkschaften zu gestalten. Eingedenk des Bekenntnisses zu »Demokratie als Prinzip« war aus seiner Sicht reformorientiertes staatliches Handeln der einzig mögliche Weg, um Wirtschaft und Gesellschaft im angestrebten Sinne umzugestalten.

Der Revolution von 1918 räumte Leipart nicht die Rolle der Hebamme bei der Geburt des republikanischen Staates und solcher Fortschritte wie des Achtsturentages ein – von der Rede auf dem ADGB-Kongreß 1919 abgesehen, in der er auf Zurufe der Delegierten dies hatte eingestehen müssen. Den Schwerpunkt legte er auf das Wirken der Gewerkschaften und ihrer Führer, nicht zuletzt auf das seines Lehrmeisters und Freundes Carl Legien sowie auf sein eigenes.<sup>18</sup>

Einen Kernpunkt in Leiparts Politikverständnis bildete in den zwanziger Jahren die Idee der Wirtschaftsdemokratie, zu deren Begründern er, was wenig bekannt ist, nach 1918 gehörte und die er 1919 zu einer Tagesaufgabe der Gewerkschaften erklärte. Auf dem Nürnberger Kongreß des ADGB 1919 referierte er zu diesem Thema. Gelegentlich berief er sich dabei auf Legien, der um 1905 als erster den Gedanken erläutert habe. Die notwendige Bildung von Betriebsräten in den Unternehmen und von überbetrieblichen Arbeiterräten in der Wirtschaft (regional und auf Reichsebene) wurde abgeleitet aus der Forderung nach Gerechtigkeit, nach Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als der beiden einander bedingenden Seiten des Produktions- und Wirtschaftsprozesses. Ihr lag zugleich die im Demokratieverständnis eingeschlossene Vorstellung vom »Volksganzen« zugrunde: Der Arbeiter diene mit seiner Arbeit nicht einem Herrn, sondern einem Ganzen, an dessen Gestaltung er mitwirke<sup>19</sup>, und die Wirtschaft sollte den Volksinteressen, nicht allein dem Privatinteresse

»Über die Wahrnehmung der Staatsinteressen soll freilich das allgemeine Menschheitsinteresse auch nicht vergessen werden. Aus diesem Grunde sind wir nicht nur national, sondern zugleich auch international gesinnt. Wir lieben unser Land und unser Volk und achten und schätzen auch die anderen Völker, in deren Gemeinschaft wir in dauerndem Frieden und in gegenseitiger Harmonie die allgemeinen Menschheitsinteressen pflegen und fördern möchten.«  
Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Industrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7, 1915, S. 344.

»Das ist eben der große Unterschied zwischen der rein privatkapitalistischen Wirtschaft und unserer Auffassung von Volkswirtschaft, daß wir die Wirtschaft frei machen wollen von dem privaten Profitinteresse und sie geleitet und getrieben sehen wollen lediglich von dem allgemeinen Volksinteresse. Der Inhalt des Begriffs Wirtschaftsdemokratie ist für uns in erster Linie, daß die Wirtschaft nicht länger Privatangelegenheit der Unternehmer sein soll, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die das ganze Volk angeht. Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft.«

Auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie? Ein Vortrag von Theodor Leipart, Berlin 1928, S. 9.

dienen<sup>20</sup>. Das erfordere die Einflußnahme der Gewerkschaften, die die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft vertreten, auf die Wirtschaft. Eine ausführliche Entschliebung zur Wirtschaftsdemokratie nahm der Breslauer ADGB-Kongreß 1925 an. In ihr wurden die Arbeiter aufgerufen, »zum Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, zur praktischen Mitwirkung an den Aufgaben des demokratischen Staates, zum Kampf um die Erringung maßgebenden Einflusses auf Gesetzgebung und Verwaltung im Zusammenwirken mit der politischen Vertretung der Arbeiterklasse.«<sup>21</sup> Hier ordneten sich die Vorstellungen von der angestrebten Gemeinwirtschaft ein.

Was Leipart konkret unter Wirtschaftsdemokratie verstanden wissen wollte, war »ganz allgemein die Durchführung der Bestimmung des Art. 165 der Reichsverfassung« der Weimarer Republik, der unter dem Eindruck der Rätebewegung 1918/1919 entstanden war.<sup>22</sup> Danach seien die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen dazu berufen, »gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern« nicht nur an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch »an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.«<sup>23</sup> Über die Wirtschaftsdemokratie sollte das »Hineinwachsen in den Sozialismus« erfolgen, Reformen sollten innerhalb des Kapitalismus mit dem sozialistischen Ziel verbunden werden.<sup>24</sup> Auf dem Kongreß des IGB im Juli 1930 in Stockholm forderte Leipart, die Wirtschaftsdemokratie auch international durchzusetzen.

Aus dem Interesse der Arbeiterschaft an der Produktivität und Prosperität der Wirtschaft leitete er ab: »Die heutige und die zukünftige Politik der Gewerkschaften muß Sozialpolitik und Produktionspolitik zugleich sein. Dazu zwingt uns einmal die hohe Verantwortung, die die Gewerkschaften gegenüber dem ganzen Volk zu tragen haben, zum anderen auch die Einsicht, daß, je ergiebiger die Produktivität der Arbeit ist, um so höhere Lebensansprüche von der Arbeiterschaft erhoben werden können, die dann um so leichter auch von den Gewerkschaften durchzusetzen sind.« Dann müßten aber »Störungen der Produktion durch Streiks und Aussperrungen möglichst vermieden werden.«<sup>25</sup>

Die Organisation, besonders die gewerkschaftliche, nahm in Leiparts Politikverständnis eine zentrale Rolle ein. Ziel und Zweck der Gewerkschaften sei es, die materielle und geistige Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, sowie deren – wie zugleich die jedes einzelnen Arbeiters – »gesellschaftliche Geltung« zu erhöhen.<sup>26</sup> Staatspolitische Bestrebungen der Gewerkschaften seien berechtigt, ja notwendig »zur Sicherung und Besserung der gesellschaftlichen Geltung und materiellen Lage der Arbeiterschaft«<sup>27</sup>, und zugleich betonte er ihr Selbstverständnis, dem Volksganzen zu dienen: »Unsere Arbeit ist Dienst am Volke.«<sup>28</sup>

Die von ihm genannten Ziele und Zwecke der Gewerkschaften vertrat Leipart auch international, spätestens seit 1904, als er die internationale Holzarbeiterunion initiierte und seitdem zu ihren Führern gehörte, sowie nach 1920 im Rahmen des IGB. 1921 unterstützte er die von Kommunisten beantragte Rußland-Hilfe, allerdings sollte der ADGB sie über das Rote Kreuz, nicht über die KPD leisten.



*Die praktische Politik, der Standort in den Kämpfen der Zeit*

Die politische Praxis der Gewerkschaften orientierte sich unter Leipart an deren erklärten Zielen und Zwecken. Im Mittelpunkt stand die Verbesserung der materiellen, sozialen und geistigen Lage der Arbeiterschaft. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte der DHV bedeutende Ergebnisse erreicht: Die Wochenarbeitszeit wurde um sieben Stunden verkürzt, der Wochenlohn um 10 RM erhöht, die ersten Tarifverträge waren eingeführt, die (damals noch gewerkschaftliche) Arbeitslosenunterstützung geschaffen, einige Arbeitsschutzmaßnahmen durchgesetzt.

Auf das bekannte Abkommen vom November 1918 zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden blieb Leipart Zeit seines Lebens, auch 1945/1946, stolz. Es habe »allen Arbeitgeberverbänden ohne Ausnahme neben den anderen Verabredungen auch zur Pflicht gemacht..., Tarifverträge mit den für sie in Frage kommenden Gewerkschaften abzuschließen, und den Achtstundenarbeitstag festgelegt«. <sup>29</sup> Die Tarifpolitik habe die Macht der Unternehmer gezügelt und »die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft wesentlich gefestigt und gehoben«; die »Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung haben einen Kulturfortschritt von dauerndem Werte für die Arbeiter und für das ganze Volk gebracht.« <sup>30</sup>

Den Ausbau der staatlichen Sozialgesetzgebung verstand Leipart als Pflicht des Staates gegenüber dem Volksganzen, als Schutz der Würde des Arbeiters vor der Unternehmerwillkür. In der Tat wurden von den Gewerkschaften in den zwanziger Jahren bedeutende Fortschritte im Arbeitsrecht, bei der Einrichtung von Arbeitsgerichten, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung durch staatliche Arbeitsämter, mit der Einführung einer Sozialversicherung, an der sich die Unternehmer zu beteiligen hatten, beim gesetzlichen Arbeitsschutz u.a.m. erzielt. <sup>31</sup> Das Ringen um soziale Gesetzgebung war nach Leipart das Feld der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften. Der Weimarer Verfassung und der Sozialgesetzgebung der zwanziger Jahre maß er grundsätzliche Bedeutung zu. Sie waren für ihn mit staatlichen Mitteln durchgesetzte praktische Schritte zur Demokratisierung der Gesellschaft, die dem Arbeiter mehr reale Freiheit brachten.

1918/1919 hatten die ADGB-Gewerkschaften mit ihren Führern die politische und soziale Revolution nicht weitergetrieben, weil das nach ihrer Ansicht die vertrauten Grundlagen ihrer Praxis zerstört, die Gewerkschaften geschwächt und die Räte gestärkt hätte. Sie hatten es vorgezogen, den Kapitalismus, den »eigenen Ast«, das »eigene Wohnhaus« (nach Leipart), zu stabilisieren. <sup>32</sup> Die Republik aber war ihr Produkt. Und so traten der ADGB und seine Führer Anfang der zwanziger Jahre als eine aktive demokratische Kraft zu deren Schutz auf – sowohl während des Kapp-Putsches 1920 mit dem Mittel des Generalstreiks als auch nach den Morden an republikanischen Politikern wie W. Rathenau 1922. <sup>33</sup>

In den politischen Kämpfen der Zeit zeigte sich, daß die Führer des ADGB die Gefahren für die Republik, die ihr von rechts drohten, unterschätzt hatten. Seit der Novemberrevolution waren die Gewerkschaften des ADGB mit der Spaltung der sozialistischen

»Die Demokratisierung auf dem Gebiet der Politik und der Sozialpolitik bewirkte eine ganz andere Anteilnahme der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Fragen als früher. Was bisher das Vorrecht kleiner Gruppen war, wurde nunmehr zur Aufgabe für alle Glieder unseres Volkes. Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werktätigen Schichten sich ihre Mitarbeit an öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kulturwerten erkämpft haben.«  
Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 13.

Aus der Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB vom 22. Juni 1932 zur Frage der Einheitsfront: »Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht... Daß man sich von allen Seiten gerade an sie (die Freien Gewerkschaften), insbesondere an den Vorstand des ADGB wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache (Freie Gewerkschaften als Träger des Einheitsgedankens) allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das ZK der KPD hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmunglos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale: »Die Kommunisten erklären dazu ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen Burgfrieden zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen Burgfrieden mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.«

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft

Arbeiterbewegung, der sie sich zurechneten, konfrontiert und standen zugleich unter dem Druck reaktionärer, antidemokratischer, nationalistischer Kräfte. Deshalb war das politische Agieren der Gewerkschaften in den Jahren 1919-1933 einerseits wesentlich bestimmt von der Auseinandersetzung mit kommunistischen, an Sowjetrußland orientierten Führungsansprüchen gegenüber der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften eingeschlossen, und der Abwehr reaktionärer Anschläge auf die gesamte Arbeiterbewegung andererseits. Dabei setzte sich der ADGB mehr mit der KPD und deren Umfeld und weniger mit den Gefahren von rechts auseinander.

Für den an Ordnung, Gesetzestreue, Kooperation, Parlamentarismus orientierten Leipart verkörperten Kommunisten die Unordnung, die Gesetzlosigkeit, den Bürgerkrieg, die Diktatur, waren sie »Zerstörer der Gewerkschaften«. Auf dem ADGB-Kongreß in Leipzig 1922 faßte er den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Positionen des ADGB und der Kommunisten in die Worte, »daß wir Anhänger des demokratischen Parlamentarismus sind, sie aber Gegner«. <sup>34</sup> Die im Verlauf der zwanziger Jahre von der KPD wiederholt angebotene Aktionseinheit lehnte der ADGB ab, da sie, wie Leipart u.a. auf dem ADGB-Kongreß in Breslau 1925 konkret nachgewiesen hatte, dem Ziel diene, die Arbeiterbewegung der kommunistischen, von Moskau aus gesteuerten Führung zu unterwerfen. Diese Position war berechtigt. Nicht zu übersehen sind aber auch die negativen Folgen des jahrelangen Krieges gegen die Kommunisten für die Gewerkschaften, auf die H. Potthoff hinweist: Dieser Kampf absorbierte einen wesentlichen Teil ihrer Kraft, lenkte von Sachproblemen ab und »vertiefte den Graben in der Arbeiterbewegung mit der Folge einer weiteren Desintegration der Arbeiterschaft«; das Schielen nach der »linken Konkurrenz« schwächte die Position der Gewerkschaften bei Verhandlungen mit Unternehmern und Staat zuungunsten der Arbeiterschaft; der »Aktionismus der Radikalen« verfestigte bei den Gewerkschaftsführern das Mißtrauen gegenüber »den Massen«, die Teilhabemöglichkeiten der gewerkschaftlichen Basis an der Politik ihrer Organisationen wurden von der Gewerkschaftsbürokratie mehr und mehr beschnitten. <sup>35</sup>

Die von der deutschen Rechten ausgehende Gefahr wurde von den ADGB-Gewerkschaften, auch von Leipart, relativ früh erkannt, so 1920 während des Kapp-Putsches. Doch zugleich wurde diese Gefahr – im Vertrauen auf die Stabilität des Weimarer Staates – unterschätzt, besonders zu Beginn der dreißiger Jahre, als die nazistische Bewegung, von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise stimuliert, immer mehr anwuchs. Allgemeine Sätze wie »die nationale Idee kann nur verwirklicht werden, wenn der soziale Konflikt, in den der Kapitalismus alle fortgeschrittenen Völker stürzt, durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden wird« <sup>36</sup>, richtete Leipart wohl gegen die nazistische Gefahr, er setzte ihnen aber nichts Konkretes an Tagesaufgaben hinzu, die den anstehenden Gefahren hätten entgegenwirken können.

Nach dem Ausstieg der SPD aus der großen Koalition 1930 wurde die Republik mit Notverordnungen regiert. 1930/1931 wandte sich Leipart gegen diese Notverordnungspraxis, deren Gefahr für

die Republik er erkannt hatte. Doch aus Furcht vor einem Bürgerkrieg wurde der Widerstand gegen diese Politik 1932 aufgegeben. Der ADGB hing weiterhin der illusionären Hoffnung auf eine Gemeinschaftsaktion von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften nach. Und das unter Bedingungen, da die Regierung schon mit Notverordnungen regierte und damit nach Leiparts eigenen Worten verfassungswidrig handelte; da diese sich, wiederum nach seinen Worten, von den Anliegen der Unternehmer leiten ließ; und da die Gewerkschaften sowohl von Regierung wie von Unternehmern schon längst »links liegengelassen« worden waren.

### *Positionen und Aktionen im Januar-Mai 1933*

Die illusionäre Staatsgläubigkeit führte schließlich zu Versuchen, sich der verhängnisvollen Entwicklung auch dann noch anzupassen, als Hitler am 30. Januar 1933 »legal«, im Auftrag des Staatspräsidenten Hindenburg, die Macht übernommen hatte. Noch am 31. Januar 1933 gab Leipart vor dem ADGB-Bundesausschuß das Motto aus: »Organisation, nicht Demonstration – das ist die Parole der Stunde«. <sup>37</sup> Wie andere politische Kräfte auch, die Mehrheit der Arbeiterbewegung eingeschlossen, hofften ADGB-Gewerkschafter, auch Leipart, auf das baldige Abwirtschaften der Nazis und glaubten, daß Hindenburg als Reichspräsident die verfassungsmäßigen Rechte der Gewerkschaften schützen werde. In diesem Sinne wandten sich Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB im März und April in mehreren Briefen an den Reichspräsidenten.

Am 21. März übergab Leipart im Auftrag des ADGB-Bundesvorstandes eine Erklärung an Hitler, in der diesem klar zu machen versucht wurde, »daß die Gewerkschaften ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung seien«, daß sie jedoch »auch kein Monopol für sich« beanspruchten: »Über der Form der Organisation stehe die Wahrung der Arbeiterinteressen.« <sup>38</sup> Um die Organisationen des ADGB zu retten, war man sogar zum Verzicht auf den zur Weimarer Zeit ständig betonten demokratischen Anspruch, »auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken«, bereit.

Um sein und des ADGB Verhalten nach dem 30. Januar 1933, darunter das Ausbleiben des Aufrufs zum Generalstreik, zu erklären, führte Leipart 1945/1946 mehrere Argumente an: die hohe Arbeitslosigkeit im Lande; die Übernahme lebenswichtiger Betriebe (Elektrizitäts- und Wasserwerke) durch die Nazis; die Unterstützung Hitlers durch »bürgerliche Kräfte und Unternehmer«; und schließlich: Hitler sei legal an die Macht gekommen – ein Generalstreik wäre nicht zulässig gewesen, da er sich gegen die Verfassung gerichtet hätte. <sup>39</sup> Der von Legalitätsideen durchdrungene »Demokrat aus Prinzip« schwor noch immer auf die – nach seinen eigenen Worten schon von früheren Regierungen außer Kraft gesetzte – Verfassung von Weimar.

Den Beschluß des ADGB-Bundesausschusses vom 19. April, der – ergänzend zu seinem Mai-Aufruf vom 15. April <sup>40</sup> – die Mitglieder aufforderte, sich allerorts an den faschistischen 1.-Mai-Feiern zu beteiligen, erklärte Leipart später mit der Absicht, die Mitglieder vor zu erwartenden Repressalien im Falle der Nichtteilnahme an den offiziellen Feiern zu schützen. Auch diese gutge-

von der höchsten Instanz der KPD abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten. ...«

Zit. nach K. Schönhoven: Reformismus und Radikalismus, a.a.O., Dokumenten-anhang, S. 226.

»Der Gedanke, der dem Auftreten der Regierung Brüning in ihrem Verhältnis zum Reichstag zugrunde liegt, gehört einer grundsätzlich anderen Staatsauffassung an als die, zu welcher sich die Gewerkschaften bekennen.« Der verfassungswidrige Versuch der Brüning-Regierung, »ihre Politik mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung gegen den Reichstag durchzusetzen, ist der Beginn einer Politik, die in ihren Konsequenzen Zwang an die Stelle von Freiheit und Recht, Rechtsunsicherheit an die Stelle von Ordnung und inneren Frieden setzt. Die Gewerkschaften dagegen verlangen im Interesse der ungehemmten Entfaltung ihrer öffentlichen Geltung vom Reiche eine Politik der Stetigkeit, begründet auf den demokratischen Rechten der Verfassung... Und mit den demokratischen Garantien der Weimarer Verfassung zugleich ist die auf dieser Verfassung beruhende rechtliche Stellung der Gewerkschaften... in gefährlicher Weise bedroht.«

Theodor Leipart: Im Wahlkampf, in: Schwäbische Tagwacht, Stuttgart, 2. September 1930.

»Die Gewerkschaften hatten wie alljährlich die Arbeiterschaft zur Mai-Feier aufgerufen. Von der Hitler-Regierung war der 1. Mai zum gesetzlichen Volksfeiertag gemacht worden. Es wurden große Massenversammlungen von den Nazis vorbereitet, zu denen die Belegschaften der Betriebe geschlossen hingeführt werden sollten. Ohne Zweifel hatten alle diejenigen, die an diesen Veranstaltungen nicht teilnehmen würden, Maßregelungen und andere Nachteile zu befürchten. Hatte doch allein der Vorwurf staatsfeindlicher Gesinnung bisher schon genügt, Tausende ins Gefängnis zu bringen. Deshalb wurde auf Beschluß des Bundesausschusses den Gewerkschaftsmitgliedern, um sie vor verhütbarem Schaden zu bewahren, in einem neuen Aufruf angeraten, gleichfalls die offiziellen Veranstaltungen zu besuchen...«

Theodor Leipart: Die Deutschen Gewerkschaften im Mai 1933, Manuskript, in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 12, S. 10/11.

meinte Absicht in Rechnung gestellt: Der Beschluß mußte unter den gegebenen Umständen verwirrend wirken und die – auch geistige – Widerstandskraft der ADGB-Gewerkschafter schwächen.

Bei alledem blieb Leipart in seinem Verhalten gegenüber den Nazis konsequent ablehnend. Zu einer von diesen geforderten »freiwilligen« Übergabe des ADGB an sie war er nicht bereit, auch nicht um den Preis einer ihm angebotenen »angemessenen Pension«. Es ist Heinrich Potthoff zuzustimmen, wenn er meint, daß mit der Kategorie »Verrat« das damalige Verhalten der Gewerkschafter um Leipart nicht zu erfassen sei, »denn es war keine bewußte Preisgabe ihrer Bewegung, sondern ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren: persönliches Versagen, politische Fehleinschätzungen und strukturelle Schwächen«. Sie verkannten den wahren Charakter der Nazi-Bewegung und nährten zu lange die illusionäre Hoffnung, die Gewerkschaften könnten, wenn auch mit Einschränkungen, das Nazi-Regime überdauern.<sup>41</sup>

Als am 2. Mai 1933 dann das Aus kam – die SA die restlichen Gewerkschaftshäuser, auch das Bundeshaus in der Berliner Wallstraße, besetzte –, wurden die führenden Gewerkschafter, auch Leipart, brutal mißhandelt und in »Schutzhaft« genommen. Ein Zeitzeuge berichtete: »Leiparts persönlicher Mut stand außer Frage. Ich habe seinen Aufenthalt in einer der nazistischen Folterhöhlen von 1933 (in der Berliner Parochialstraße) geteilt. SA-Häuptlinge bedrohten ihn zu viert mit entscherten Pistolen, um ihm Angaben über den Aufenthalt des Reichsbannerführers Höltermann abzupressen. Trotzig brüllte der alte Mann die Henkersknechte an und landete schließlich zusammengebrochen im Staatskrankenhaus.«<sup>42</sup> Am 9. Mai 1933 wurde »gegen Leipart und Genossen« ein »Ermittlungsverfahren wegen Untreue« eingeleitet, das aber nie abgeschlossen wurde und nicht zur Anklage führte, da praktisch nicht ermittelt worden war. Die Aktion diente dazu, die Gewerkschaftsführer zu kriminalisieren und zugleich eine formale »Rechtsgrundlage« für die Beschlagnahme allen gewerkschaftlichen Vermögens zu schaffen.<sup>43</sup> In den Jahren darauf verweigerten die Nazis Leipart – im Unterschied z. B. zu Severing – jegliche Rente. In einem späteren Brief teilte er mit, daß die Gestapo seine Rentenansprüche mit der Begründung abgelehnt hatte, er habe sein »Amt als Vorsitzender des ADGB mißbraucht..., um marxistische Bestrebungen zu fördern.«<sup>44</sup>

#### *Der letzte Lebensabschnitt: die Jahre 1933-1947*

Im Verlauf der zwölf Jahre bis zur Befreiung vom Nazi-Regime blieb Leipart – er stand im siebenten und achten Lebensjahrzehnt – seinen Überzeugungen treu. Er unterhielt konspirative Kontakte zu Weggefährten, darunter Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Hermann Schlimme. Mit ihnen war er sich »darüber einig, daß nach dem Hitlerterror und nach den Verwüstungen durch den Krieg für politisch oder weltanschaulich getrennte Gewerkschaften kein Platz mehr sein dürfe, sondern zur Bewältigung der ungeheuer großen Aufgaben die Einheit das Gebot der Stunde sei.«<sup>45</sup>

Die Jahre vor 1933 – die Situation in der Arbeiterbewegung, das Agieren der Gewerkschaften, sein eigenes Verhalten – haben

Leipart wohl stark beschäftigt. Sein Nachlaß enthält mehrere Manuskripte, in denen er in den Jahren 1945/1946 die Geschichte der ADGB-Gewerkschaften und ihres Wirkens für die Arbeiterschaft bilanzierend nachzeichnete. Das Nachdenken darüber hat ihn 1945 wie viele andere Sozialdemokraten für die Einheit der Arbeiterbewegung, auch der politischen, Partei ergreifen lassen. 1946 wurde Leipart Mitglied der SED. Er wurde es wohl aus Überzeugung, denn Zwang stand nicht hinter seiner Entscheidung. Wegen hohen Alters und schlechten Gesundheitszustands kamen weder Gewerkschafts-, noch Parteifunktionen, auch nicht öffentliche Ämter in Frage – er hatte auch keinerlei Ambitionen dieser Art. Da er im amerikanischen Sektor von Berlin wohnte, war er vor einem eventuellen »Zugriff der Sowjets« geschützt. Er beteiligte sich nicht an der von Westberlin aus in der Berliner SPD am 31. März 1946 durchgeführten Urabstimmung über die Vereinigung mit der KPD, »obwohl die Genossen versuchten, bei mir in der Wohnung den ausgefüllten Stimmzettel abzuholen.«<sup>46</sup>

Seinen Schritt begründete er mehrfach, öffentlich und intern. Bezeichnend war, daß er sich dabei immer wieder auf die Jahre vor 1914 bezog: »In den rund 60 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei habe ich deren Aufstieg mitgemacht und ihre Stärke mitempfunden, die sie zeigen konnte, solange sie die Einheitspartei der Arbeiter war.«<sup>47</sup> In einem Brief an Severing vom 3. Mai 1946 schrieb er: »Daß Einigkeit stark macht, ist ein Spruch, der auf uns alle, als wir jung in die Bewegung eintraten, vor allem anderen wohl den stärksten Eindruck gemacht hat. Und unsere eigenen Erfahrungen in den Gewerkschaften und im politischen Kampf haben uns dann die Richtigkeit dieses Spruchs tausendfältig bewiesen.«<sup>48</sup> Bezeichnend für ihn ist seine Antwort auf die Feststellung eines Reporters, daß man sich der üblen Streitigkeiten mit den Kommunisten erinnere, die gerade Leipart nicht vergessen haben kann: »Man muß auch vergessen können.«<sup>49</sup>

Unabhängig davon, wie man Leiparts Wirken in den verschiedenen Abschnitten seines Lebens beurteilt, kann wohl gesagt werden: Als »Demokrat aus Prinzip« und sozialdemokratischer Gewerkschafter hat er Bleibendes für die demokratische und soziale Sicherung der Lohnarbeitenden in der kapitalistischen Gesellschaft seiner Zeit geleistet und sie so mitgeprägt. Das auf diesem Gebiet Geleistete erwies sich als tragfähige Grundlage für den gewerkschaftlichen Kampf nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch gemessen an seinem sozialistischen Ziel, das Gleichheit und Freiheit für den Einzelnen und das »Volksganze« anstrebte, war er, der auf den angeblich neutralen Staat setzte, an den Realitäten der Wirklichkeit – und des Staates, in dem er wirkte – gescheitert. Die letzte Enttäuschung – die unerfüllte Hoffnung auf die Einheit der Arbeiterbewegung in der SED, die zu diesem Ziel führen sollte, blieb ihm durch den Tod erspart.

1 Vgl. Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Hrsg. von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel, Stuttgart/Weimar 1997.

2 Theodor Leipart: Aus meinem Leben, Manuskript (1945/1946), in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv (BArch), Berlin, NY 4402, Aktenband 1.

- 3 Theodor Leipart: Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, Berlin 1926, S. 2, 3; ders.: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, Berlin 1932, S. 5.
- 4 Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Industrie, in: Sozialistische Monatshefte, H. 7, 1915, S. 345.
- 5 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 4.
- 6 Theodor Leipart: An meinen toten Sohn (Berlin 1915), S. 15.
- 7 Theodor Leipart: Worum geht unser Kampf? Gewerkschaften, Wirtschaft und Staat, in: Schwäbische Tagwacht, Stuttgart, 2. Januar 1926.
- 8 Vgl. Theodor Leipart: An meinen toten Sohn, a.a.O.
- 9 Theodor Leipart: Der Aufstieg der Gewerkschaften, Manuskript (1945/1946), in SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 7.
- 10 Franz Josef Furtwängler: Männer, die ich sah und kannte, Hamburg 1951, S. 129.
- 11 Holzarbeiterzeitung, Düsseldorf, H. 4, 1968, S. 13.
- 12 Vgl. Theodor Leipart: An meinen toten Sohn, a.a.O, S. 14; ders.: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 19/20.
- 13 Theodor Leipart: Aus meinem Leben, a.a.O., S. 12.
- 14 Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen..., a.a.O., S. 344.
- 15 Theodor Leipart: Gewerkschaften und Volkswohlfahrt, Berlin 1927, S. 6, 10/11.
- 16 Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen..., a.a.O., S. 344.
- 17 Ebenda, S. 346.
- 18 Vgl. Theodor Leipart: Vorwort zur Broschüre: Die Verordnung über die Arbeitszeit. Mit Erläuterungen, Berlin 1924, S. 3.
- 19 Theodor Leipart: Gewerkschaften und Volkswohlfahrt, a.a.O., S. 10/11.
- 20 Vgl. Auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie? Ein Vortrag von Theodor Leipart, Berlin 1928, S. 9.
- 21 Zit. nach Theodor Leipart: Von der Neutralität zur politischen Unabhängigkeitserklärung, Manuskript (1945/1946), in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 9, S. 12.
- 22 Diesem Artikel zufolge wurde 1920 der Vorläufige Reichswirtschaftsrat (VRWR) gebildet, dessen stolzes Mitglied, zeitweilig auch Vorsitzender, Leipart von da an bis 1933 war und dessen Umwandlung in einen »endgültigen« Reichswirtschaftsrat er immer wieder forderte. In der Tat kam aber der VRWR über marginale beratende Funktionen niemals hinaus.
- 23 Vgl. Theodor Leipart: Worum geht unser Kampf? a.a.O.
- 24 Vgl. u.a. Theodor Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie? a.a.O., S. 7, 11, 13, 14, 17.
- 25 Theodor Leipart: Gewerkschaften und Volkswohlfahrt, a.a.O., S. 13/14.
- 26 Vgl. ebenda, S. 4.
- 27 Theodor Leipart: Im Wahlkampf, in: Schwäbische Tagwacht, 2. September 1930.
- 28 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 17.
- 29 Theodor Leipart: Für Tarifvertrag und Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten, Manuskript (1945/1946), in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 10, S. 16.
- 30 Theodor Leipart: Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, Rede am 15. September 1926, Berlin (1926), S. 6.
- 31 Vgl. u.a. Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S. 123/124.
- 32 Vgl. Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 185, 201.
- 33 1922 war es die Initiative des von Leipart geführten Bundesvorstandes des ADGB, zur Beratung der Arbeiterparteien über Abwehrmaßnahmen gegen die monarchistische Reaktion auch die Kommunistische Partei hinzuzuziehen, und so wurde im Juni ein Abkommen vereinbart, in dem Gewerkschaften und alle drei Arbeiterparteien »gemeinsam Forderungen zum wirksamen Schutz der Republik und zur Wahrung der Rechte der Arbeiterschaft aufgestellt« hatten, die durch »gewaltige Demonstrationen im ganzen Reiche... (von der) gesamten Arbeiterschaft, unter Mitbeteiligung großer Massen der übrigen republikanischen Bevölkerung« unterstützt wurden. (Theodor Leipart auf dem Kongreß des ADGB in Breslau 1925, Protokoll, S. 109).
- 34 Protokoll des ADGB-Kongresses in Leipzig 1922, S.395 f.
- 35 Vgl. Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933, a.a.O., S.214/215.
- 36 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 19.
- 37 Gewerkschafts-Zeitung, Berlin, 4. Februar 1933.
- 38 Gewerkschafts-Zeitung, Berlin, 25. März 1933, zit. nach: Reprints zur Sozialgeschichte bei J.H.W. Dietz Nachf., Herausgeber: Dieter Dove.
- 39 Theodor Leipart: Die deutschen Gewerkschaften im Mai 1933, Manuskript (1945/1946), in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 12, S. 10/11.
- 40 Vgl. Gewerkschafts-Zeitung, Berlin, 22. April 1933.
- 41 Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933, a.a.O., S. 208/209.
- 42 Franz Josef Furtwängler: Männer, die ich sah und kannte, a.a.O., S. 130/131.
- 43 Vgl. Beate Dapper/Hans-Peter Rott: Zum Ermittlungsverfahren gegen Leipart und Genossen wegen Untreue vom 9. Mai 1933, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz, Berlin, H. 4, 1984, S. 509-533.
- 44 Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. I, Stuttgart 1947, S. 647.
- 45 Zit. nach Heinz Deutschland: Theodor Leipart zur Einheit der Arbeiterbewegung 1945-1947 (Dokumentation), in: BzG, Berlin, H. 3, 1987.
- 46 Ebenda, S. 355.
- 47 Ebenda, S. 355/356.
- 48 Ebenda, S. 358.
- 49 Ebenda.

HORST DIETZEL

## Konstruktiver Disput

Am 5. Dezember 1996 fand in der Potsdamer Friedrich-Ebert-Stiftung eine gut besuchte Veranstaltung über die PDS statt. Das Podium war erstmalig »gut gemischt« besetzt: Neben den beiden Buchautoren Gero Neugebauer und Richard Stöss (»Die PDS, Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten«) waren auf dem Podium vertreten: André Brie, Rainer Land, Thomas Falkner und Thomas Meyer (FES-Bonn). Diese Veranstaltung unterschied sich von allen bisherigen solcher Art dadurch, daß eine konstruktive und wissenschaftlich sachliche Atmosphäre herrschte. Dies, obwohl sich die Besucher der Veranstaltung etwa zur Hälfte aus SPD- und PDS-Mitgliedern zusammensetzten.

*In den Eingangsstatements wurden folgende Akzente gesetzt:*

*Thomas Falkner sprach über die »PDS als Partei der Wende«.* Da es in der SED (anders als z.B. in Polen und Ungarn in den Staatsparteien) keine innere »strukturell organisierte Opposition« gab, war der Anfang besonders schwer und von vielen Widersprüchen geprägt. Nach der zweiten Austrittswelle Anfang 1990 wurde die PDS zu einer Partei der Angestellten und Intellektuellen, die Arbeiter waren nicht mehr in der Partei vertreten. Die Überalterung der Partei setzte schon damals ein, weil die 30-40jährigen austraten. Erst jetzt wieder wird die PDS auch von Leuten geprägt, die im Erwerbsleben stehen. Seine Schlußfolgerung: Die PDS sei zu Recht eine Partei des Herbstes von 1989.

*Rainer Land referierte über »intellektuelle Gruppen« in der PDS,* die zwar zahlenmäßig klein seien, dennoch wichtigen Einfluß auf die Richtung der Partei ausübten. Es seien die Gruppen, die »aktiv an der Produktion von Deutungsmustern« beteiligt seien.

Er nahm folgende Einteilung von Gruppierungen vor:

*Erstens:* Die Altkommunisten, die vom 20./22. Parteitag der KPdSU geprägt waren; *Zweitens:* Diejenigen, die vor längerer Zeit sich um das NÖS bemühten oder solche, die das Rechtssystem unter DDR-Verhältnissen demokratisch ausprägen wollten (Dieter Klein, Uwe-Jens Heuer); *Drittens:* Solche, die von der Ausbürgerung Biermanns geprägt waren und die westliche Moderne studierten (Modernes Sozialismus-Konzept), in eine ähnliche Richtung wirkten auch westdeutsche Intellektuelle, die zur PDS stießen; *Viertens:* Junge Leute, die aber kein gemeinsames intellektuelles Konzept besitzen; *Fünftens:* Pragmatisch orientierte Macher vor allem in den Kommunen, die für die Produktion von Deutungs-

Horst Dietzel – Jg. 1943, Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler, arbeitet in der Grundatzkommission beim Parteivorstand der PDS mit.

mustern nicht so entscheidend sind; *Sechstens*: Rentner und Vorruehändler (Kulturkonservative).

Heute gebe es moderne Sozialisten auf der einen Seite und moderne Kommunisten auf der anderen Seite und dazu eine pragmatisch orientierte Parteibasis. Wer letztere gewinne, das sei die eigentlich spannende Frage. Und es gebe den »Anti-Anti-Kommunismus« als Strömung, die weit verbreitet ist.

Die Perspektive der PDS sei offen. Es sei durchaus möglich, daß die PDS mit ihren inneren Widersprüchen leben wird oder aber, daß sich die Auseinandersetzung zuspitzt. Die PDS habe gegenüber der SPD einen Vorteil: Sie brauche in ihrer Politik keine Rücksicht auf Besitzstände zu nehmen, die sie bei ihren Anhängern zu verteidigen hätte. Dennoch hänge die Zukunft der PDS eher vom Verhalten der anderen Parteien ab. Vor allem ginge es darum, wie diese die »Ostinteressen« in Zukunft tatsächlich beachten werden.

*Richard Stöß* referierte die Hauptaussagen des von ihm zusammen mit Gero Neugebauer herausgegebenen Buches in bezug auf die Wählerschaft der PDS. Er nahm eine Dreiteilung vor:

Die PDS ist eine sozialistische Weltanschauungspartei,  
die PDS ist eine Interessenpartei und  
die PDS ist eine Protestpartei.

Nur 15 Prozent hätten die PDS aus Protest gewählt; 80 Prozent der Wähler der PDS glaubten nicht an eine »sozialistische Weltanschauung alter Prägung«. Bei ihnen gebe es etwas, das man als »Dritten Weg« bezeichnen könnte. Und schließlich sei die PDS keine reine Interessenpartei. Wichtig sei, daß es im Osten in der Bevölkerung eine andere Wertorientierung gebe als im Westen. Im Osten bilden PDS und CDU die Antipoden, die SPD könnte in der Mitte zerrieben werden.

*Thomas Meyer* stellte die These auf, daß es bei der PDS ein »Konglomerat unterschiedlicher Interessen« gebe, die nicht dasselbe Projekt verfolgen. Drei Hauptrichtungen seien auszumachen: *Erstens* eine große Gruppe von Pragmatikern (»soziale Interessen verteidigen«), *zweitens* eine große Gruppe einer »Interessengemeinschaft gelebte Biographien verteidigen« und *drittens* eine Gruppe, die sich bemüht, ein modernes Sozialismusverständnis zu erarbeiten.

Die PDS werde eher dadurch integriert, daß sie *gegen* etwas ist. Es gebe eine »Rückwärtsgewandtheit in einer nicht produktiven Weise«. Das liege daran, daß viele ihre Biographien retten wollten. Neben Pragmatikern existierten »ernsthafte Modernisierer«. Selbst bei dieser Gruppe gebe es nur eine »halbe Modernisierung«.

*André Brie* hob die prinzipielle Möglichkeit hervor, daß eine Partei links von der SPD durchaus einen Platz im Parteiensystem (mit Blick auf skandinavische Länder) haben könne. Es wurde in den Jahren 1989/90 kein konsequenter Bruch mit der SED vollzogen, deshalb werde auch der Gründungskonsens heute verschieden interpretiert. Es gebe in der PDS eine dreifache Hetero-



genität: Mitglieder, Wähler und Delegierte. Alle drei unterschieden sich wesentlich. Die PDS habe eine Perspektive. Es wäre töricht, das Problem PDS für 1998 als erledigt anzusehen! Die Perspektive der PDS sei aber in jeder Hinsicht offen: Mitglieder, Erosionsprozesse, kulturelle Offenheit, innere Stabilität... Die Handlungsfähigkeit der PDS (ihr Anteil an einem gesellschaftlichen Reformprojekt) werde davon abhängen, welcher Teil der Partei sich durchsetzen wird. Davon hänge auch ab, ob die Voraussetzungen für einen Dialog mit SPD und Grünen geschaffen würden.

*In der sachlich geführten Diskussion ging es vor allem um zwei Probleme:*

Zum einen ging es um den »Antikapitalismus« und dabei um das Verhältnis von Markt und Staat sowie um Möglichkeiten der Regulierung unter den heutigen Bedingungen. Hier gab es einen Disput zwischen Brie und Meyer. Während Brie die Notwendigkeit und Möglichkeit von weiterreichenden Eingriffen in Verfügungs- und damit Eigentumsverhältnisse sah, vertrat Meyer die Ansicht, daß in einer hoch ausdifferenzierten Gesellschaft dies alles nur partiell möglich wäre. (Vieles an diesem Disput erinnerte an die innere Debatte in der SPD in den siebziger Jahren.)

Zum zweiten wurde über die innere Differenziertheit der PDS gestritten. Hier ging es um die Frage, ob diese in der PDS stärker und ausgeprägter als in der SPD sei oder ob die Dinge nicht eher umgekehrt lägen. Thomas Meyer verwies darauf, daß es sich um eine jeweils andere Art der Differenzierung in PDS und SPD handele. In der SPD sei sie produktiv, in der PDS hingegen mehr unproduktiv und anders gelagert. Wenn es allerdings der PDS gelingen sollte, sich aus der Rolle der Heimatvertriebenen zu befreien und sie es schaffe, ihre Klientel in die Gesellschaft produktiv zu integrieren, dann sei das lobenswert.

Dagegen wies *Rainer Land* darauf hin, daß die PDS mehr Chancen habe, Modernisierungsblockaden aufzubrechen als die SPD, weil letztere Besitzstandswahrung und konservative Interessen zu verteidigen habe.

Zusammengenommen gab es eine Streitbare, zugleich aber auch kulturvolle Diskussion. Einige Vertreter der SPD scheinen jetzt gegenüber der PDS da anzukommen, wo sie mit der SED aufgehört haben. Sollte sich ein solcher Kurs in der SPD durchsetzen, wäre das nur gut für die PDS. Sie muß sich dann in der praktischen Politik beweisen. Daß die SPD-Vertreter hoffen, daß sich dann das Problem PDS von selbst erledigt, ist legitim.

## WOLFGANG SABATH

### Die Wochen im Rückstau

Joachim Gauck hat wieder einmal ein Stöckchen hingehalten, und alle, alle sprangen. Und unsereins, angepaßt und harmoniebedürftig, springt mit. (Dabei weiß ich gar nicht, ob ich zugelassen bin.) Bei einer Anhörung von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn nämlich hatte der Bundesbeauftragte Gauck gesagt – und es gab tags darauf keine Zeitung in Deutschland, die das ihren Lesern vorenthalten hätte –, daß die Westdeutschen im Umgang mit den Menschen im Osten begreifen müßten, daß die durch die Diktatur deformiert worden seien: »Es genügt nicht, in die Nähe von Behinderten zu gelangen, um zu wissen, daß sie behindert sind.« (Ich zitiere nach der Zeitung »Die Welt« vom 18. März 1997)

Obwohl Gaucks Äußerung eigentlich klar und eindeutig formuliert ist, erzeugt sie bei mir dennoch Ratlosigkeit. Denn der Mann ist doch geo- und ethnographisch gesehen auch ein »Mensch aus dem Osten«, ein waschechter Autochthone wie unsereins auch. Also ebenso deformiert und behindert wie ich. Ich weiß allerdings nicht, welche Pflegestufe Herrn Gauck zusteht, aber behindert ist behindert. Doch wie, bitte sehr, soll ich nun die Worte eines Behinderten über Behinderte wichten? Wie soll ich sie einordnen? Ich weiß es nicht – und erinnere mich an einen Spruch, mit dem ich schon in meiner Kindheit gemartert wurde und der mir damals Schwindelgefühle verursachte. Bis ich beschloß, diesen verdammten Spruch nicht ernst zu nehmen und nicht weiter über ihn nachzudenken; er lautete:

»Ein Kreter sagt, alle Kreter lügen.«

Da wir schon einmal beim Thema sind: Ein anderer Behinderter, der es trotz seines traurigen Schicksals immerhin zum Kolumnisten

einer Ostberliner Abonnementszeitung gebracht hat – vielleicht haben sie in dieser Redaktion so eine Art Bonus-System, das derartige Leute besonders fördert –, monierte in einem Artikel, der während unseres Berichtszeitraums erschien, daß die DDR, der ihre Bürgerrechtler immer mit dem Attribut »ehemalig« versehen würden: »ehemalige DDR«, »ehemalige Bürgerrechtler« und dergleichen. Der Kolumnist vertrat die Ansicht, auch jetzt seien Bürgerrechtler noch nötig, und hinter der Formulierung »ehemalige Bürgerrechtler« verberge sich auch ein gerüttelt Maß an kommunistischer Demokratiefeindlichkeit.

Der Behauptung ist insofern zu widersprechen, als die einstigen Bürgerrechtler ja selbst alles Menschenmögliche taten, sich dieses Titels zu entledigen (bzw. ihn umzuwidmen). Denn wo, bitte sehr, hat man sie denn gesehen und gehört, wo waren sie denn, als sich die Ostdeutschen zu Tausenden über den Tisch ziehen ließen, als die Einheitsgewinnler ihre Schnitte machten, als sich die Wartesäle der Arbeitsämter füllten? Ein jeder, der bei derartigen Gelegenheiten nach ihnen Ausschau hielt – ob in Magdeburg oder in Bischofferode, in Wismar oder sonstwo –, konnte doch nur zu dem Schluß kommen: Nur noch wenige Bürgerrechtler fühlten sich angesprochen, als Bürgerrechte verletzt wurden. So, wie es eben Bürgerrechtlern geziemt, die keine mehr sein wollen. Also »Ehemalige« sind.

Wie wir wissen, schaffen es manche Behinderte (lies: Ostdeutsche) sogar bis in jene Talk-Shows, die nicht von solchen behindertengerechten Nachmittags-Moderatoren und Gesprächsteilnehmern wie den Pfarrern Fliege oder Drewermann dominiert werden. Nein, manche Behinderte kommen sogar in Hauptsendezeit. Zum Beispiel der Rechtsanwalt, einstige DDR-Innenminister, Fast-CDU-Politiker und Hansa Rostock-Präsident Peter-Michael Diestel. Der wurde neulich in einer MDR-Gesprächsrunde nach der skandalträchtigen Geschichte mit seinem Haus in Zeuthen bei Berlin gefragt, das er – Diestel – zu solch günstigen Bedingungen erworben hatte (und nun hatte räumen müssen), daß Leute gelegentlich sogar von Vorteilsnahme im (Minister-)Amt sprachen. Diestel, nicht auf den Mund gefallen, entgegnete frohgemut und unverkrampft: Das ganze Problem mit seiner Villa sei nur gewesen, daß sich da einer – also er – an der »Aufteilung der Beute« habe beteiligen wollen, dem das nicht zugestanden habe. Da niemand nachfragte, dürfen wir davon ausgehen, daß jeder in der Runde wußte, was mit »Beute« gemeint war.

Wer es noch nicht mitbekommen hat (oder wer es gar nicht mitbekommen konnte, weil er nicht in Berlin wohnt): Die Bundeshauptstadt ist um einen Dudelsender reicher. Als bekennender Atheist gestehe ich hier freimütig, daß ich mir von dem neuen Christen-Sender »Paradiso« etwas versprochen hatte. Nicht, daß es mich nach Bekehrung gelüstete, aber ernstzunehmenden Rundfunkjournalismus – vielleicht ein »Deutschlandradio Berlin« im UKW-Kleinformat – hatte ich doch erhofft. Diese Hoffnung war hinverbrannt. Ich hatte einfach nicht bedacht, daß es bei Gründungen von Medienunternehmen heutzutage überhaupt nicht mehr um mich oder meine Bedürfnisse geht.

Ernstheinrich Meyer-Stiens (Hrsg.):  
Opfer – wofür?  
Deutsche Emigranten in Moskau –  
ihr Leben und Schicksal.  
Dokumentationsband des  
5. Heinrich-Vogeler-Symposiums,  
Worpsweder Verlag Lilienthal 1996,  
ISBN 3-89299-184-7,  
127 S. (25,00 DM)

Im September 1995 fand am Rande des Teufelsmoores bei Bremen das fünfte Symposium der Heinrich-Vogeler-Gesellschaft statt, das sich dem Schicksal von deutschen Emigranten in Moskau in den dreißiger Jahren widmete. Über die Tagung wurde bereits im Heft 61 von UTOPIE kreativ berichtet.

Nun liegt ein Dokumentationsband vor, in dem die Vorträge der Historikerinnen und Historiker Reinhard Müller, Natalija Mussijenko, Ulla Plener, Carola Tischler und Hermann Weber sowie die Berichte der Zeitzeugen Jan Vogeler, Markus Wolf und Wolfgang Leonhard im Wortlaut zusammengefaßt sind.

Das Buch vereinigt unterschiedliche Sichten auf das Schicksal deutscher Emigranten. Es beschreibt analytisch die Machtstrukturen unter Stalin und bringt durch lebendige Schilderungen von Lebenswegen bekannter und weniger bekannter Emigranten, unter ihnen der Künstler Heinrich Vogeler, weiteres Licht in die Schatten der Geschichte. Der Band vermittelt erschütternde historische Tatsachen. Viele Dokumente – Briefe, Aktennotizen oder Verhörprotokolle –, die in den informationsdichten Vorträgen zitiert wurden, sind nun schwarz auf weiß, mit entsprechenden Quellenachweisen, nachzulesen.

Reinhard Müller vom Hamburger Institut für Sozialforschung stellt einleitend in seinem Beitrag die Forschungsschwerpunkte der Exil-Forschung dar, die durch die Öffnung der Archive in Moskau neue Möglichkeiten erhalten hat. Aus seinen Einblicken in Verhörprotokolle und sogenannte Kaderakten versucht er, die Funktionsweise des stalinistischen Terrorregimes zu rekonstruieren. Im Sinne eines von ihm vorgeschlagenen Forschungsschwerpunktes, der sich den Einzelschicksalen von Literaten und Künstlern im Exil widmen soll,

öffnet Müller die Kaderakte Heinrich Vogelers und beschreibt sehr genau, indem er ausführlich aus den Dokumenten und Briefen zitiert, Vogelers Lebenssituation in Moskau der dreißiger Jahre.

Erweitert wird dieser Einblick ins Unterdrückungssystem Stalins durch den Text von Hermann Weber, der schon in vielen seiner Veröffentlichungen auf die »Weißen Flecke« der Geschichte des Parteikommunismus hingewiesen hat. Auch er widmet sich den Lebensläufen bekannter und weniger bekannter Emigranten.

Die Beiträge von Carola Tischler, Ulla Plener und Natalija Mussijenko reihen sich in diese Biographienforschung ein. Tischler stellt ausführlich die Bedingungen in der sowjetischen Hauptstadt im Herbst 1941 dar. Sie schildert die verschiedenen Evakuierungswellen, die nicht nur Vogeler aus Moskau wegführten, verfolgt den Weg des Transports und beschreibt Vogelers Leben und Leiden im Kriegswinter 1941/42. Es wird deutlich, daß er nicht zu den privilegierten Emigranten gehörte: Mit Tausenden anderer Deutscher kam er in die unwirtliche, kalte kasachische Steppe (ein späterer Evakuierungszug brachte etliche Parteifunktionäre ins klimatisch angenehmere Ufa). Tischler unterstreicht, daß bei aller Tragik und Grausamkeit, die Vogeler in seinen letzten Lebensmonaten erleben mußte, sein Schicksal kein Einzelfall war. Evakuierte Deutsche litten unter Hunger, Kälte und schlechter medizinischer Versorgung – die Lebensumstände der Einheimischen waren in diesen Kriegstagen nicht viel besser, und ihre »Gäste« waren eben gleicher Nationalität wie die Soldaten, die die Sowjetunion überfallen und die Kriegssituation heraufbeschworen hatten.

Den Lebenslauf eines Kommunisten, der sein Leben Kindern gewidmet hatte, stellt Ulla Plener vor. Helmut Schinkel, Lehrer und Erzieher auf dem Barkenhoff Vogelers, Leiter kommunistischer Kindergruppen und später Direktor der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule, war kein Funktionär. Sein Leben stellte er aus humanistischen Gründen in den Dienst der kommunistischen Bewegung, die ihn letztlich in ein Lager verbannte, in dem er 1946 starb. Plener geht in ihrem Beitrag sehr einfühlsam dem Weg dieses Mannes nach.

Seine pädagogischen Ideale werden dabei lebendig. Auch Schinkel war einer der vielen, die ihr Vertrauen in die Richtigkeit des Weges Stalins mit dem Leben bezahlten. Dem Beitrag merkt man an, daß es noch viel mehr über diesen Menschen zu berichten gibt. In ihrer kürzlich erschienenen Biographie Helmut Schinkels breitet Plener ihre umfangreichen Forschungsergebnisse aus.

Ähnlich nähert sich Natalija Mussijenko den Einzelschicksalen von sechzig deutschen Jugendlichen, die Schüler der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau waren. Sie wurden 1937 unter dem Standardvorwurf der »faschistischen, terroristischen, konterrevolutionären Spionage« verhaftet und 1938 erschossen oder zu langjährigen Lagerhaftstrafen verurteilt. Mussijenko schildert den Verfolgungswahn, von dem die stalinistische Administration ergriffen war. Sogenannte Sicherheitskräfte holten die Jugendlichen unter dem Vorwurf, sie hätten eine Gruppe der »Hitlerjugend« gegründet. Die dichte Form, in der Mussijenko ihr Wissen aus den Akten dieser Jugendlichen darstellt, erschüttert. Der Buchbeitrag ist ein Zwischenbericht aus ihren Forschungen zur Geschichte der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau.

Sehr lebendig und voll von persönlicher Erfahrung sind die Beiträge der Zeitzeugen, die die dreißiger Jahre unter Stalin in Moskau erlebt haben. So reihen sich die Schilderungen von Jan Vogeler, Wolfgang Leonhard und Markus Wolf in die biographische Forschung der zuvor Genannten ein.

Als Negativum des ansonsten sehr empfehlenswerten Bandes fällt auf, daß nach mehr als zwanzigjähriger Heinrich-Vogeler-Forschung immer noch unpräzise Angaben zu seinem Lebensweg verbreitet werden. Im Vorwort werden zwei der dokumentierten Rußlandreisen Vogelers in den zwanziger Jahren unterschlagen. Es wird auch der historischen Wertung nicht gerecht, wenn man Vogelers unbestritten menschenunwürdiges Ende in einem kasachischen Krankenhaus mit dem Sterben in einem Lager des Gulag gleichsetzt. Damit werden wieder Türen und Tore für Geschichtsschreiber geöffnet, die im Geiste des Antikommunismus schon mehrfach widerlegte Legenden über Vogelers Ende neu aufleben lassen möchten. Bei aller Grau-

samkeit und Bitterkeit seines Todes darf nie vergessen werden, was die Evakuierung von Zehntausenden aus Moskau ausgelöst hatte. Daran erinnert in ihrem Beitrag Carola Tischler: »Die Maßnahmen der sowjetischen Regierung bezüglich der Aussiedlung von Deutschen aus dem Kriegsgebiet wurden durch den deutschen Überfall (auf die Sowjetunion) motiviert.« Tischler beschreibt die schwierigen Lebensumstände, unter denen die Evakuierten litten, und kommt zu dem Schluß, daß keiner der Umstände, unter denen Vogeler gestorben war, sich speziell gegen ihn richtete. »Von einer bewußten Ausschaltung zu sprechen, verbietet sich [...] Auch von einer Billigung zu sprechen, ist [...] nicht gerechtfertigt.« Der deutsche Künstler Heinrich Vogeler wurde ein Opfer der Nazis, gegen die er bis in seine letzten Moskauer Tage mit Flugblattentwürfen und Skizzen für Rundfunkansprachen gekämpft hatte.

SIEGFRIED BRESLER

Erich Kitzmüller:

Gewalteskalation oder neues Teilen.

Herausgegeben von Herwig Büchele und Severin Renoldner.

Reihe Beiträge zur mimetischen Theorie.

Religion – Gewalt – Kommunikation – Weltordnung Bd. 3,

Lit Verlag Münster-Hamburg-London 1996, 296 S.

Es ist das alte und ungeklärte Problem, das Erich Kitzmüller umtreibt: Woran liegt es, daß diese Menschenwelt, die es »zuletzt so herrlich weit gebracht« hat, wenn man etwa den Fortschritt der Naturwissenschaften und Technik betrachtet, im Zusammenleben bestenfalls auf dem Niveau stehengeblieben ist, das die alten Hochkulturen vor dreitausend Jahren erreichten. Die Torheit der Regierenden (*B. Tuchman*) ist nicht geringer geworden, aber die von daher mögliche Bedrohung der Zivilisation hat den planetarischen Maßstab erreicht. Von *Platon* bis *Machiavelli*, von *Hobbes* bis *Marx* haben große Denker ver-

sucht, Antworten zu finden, konnten aber das Knäuel nicht entwirren, wenn wir die heutige Lage und ihre Tendenz betrachten.

Erich Kitzmüller gehört zu jener bemerkenswerten Gruppe österreichischer Sozialwissenschaftler um *Peter Heintel*, die sich bereits vor fünf Jahren in einer Zeit des Siegestaumels der einzig wahren abendländischen Lebensform und der Markteuphorie auf den langen und beschwerlichen Pfad der Systemtranszendenz, der Kritik des »Modells Neuzeit« und der Suche nach einem anderen Maß der Evolution begaben.

Im Zentrum der Überlegungen des Autors steht die Gewalt, ihre Ausübungsform und ihre Regulierung in der modernen Gesellschaft. Nun ist Gewalt im allgemeinen Sinne Anwendung von Mitteln zur Beeinflussung und Unterdrückung von Menschen, von der Drohung bis zur Aktion. Einschüchterung, Kidnapping, Raub, Geiselnahme, Inquisition, Krieg, Gefängnisse, Konzentrationslager und Vernichtungsöfen sind die wohlbekanntesten direkten Gewaltformen der Menschheitsgeschichte. Anders die Gewalt im Dunkeln, die geistige und wirtschaftliche Existenzbedrohung durch anonyme Kräfte. Die anonyme Gewalt der modernen Wirtschaft ist legitimiert durch Spielregeln, die die Gleichheit der Tauschpartner vortäuschen. »Nicht einzelne Sündenböcke bloß werden verjagt, Opfertiere dargebracht und Hexen verbrannt. Die Ausschließung ist globalisiert und universalisiert.« (S. 78) Die Geldwirtschaft, die die Gewalt ersetzt, kanalisiert und reguliert hat, akkumuliert andererseits Gewaltpotentiale und setzt sie in Bewegung, denken wir etwa an die Verschuldung der Dritten Welt und das Diktat der Weltbank. Freilich gibt es scharfe Einwände gegen diese Sichtweise von seiten jener, die das Gewaltpotential der »Marktwirtschaft« nicht sehen oder nicht sehen wollen.

Erich Kitzmüller sucht den Zugang zu den globalen Problemen der Zivilisation auf der Grundlage der von *René Girard* entwickelten und von *Jean-Pierre Dupuy* weiterentwickelten Theorie der Mimesis. Danach werden die menschlichen Beziehungen vor allem als ein Drama der Mimesis betrachtet. Mimesis ist nicht bloße Nachahmung, sondern innere Vermittlung, Resonanz und Ansteckung zwischen Menschen.

»Die Vermittlung des Begehrens läßt einen dramatischen Prozeß los, der zwar nicht notwendiger Weise, aber häufig doch, eine schwer zu handhabende Gewalt in die Beziehungen hineinbringt. Wenn das Vorbild fasziniert und zugleich erreichbar erscheint (also die Beziehung nicht transzendiert), wird es für den Begehrenden zum Rivalen. ... Die Aneignungsmimesis schlägt um in Rivalitätsmimesis.« (S. 111) Das Aufschaukeln der Gewalt, das aus diesem Grundmuster der menschlichen Beziehungen resultiert, kann die Gesellschaft zerstören. Daher entstanden in der Menschheitsgeschichte vielfältige sakrifizielle Prozeduren, um ein Ventil für die ausufernde Gewalt zu schaffen, die »mimetischen Energien der in Feindschaft verstrickten Rivalen« gleichzurichten, zu kanalisieren und zu regulieren. Opferungsmythen und Sündenbockjagden legitimieren die Herrschaft, die in der gelenkten Gewaltkonvulsion die Ordnung wiederherstellt. Der soziale Zusammenhalt entsteht oder festigt sich aus der Opferung.

Die Mehrzahl der Menschen ist sich aber dieser Zusammenhänge nicht bewußt. »Ein Nichtwissen, ... die Täuschung über Herrschaft und Unterdrückung, eine soziale Verdummung sind für sämtliche soziale Gebilde mehr oder weniger grundlegend.« (S. 25) Kitzmüller nimmt die Illusionen der Geldwirtschaft auseinander. Erstens erscheint der Tausch als Inkarnation von Fairneß, Frieden und Gerechtigkeit. Zweitens erscheinen Kaufen und Verkaufen als neutrale, wertfreie Handlungen. Drittens erscheint der Kreislauf des Geldes als Symbol des Lebens (Blutkreislauf der Wirtschaft).

Man kann hier noch zwei Punkte hinzufügen. Das Geld ermöglicht, die hierarchischen direkten Herrschaftstechniken auf höherer Stufe zu reproduzieren – ohne die ärgerliche Offenheit und Personalität ihrer direkten Form, dafür aber verbunden mit der Illusion vollständiger Subjektivität und Freiheit. Die auf dem Geld gegründete Herrschaft ist »die leistungstärkste, zugleich die anonymste und billigste Herrschaft.« (S. 52)

Das Geld ermöglicht als allgemeines Mittel die Erfüllung einer Totalität von Zwecken und Zeitpunkten. Es ist daher ein virtuell totalitäres Instrument, das noch den Vorteil besitzt, daß es als solches nicht ohne weiteres wahr-

nehmbar ist. Hier liegt sein fundamentaler Unterschied zur Arbeit, die um so zweckgebundener ist, je qualifizierter und kreativer sie ist. Wenn gerade gegenwärtig die alten Arbeitsbeziehungen entwertet und in den Strudel der ultimativen monetären Logik gerissen werden, entsteht ein massenhafter Existenzdruck ohnegleichen, der Gewalt unablässig anstaut.

Der entscheidende Punkt ist wohl, daß in der schrankenlosen Vermehrung der Verschuldungsketten, die der Autor erwähnt, die Beziehung zum sozialen Ganzen und seinem normalen, friedlichen Evolutionspfad verlorengeht. Wenn aber ein Teilsystem der Gesellschaft praktisch unbegrenzt global seinem Teilziel der größtmöglichen Kapitalvermehrung (shareholder value) folgt, mit immer schwächerer Rückkopplung zum notwendigerweise immer noch nationalstaatlich definierten Ziel der sozialen Gesamtentwicklung, ist die Sackgasse der Evolution unausweichlich.

Kitzmüller verwendet für die Verschränkung von Wirtschaftswachstum, Kapitalvermehrung und ungehemmtem wissenschaftlich-technischen Fortschritt den Terminus »technopathischer Expansionismus«. Der Mensch verwirklicht in seiner expandierenden Technikwelt die Allmachtphantasien der Meßbarkeit, Algorithmierbarkeit und Beherrschbarkeit. »Entscheidend ist – und diese Betonung macht den Unterschied zu früheren Ansätzen einer Kapitalismuskritik deutlich – ein stets reproduziertes Nichtwissen und Nichtwissenwollen (und damit Nicht-korrigieren-können) des eigenen Tuns. Die Insassen des neuzeitlichen Wirtschaftssystems wollen nicht wissen und können systemgemäß nicht wissen wollen, daß sie mit ihrem auf Geldvermehrung fixierten Tun die Lebensängste umwandeln in die Angst vor der Unsicherheit der Zahlungen, daß sie also mittels Wirtschaft ihre Ängste bekämpfen und gerade damit zugleich die Unsicherheit verstärken oder erzeugen. Sie wollen nicht wissen, daß das Machenmüssen – mangels organisierter Reflexion und Besinnung auf Welt und Menschen – zur Selbstauslöschung hinreiben muß. (S. 205)

Die bisher konsequenteste Kapitalismuskritik durch die deutsche Klassik (*Peter Hacks*)

und die marxistische Kritik waren sich in ihrer historischen Hülle durchaus der fatalen ideologischen Hintergründe des Tanzes um das Goldene Kalb bewußt, denken wir etwa an *Goethes* »Pandora« oder an *Marxens* »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie« von 1857. Aber zweifellos ist die Analyse von Mimesis, Opferung und Gewaltregulierung ein ganz wesentlicher Beitrag zu einer realistischen Anthropologie, die in der Zeit des Widerspruchs zwischen anstehenden globalen Problemen und der Desavouierung bisheriger Erkenntnisse der Sozialgeschichte notwendiger denn je ist.

Kitzmüller kommt zu einer ebenso treffenden wie deprimierenden Einschätzung der neoliberalen Wende als »plötzlich wieder öffentlich ausgesprochene und hingenommene Entschlossenheit zu Opferungen ... Die Bereitschaft zu Verdrängungen und Opferungen ist aufs neue mehrheitsfähig geworden.« (S. 156)

An eine Gegenmacht der alternativen Solidarität, die den technopathischen Expansionismus paralyisiert, ist bisher nicht zu denken. Die »graswurzelhafte Opposition« kann nichts gegen den »jetzt siegreichen Gesellschaftstyp« ausrichten. Die Wege gegen einen absehbaren großen Schub an ökologischer und sozialer Verelendung, die vom Autor genannt werden (garantiertes Grundeinkommen für alle, Ermöglichen von Eigentätigkeit und direkter Kommunikation, Besteuerung des Ressourcenverbrauchs, gerechtere Aufteilung der bezahlten Arbeit, Redimensionierung der Ökonomie), sind bisher nirgends in nennenswerterweise auf größerer Stufenleiter gegangen worden. Tatsächlich gibt es lokal begrenzte Initiativen, aber man findet beim Autor leider keine Hinweise darauf. (Ein internationales Netzwerk der praktischen Beispiele alternativer Ökonomie wäre doch denkbar und von großem Nutzen!)

Obwohl der Verfasser die Möglichkeit einer positiven Mimesis erwähnt (S. 99, 120, 242), bleibt diese Seite seines anthropologischen Konzepts merkwürdig unterbelichtet, auf diese Weise unfreiwillig einen Tribut an den antisolidarischen Zeitgeist entrichtend. Kooperation, Uneigennützigkeit, positive Mimesis haben eine enorme erhaltende und wegweisende Rolle in der Menschheitsgeschichte

gespielt. Es wäre höchst zeitgemäß (d.h. gegen den herrschenden Zeitgeist gerichtet), diese Botschaft bei *Kropotkin* und anderen wieder einmal freizuschaukeln.

Ein Punkt, in dem Kitzmüller hinter seinem ansonsten direkten Benennen der gesellschaftlichen Übel zurückbleibt, ist seine Charakterisierung der »neuzeitlichen Form von Gesellschaft und Wirtschaft« als technopathischen Expansionismus (S. 206). Hier verzichtet er bei der Gesamteinschätzung einer Gesellschaft darauf, Roß und Reiter zu nennen. Man sollte sich auch hüten, wenn man wie Kitzmüller die Klischees von »großen Männern«, »Rassen« und »Klassen« vermeiden will (die übrigens allesamt einen sehr rationalen Kern als reale Geschichtssubstanz haben), sie durch ein neues Klischee der Opferungsrituale zu ersetzen. Auch stimmt es nicht mit der sonstigen Konsequenz des Autors überein, wenn er auf S. 179 einer allgemeinen Wertschöpfungssteuer den Vorzug gibt, weil sie weder die menschliche Arbeit noch den Kapitaleinsatz bevorzugen und benachteiligen würde. Als ob es darum ginge, Kapital und Arbeit in dieser Gesellschaft als gleiche Ausgangschancen zu kennzeichnen! Hinzu kommt, daß die Wertschöpfungssteuer überaus asymmetrisch ist, weil sie sich eben gerade nicht auf den Ressourcenverbrauch bezieht.

Insgesamt aber ist die Schrift ein wirklicher Gewinn, weil sie eine neue Sicht auf einen wesentlichen inneren Zusammenhang unserer zerbrechlichen Zivilisation eröffnet.

HEINZ-DIETER HAUSTEIN

Arne Heise:  
Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?  
Zu den Bestimmungsgründen der  
Beschäftigungsentwicklung in der  
Bundesrepublik Deutschland  
während der letzten beiden Dekaden,  
Metropolis-Verlag Marburg 1996,  
344 S.

Der vorliegende Band enthält den Abschlußbericht eines Projekts des Wirtschafts- und

Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. Das Buch ist in sechs Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel arbeitet der Autor den Untersuchungsgegenstand genauer heraus und benennt die ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Arbeit wurde 1992 in Angriff genommen, der Untersuchungszeitraum endet mit der deutschen Einheit.

Das zweite Kapitel befaßt sich mit den unterschiedlichen theoretischen Erklärungsversuchen der (Unter)Beschäftigung. Hier stellt der Autor die makroökonomischen Keynesianischen Theorieansätze denen der herrschenden Neoklassik entgegen. Er versucht, eine alternative Erklärung zu präsentieren, die die Schwächen der genannten Theorien zu überwinden hofft.

In einem dritten Kapitel wird ein Abgleich der theoretisch destillierten Erklärungsansätze mit der sinnlich erfahrbaren Realität vorgenommen. Damit soll im wesentlichen überprüft werden, ob die dem neoklassischen Paradigma entspringenden und die wissenschaftliche und politische Diskussion dominierenden Vorwürfe mangelnder Anpassungsfähigkeit des Lohnsystems haltbar sind, oder ob die empirische Evidenz andere Erklärungsmuster nahelegt.

Im vierten Kapitel unterteilt der Autor den Untersuchungszeitraum in Konjunkturzyklen und legt detailliert die möglichen Bestimmungsfaktoren der Beschäftigungsentwicklung (Investitionstätigkeit, die gesamtwirtschaftlichen Nachfragefaktoren, die Gewinnentwicklung, den Verlauf und die Zielsetzungen der Geldpolitik, die Lohnpolitik) dar.

Im fünften Kapitel wird der Versuch unternommen, die (Unter)Beschäftigungsentwicklung auf Faktoren der ökonomischen Basis und des regulativen Überbaus zurückzuführen. Im sechsten Kapitel stellt der Autor seine wirtschaftspolitischen Optionen dar, die an den systematischen und institutionellen Defekten ansetzen.

Am Ende des fünften Kapitels zieht der Autor folgendes Fazit: Anhaltende Massenarbeitslosigkeit sei ein Funktionsmerkmal – wenn auch keine Funktionsnotwendigkeit – reifer kapitalistischer Volkswirtschaften. »Ihre Höhe wird, unabhängig von überlagernden konjunkturellen Schwankungen und



strukturellen Problemen (Mismatches), von den Investitionschancen und ihren Opportunitätskosten bestimmt. Wichtige Einflußfaktoren sind hierbei die Liquiditätspräferenz der (Geld)Vermögensbesitzer, die Geldpolitik der Notenbank, die Inventions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen.« (S. 273)

Daß, wie der Autor feststellt, Regulierungsdefizite mit Blick auf die Koordination von Geld-, Lohn- und Wirtschaftspolitik die Wachstums- und Beschäftigungsperformance zusätzlich beschränken können, wenn Handlungsautonomie als »Nicht-Kooperation« ausgelegt wird, scheint eher banal. Auch seine Schlußfolgerung, daß der sich ständig vollziehende Strukturwandel einer Volkswirtschaft allen Wirtschaftsakteuren und Institutionen dauerhafte Anpassungsfähigkeit abnötige, liegt auf der gleichen Ebene.

Arne Heise setzt sich mit »beschäftigungspolitischen Irrwegen« auseinander. In bezug auf die Deregulierung schreibt er, daß weder die theoretische Analyse noch die empirischen Untersuchungen die Beschäftigungsprobleme auf mangelnde Flexibilitäten oder überzogene Regulierungen zurückzuführen seien. Vielmehr habe sich gezeigt, daß »Deregulierungen, die eine stärkere Flexibilisierung des Lohnsystems – im Sinne größerer Lohnschwankungen – zur Folge haben müßten, tendenziell destabilisierend wirken«. Es habe sich darüber hinaus gezeigt, »daß eine stärkere Reregulierung – im Sinne einer Koordination der Entscheidungen der sozio-ökonomischen Akteure – die Wachstumsbedingungen marktlich orientierter Volkswirtschaften deutlich verbessern kann«. (S. 298)

Interessant und überzeugend ist, wie der Autor sich mit der »Negativsteuer« bzw. Lohnsubventionen (Konzept von Fritz W. Scharpf) auseinandersetzt. (S. 299-305) Hier weist er u.a. darauf hin, daß die Gefahr der Verstetigung von Lohnsubventionszahlungen bestehe und die Arbeitnehmervertreter vor allem unter Druck geraten, einen möglichst großen Teil der Arbeitsplätze in den bezuschußten Subventionsbereich zu senken. Ein großer Teil der Tariflöhne liege ohnehin nur geringfügig über der unterstellten Zuschußgrenze.

Völlig zu Recht meint Heise, daß die Vorschläge zur allgemeinen Verlängerung der

Arbeitszeit diametral zur bisher geführten Diskussion sowie zur betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Praxis liegen. »Generelle Arbeitszeitverlängerungen verschärfen deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach das Beschäftigungsproblem zusätzlich – die ohnehin geringe Arbeit wird auf noch weniger Köpfe verteilt – und erhöht damit die Lohnnebenkosten.« (S. 306)

Heise resümiert, daß die insgesamt positive Beschäftigungsentwicklung (bis 1990) vom Rückgang der Beschäftigungsschwelle (der Arbeitsproduktivitätszuwachsrate) profitiert habe. Es gelang, so der Autor, der Angebotspolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung nicht, die Wachstumskräfte der (west)deutschen Wirtschaft zu entfalten. (S. 311) Er spricht sich für eine »Investitions-offensive des Staates« aus. Es bedürfe einer kooperativen Wirtschaftspolitik der sozio-ökonomischen Akteure. Beide Faktoren müßten in ein »Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm« zusammengeführt werden. (S. 322)

Zusammengenommen ist der vorliegende Band für wirtschaftspolitische Experten geschrieben. Er liegt voll auf der Linie der dominierenden Gewerkschaftspolitik und soll diese wohl untermauern.

HORST DIETZEL

Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek (Hrsg.):  
Ansichten zur Geschichte der DDR  
Bd. VI, Verlag Matthias Kirchner  
Eggersdorf 1996, 415 S.

Fast ist es in der allgemeinen Abwicklung der ostdeutschen Gesellschaftswissenschaften unbemerkt geblieben: Stärker als andere Wissenschaftszweige – mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften selbst – ist die Wirtschaftsgeschichte reduziert worden. Sie hatte seit Mitte der siebziger Jahre einen beträchtlichen Teil ihrer Lehr- und Forschungskapazität auf die DDR konzentriert gehabt. Nach der Wende hat ein Fähnchen engagierter Wirtschaftshistoriker diese Arbeit mit Publikationen fortgesetzt. Die Mehrzahl

der ostdeutschen Beiträge zur Entwicklung der DDR-Wirtschaft zwischen 1945 und 1989, die seit 1990 erschienen ist, stammt jedoch von einer anderen Gruppe von Autoren, den »schreibenden Wirtschaftsfunktionären«. Spitzenvertreter aus den zentralen wirtschaftsleitenden Organen – des Staates und der SED – haben in Memoiren, Artikeln und Interviews zu den Problemen des jeweiligen Bereiches, den sie leiteten, und zu ihrer eigenen Tätigkeit Stellung genommen. Auch im Band 6 der Ansichten kommen sie wieder zu Wort – Herbert Wolf, Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel (Plankommission), Walter Halbritter (Arbeitsgruppe ÖSS), Wilfried Maier (Amt für Preise), Siegfried Burmeister (Außenhandel) und Hans Watzek (Landwirtschaft). Ihre Beiträge umfassen Gesamtdarstellungen des Wirtschaftsbereichs (Burmeister und Watzek) bzw. der Arbeit der Institution (Schürer und Wenzel, Maier) oder sind einer Entwicklungsetappe des Wirtschaftslenkungssystems, wie z.B. des NÖS und ÖSS (Wolf, Halbritter), gewidmet. Das Bemühen um eine Gesamtdarstellung schließt die Berücksichtigung relevanter genereller ökonomischer, politischer und sozialer Hintergründe ein. Konkrete Beispiele kommen aus dem eigenen Erfahrungsbereich; ebenso bisher unbekannt und kaum aktenkundig gewordene Interna, z.B. wenn Burmeister die üblichen Formen der Bestechung der DDR-Außenhandelskader durch westliche Firmen und deren Folgen beschreibt.

Insgesamt führt der Band zu einer beträchtlichen Bereicherung unseres Wissens über die Wirtschaftsleitung und -entwicklung in der DDR. Ungeachtet dessen seien drei kritische Bemerkungen gestattet.

Erstens: Nicht unbedingt begrüßenswert, aber durchaus begreiflich bei diesen zwischen Sachbeschreibung und Memoiren angesiedelten Darstellungen ist es, daß – ungeachtet selbstkritischer Passagen – eigenes Handeln und Tun manchmal zu deutlich verteidigt wird und Seitenhiebe auf andere Personen und Institutionen verteilt werden, an denen man sich in realsozialistischen Zeiten gerieben hat. Als Leser muß man sich schon in den Biographien der Autoren etwas auskennen, um zu wissen, ob der »schreibende Wirtschaftsfunktionär« zu den »Veränderern« oder

»Bewahren« jeweiliger Wirtschaftspolitiken bzw. Planungs- und Leitungsstrukturen gehörte oder ob er für oder gegen die Person war, an der anscheinend keiner vorbeikommt, der die sechziger bis achtziger Jahre beschreibt – Günter Mittag. (Wenn Kritik an der Zusammensetzung der Autoren des Bandes gemacht werden sollte, dann daran, daß ein Vertreter der »pro-Mittag«-Partei fehlt).

Zweitens: Wenn die »schreibenden Wirtschaftsfunktionäre« über Zeitabschnitte der Entwicklung »ihres« Wirtschaftsbereichs berichten, in denen sie dort noch nicht bzw. nicht an führender Stelle arbeiteten, erfinden sie z.T. das Rad zum zweiten Male. Was dem Leser in diesen Passagen mitgeteilt wird, ist von den Wirtschaftshistorikern bereits (ausführlicher) dargestellt worden. Leider berufen sich die »schreibenden Wirtschaftsfunktionäre« – und dies ist mein dritter kritischer Einwand – nicht auf sie, haben sie vermutlich gar nicht zur Kenntnis genommen. Wenn sich die Autoren des Bandes auf »Autoritäten« aus dem Wissenschaftsbereich berufen, dann auf Vertreter aus den alten Bundesländern. Gewiß, das zeigt, daß man nicht nur einfach aus seinen Erinnerungen schöpft, sondern sich belesen hat. Aber warum so einseitig?

Zum positiven Schluß noch eine Bemerkung zum umfangreichsten Beitrag des Bandes, Herbert Wolfs »Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung«. Dies ist – neben einer Beschreibung des NÖS – ein aus tiefgründigem Nachdenken über die Funktionsweise des sozialistischen Herrschaftssystems entstandenes Essay, dessen Wahrheiten sehr, sehr nachdenklich machen.

JÖRG ROESLER

Klaus M. Leisinger, Vittorio Hösle (Hg.):  
Entwicklung mit  
menschlichem Antlitz.  
Die Dritte und die Erste Welt im Dialog,  
Verlag C.H.Beck München 1995, 264 S.

Die Herausgeber präsentieren ein beachtenswertes Buch, das in der Form eines Sammelbandes wichtige Zukunftsfragen der

Menschheit diskutiert und sich dabei vom Zeitgeist wohltuend abhebt. Zum einen, weil sie glauben, daß auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Scheitern des Kommunismus das »Ende der Geschichte« nicht erreicht ist und das Nachdenken über Alternativen, über Schritte zu einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung weitergehen muß. Zeigen doch ökologische Grenzen und die zunehmende Verarmung weiter Gebiete des Globus, daß von einem Entwicklungsautomatismus hin zur ›Moderne‹ und einer Konvergenz aller Kulturen ebensowenig die Rede sein kann wie von der Zukunftsfähigkeit des »westlichen« Entwicklungsweges. Zum anderen, weil sie es weder für legitim noch sinnvoll erachten, daß »der Diskurs über Entwicklung ausschließlich von denjenigen geführt wird, die sich für ›entwickelt‹ halten« (S. 7). Deshalb haben sie in diesem Buch Beiträge von Autoren vereint, die aus »entwickelten« wie aus »Entwicklungsländern« stammen, um ein abhanden gekommenes gemeinsames Nachdenken in Gang zu bringen und Lösungen zu finden, die auf weltweiten Konsens rechnen können. Die Ergebnisse sind allerdings widersprüchlich.

Es werden zwei Grundlinien deutlich. Eine Linie von Intellektuellen der sogenannten Ersten Welt, die reflexiv und selbstkritisch der europäischen Modernisierungstheorie folgt, und eine andere Linie des eigenständigen, kritischen bis antikapitalistischen Denkens von Intellektuellen aus der sogenannten Dritten Welt.

Zu den Vertretern der ersten Linie zählen die Herausgeber. Hösle, Professor für Philosophie an der Universität GSH Essen, arbeitet die Merkmale der europäischen Moderne heraus und fragt, inwieweit dieser Entwicklungstyp für andere Kulturen möglich und sinnvoll ist (vgl. S. 9-38). Dabei bejaht er letztlich den universellen Anspruch der eurozentristisch fixierten Moderne. Hösle hat aber auch tiefe Zweifel ob der »negativen Seiten dieser Entwicklung« (ökologische Frage, Scheitern des Modernisierungsprozesses in vielen unterentwickelten Ländern, moralische Verkümmern der Menschen etc.) und fragt, ob der Zusammenbruch des Sozialismus von 1989 nicht Vorbote einer Katastrophe des gesamten Projekts der Moderne ist.

Die Tatsache, daß in verschiedenen Entwicklungsländern mit vergleichbarer Ressourcenausstattung in den letzten 30 Jahren unterschiedliche Fortschritte erzielt wurden, legt für Leisinger, Professor für Entwicklungssoziologie an der Universität Basel, die Vermutung nahe, daß historische Belastungen (Kolonialismus), ungünstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen oder andere äußere Faktoren zwar wichtig, jedoch nicht von entscheidender Bedeutung sind. Er rückt das Thema »Gouvernance« (defizitäres politisch-institutionelles Umfeld) in den Vordergrund der entwicklungspolitischen Debatte (vgl. S.114-172). Läßt man die Frage nach dem analytischen Nutzen des Begriffes in bezug auf Ursachen von Unterentwicklung und seiner normativen Zielsetzung beiseite, so wird angesichts der Verfaßtheit neokonservativer Politik, Pervertierungserscheinungen der Demokratie u.a. in der westlichen Welt die Anmahnung von Gouvernance-Defiziten in der Dritten Welt moralisch immer fragwürdiger. Da Leisinger selbst kritisch die politische Kohärenz und Glaubwürdigkeit der Industrieländer in Sachen Protektionismus, Budgetdefizite, Rüstungsexporte, CO<sub>2</sub>-Emission etc. hinterfragt, ist bei der Gouvernance-Debatte wohl eher Demut als fragwürdiger politischer Druck von außen angesagt.

Das andere »Lager« wird von Samir Amin, dem Leiter des Afrikanischen Büros des Dritte-Welt-Forums in Dakar, angeführt. Für Amin, der sich zur marxistischen und neomarxistischen Tradition des sozialen Denkens bekennt, heißt Kritik an der modernen Welt Kritik am Kapitalismus und den Grenzen bürgerlichen Denkens. Diese Kritik habe mit Marx eine wichtige Schwelle überschritten, blieb aber unvollständig und müsse neue Antworten finden. Die Postmoderne sei mit ihrem Instrumentarium gescheitert, weil nicht über den Kapitalismus hinausgekommen. Neue Vorstöße der theoretischen und praktischen Kritik des Kapitalismus werden aus dem fortgesetzten Kampf um Demokratie entstehen. Entschieden polemisiert Amin gegen das Hauptargument vieler ehemals linker Intellektueller des Westens, die sich heute um 180 Grad gedreht hätten, daß die Verschiedenheit der Entwicklungen einen globalen Diskurs über Weltkapitalismus, den Kontrast zwi-

schen Zentrum und Peripherie, Imperialismus usw. verbieten. Für ihn erlaubt die Modernisierung im Kapitalismus kein »Aufholen«, die Polarisierung der Länder und Verschiedenheit der Dritten Welt nehme nur neue Züge an. In der Peripherie bleibe das nationalstaatlich bürgerliche Modernisierungsprojekt eine Illusion.

Abschließend fordert Amin die Intellektuellen vor allem der Dritten Welt auf, Alternativen zu entwickeln, die Grundlagen für einen Internationalismus der Völker zu schaffen (»Strategie der Abkopplung und Multipolarität« – S. 53f.).

Der Inder Suresh Sharma zeigt die zwieschlächtigen philosophischen Konsequenzen, die das Credo von der Moderne für den Umgang mit der außereuropäischen Welt, vor allem in bezug auf das beschränkte Verständnis von Veränderung, nach sich zieht. »Die gesellschaftliche Grundsubstanz der Welt jenseits von Europa wird als etwas betrachtet, das... ganz und gar der Qualitäten ermangelt, die in Europa eine Eigendynamik in Gang gesetzt haben« (S. 60). Die entwickelten (europäischen) Länder und ihre Gesellschaftstheorie, einschließlich Marx, definierten sich und die von ihnen ausgehenden Veränderungen seither im Zeichen des Fortschritts und dessen Übertragung auf die statische außereuropäische Welt als unvermeidlich (Universalismus). Die Verlagerung der den nichtfortschreitenden Ländern zugewandten Aufmerksamkeit von der »Freiheit« auf den »Fortschritt« ist für Sharma eine definitivische Wende von zentraler Bedeutung. Es ist die Wende im europäischen Credo der Moderne – so der nicht explizit ausgesprochene Vorwurf – hin zur Rechtfertigung von Kolonialismus und Post-Kolonialismus. Das Hauptanliegen ist nicht mehr Freiheit, sondern Erwerb von Dingen. Der moderne Diskurs lasse dem, was Gandhi einen nicht verhandelbaren ethischen Bezugspunkt für die Bewertung von Fortschritt nannte, keinen kognitiven Raum mehr. Offensichtlich bestehe die dringlichste Aufgabe darin, das zu tun, worauf Gandhi beharrte: die Grundlage der Wertsetzung aus der Welt der Dinge in den dasenden Menschen zu verlagern. Das verlange »eine anhaltende, nachdenkliche Suche nach dem allen Kulturen innewohnenden Universalen« (S. 69).

Der brasilianische Theologe Leonardo Boff

und der Ökonom Marcus Arruda erörtern aus der Sicht der Theologie der Befreiung Einsichten und Zusammenhänge, die mit den Fragen von Entwicklung, Demokratie und Bildung verknüpft sind. Ihr theoretischer Rahmen beruht auf dem Kontrast zwischen dem, was sie »Kultur des Kapitals« und dem, was sie »demokratische Kultur« oder Projekt einer »integralen Demokratie« als Voraussetzung menschlicher Entwicklung nennen. Ihr alternativer Entwurf zur neoliberalen Ökonomie fußt auf dem Postulat der »Ökonomie des Ausreichenden«, nach dem »jede Produktion, die auch nur ansatzweise auf die Erzeugung von Gewinnen oder die Befriedigung gesellschaftlich oder kulturell schädlicher Bedürfnisse ausgerichtet ist,...umgewandelt oder abgeschafft werden (muß)« (S. 97).

Der Brasilianer Paulo Freire, einer der Gründungsväter der Theologie und Pädagogik der Befreiung, benennt in einem Brief über Erziehung und Demokratie die ihn am Ende des Jahrhunderts quälenden Sorgen und Probleme. Sie betreffen das wachsend ungleiche Nord-Süd-Verhältnis, die fürchterliche Realität des Hungers, an der Brasilien allein mit 33 Millionen Hungernden beteiligt ist, die Frage der Gewalt und die Wiederkehr der nazifaschistischen Bedrohung, die er mit der Schwäche der Linken verknüpft. Aufgabe der Linken sei es, ihre Fehler zu überwinden, zu denen auch die kompromißlose Gegenüberstellung von Sozialismus und Demokratie zählt (S. 113).

Trefflich analysiert Dhim Shet, Mitherausgeber der namhaften indischen Zeitschrift »Alternatives«, die Folgen der Globalisierung und der neuen Weltordnung für die Entwicklungsländer mit Blick auf den von ihren Führern propagierten Diskurs der Demokratie. Er bestimmt ihn als in doppeltem Wortsinn »Kapitale« Form der (liberalen) Demokratie und politisches Mittel (marktstützende Regierungsform), um die Vorherrschaft der Multis und der Metropolen und eine bessere Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt zu gewährleisten (vgl. S. 173f.). Den immer ärmlicheren und begrenzteren globalen Diskurs über Demokratie verbindet Shet mit der Realität der instabilen, am Rande des Untergangs stehenden liberalen Demokratie in Indien.

Die Auswirkungen der wachsenden Un-

gleichheit zwischen der sogenannten Ersten und Dritten Welt auf die Gestaltung der völkerrechtlichen Ordnung zeigt anschaulich Matthias Hartwig, Mitarbeiter beim Präsidium des Bundesverfassungsgerichts.

Vor einer vorschnellen »modischen Verknüpfung von Menschenrechten, Demokratie und freiem Markt« warnt die türkische Philosophin Ioanna Kucuradi, denn sie könnten in den armen und ex-sozialistischen Ländern zu neuen Ungleichheiten und Sackgassen führen (S. 218f.).

Zum Schluß behandelt der Schweizer Thomas Kesselring die tiefe Krise und Fragwürdigkeit der bisherigen Entwicklungshilfe. Zukunftsfähige Entwicklung, die das Nord-Süd-Gefälle und die Umweltproblematik gleichermaßen bewältigen, kann für ihn nur ein globales Projekt sein, zu dem alle Gesellschaften Unterschiedliches beizutragen haben. Wenn Kesselring zufolge die Verringerung des globalen Gefälles aber »kein genuines Anliegen« der Industrieländer ist und das Hauptthema »entgegenstehende Partikularinteressen...«, allen voran das kompromißlose Bedürfnis nach Sicherung von Wohlstand und Privilegien« (S. 249) in den reichen Industrieländern bilden, so wird der im Buch gesuchte Übergang zu globaler »Entwicklung mit menschlichem Antlitz« zuvörderst progressive Selbstveränderung in den dominierenden kapitalistischen Metropolen verlangen. Diese – so denn möglich – wird auf die Ablösung der bisherigen kapitalistischen Moderne hinauslaufen müssen, denn ihre Beibehaltung oder Ausdehnung führt in die Katastrophe.

STEFFEN FLECHSIG

## Nachtrag

Die Fotos in Heft 77, S. 52 und S. 55, wurden uns freundlicherweise von Ulrich Burchert zur Verfügung gestellt.

## Halina Nelken:

Freiheit will ich noch erleben.

Krakauer Tagebuch.

Bleicher Verlag Gerlingen 1996,  
336 S. (39,80 DM)

Anders als Anne Frank, deren Tagebuch vom Leben, den Träumen und vom Tod der Verfasserin Zeugnis ablegt, anders als sechs Millionen Menschen ihres Volkes, hat Halina Nelken (Jahrgang 1923) die Freiheit erlebt. Aufgewachsen in einem kultivierten jüdischen Elternhaus in Krakau, führte sie ihr Lebensweg zwischen 1939 und bis zur anrührend geschilderten Befreiung 1945 im Sächsischen durch einen erschöpften, staubbedeckten sowjetischen Soldaten, ins Krakauer Ghetto und durch acht Konzentrationslager, darunter Plaszow, Handlungsort von Steven Spielbergs »Schindlers Liste«, Auschwitz, Ravensbrück. Mit ihrer Lebensalter und -erfahrungen geschuldeten natürlichen Naivität schildert sie die Erlebnisse im Ghetto und im »Judenlager« eines Fliegerhorstes der Luftwaffe, wo sie menschliche Regungen bei Wehrmachtsoldaten, darunter einem mit dem Allerweltsnamen Paul Müller, dokumentiert, berichtet sie von »Selektionen« und »Transporten«, von viehischen Mißhandlungen und Lebensbedingungen, ohne daß die Solidarität, das Selbstbewußtsein der Häftlinge gebrochen worden wären. Zwischengeschaltet sind Reflexionen der Tagebuchschreiberin, die sie Jahrzehnte später in Cambridge (Massachusetts) notierte, wohin Halina Nelken emigrierte, nachdem sie 1945 bis 1959 in ihrer Heimatstadt studiert und gearbeitet hatte. Die Ursprünglichkeit der Tagebuchnotizen und die intellektuellen Reflexionen der Wissenschaftlerin, die Halina Nelken geworden ist, ergänzen einander. Sie künden vom Überlebenswillen und Überleben eines Mädchens, dessen Stärke und Sieg über die faschistische »Endlösung« aus reinen Gefühlen und Solidarität erwuchs.

GERD KAISER

Willibald Jacob, Jakob Moneta,  
 Franz Segbers (Hrsg.):  
 »Die Religion des Kapitalismus«.  
 Die gesellschaftlichen Auswirkungen  
 des totalen Marktes,  
 Edition Exodus Luzern 1996,  
 ISBN 3-905577-046.

Unter diesem Titel sind auf rund 200 Seiten Beiträge vereinigt, die auf einer Tagung der Evangelischen Sozialakademie Friedewald vom 12. bis 14. Januar 1996 zum Thema »Unsere Visionen und der Götze Markt« gehalten wurden. Die sechzehn Autoren bilden auf den ersten Blick eine scheinbar »bunte Truppe«: die Theologin und Publizistin Dorothee Sölle, der Gewerkschafter Jakob Moneta, der Sozialethiker Franz Segbers, der Philosoph Michael Brie, die Wirtschaftsexperten Christa Luft und Siegfried Katterle, um nur einige Namen herauszugreifen. Aber gerade darin liegt meines Erachtens der Wert der Tagung: Persönlichkeiten unterschiedlicher Lebenserfahrung, sozialer Stellung und Weitsicht fanden zusammen, um ihre *gemeinsame* Besorgnis um die Zukunft zu artikulieren. Man kann die Herausgeber nur beglückwünschen, daß sie den Mut hatten, die Redebeiträge als Buch zu veröffentlichen und sie so einem breiten Publikum bekannt zu machen. Sie sind eine Fundgrube für zeit- und wirtschaftsgeschichtlich Interessierte, vermitteln wertvolles Hintergrundwissen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen und Zusammenhängen.

Die Tagungsteilnehmer einte die Erkenntnis, daß die »Religion des Kapitalismus«, also gnadenlose Profitmacherei und mörderischer Konkurrenzkampf, im nationalen wie internationalen Wirtschaftsgefüge mittlerweile zu Verwerfungen geführt hat, die die Existenz der Menschheit gefährden: die Zerstörung der materiellen Ressourcen des Erdballs, die bedenkenlose Vergeudung menschlicher Fertigkeiten und Fähigkeiten, die zunehmende Aushöhlung sozialer Standards in den westeuropäischen Industriestaaten. Dazu finden sich in dem Sammelband eindrucksvolle Beiträge, etwa der Bericht von Thomas Schmidt über seine Erfahrungen als

Betriebsrat in einem großen Frankfurter Versandhaus, Christa Lufts Schilderung des sozial verantwortungslosen und zugleich ökonomisch unsinnigen, weil ineffektiven Crash-Kurses bei der Einverleibung Ostdeutschlands in den Wirtschaftsorganismus der Alt-BRD oder die Ausführungen von Siegfried Katterle über die neoliberale Wende zum totalen Markt.

Beiträge über die Auseinandersetzung mit der offiziellen neoliberalen Wirtschaftstheorie mehren sich heutzutage. Dazu ist deren Scheitern in der Praxis der deutschen Vereinigung ebenso wie durch das massenweise Elend in vielen sogenannten Reformstaaten Osteuropas und in Rußland zu offensichtlich und kann auch nicht mit dem Hinweis auf die Globalisierung der Märkte vertuscht werden. Dennoch ist der Ansatzpunkt auf der Friedewalder Tagung, die Entwicklungstendenzen im Wirtschaftsgeschehen aus *sozial-ethischem* Blickwinkel kritisch zu betrachten, eine Bereicherung der Literatur.

»Der Kult des Goldes, die Zerstörung des Menschen und der Zorn Gottes« – die bezeichnende Überschrift eines Beitrages des Theologen und Mathematikers Kuno Füssel könnte sinngemäß auch über den anderen Referaten stehen. Der immer häufiger zu beobachtende Verlust »der dienenden Funktion der Wirtschaft« (Christa Luft), die fortgesetzten Versuche, den Menschen auf den »homo oeconomicus« (Dorothee Sölle) zu reduzieren, auf »das Wirtschaftswesen schlechthin«, dessen Daseinszweck darin bestehe, »Geld zu vermehren«, zerstört letztlich die Zivilisation des Menschen, das eigentliche Menschsein. In einer solchen Situation ist es dringend geboten, daß Intellektuelle und Politiker ihre Stimme mahnd erheben. »Ohne Visionen werden die Menschen wüst und wild« zitiert der Philosoph Michael Brie den weisen König Salomo. Vorliegender Sammelband gewährt in diesem Sinne ein anregendes Nachdenken über realisierbare Alternativen für die Zukunft, für die Bewahrung der Schöpfung und eine gerechtere Verteilung der materiellen und geistigen Güter unter den Erdenbewohnern.

Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren komplettieren den Aussagegehalt der vorliegenden Publikation.

GERTRAUD GOLME

Thomas Klein, Wilfriede Otto,  
Peter Grieder:  
Visionen.  
Repression und Opposition in der  
DDR (1949-1989), 2 Halbbände,  
Frankfurter Oder Editionen  
Frankfurt/Oder 1996,  
632 S. (44,80 DM)

Dieses Buch tut weh – nicht etwa, weil der Titel verunglückt, wenngleich offensichtlich verkaufsfördernd ist (die erste Auflage ist verkauft), sondern weil hier unbestechlich der Schleier von der Geschichte der SED heruntergerissen wird.

Eigentlich sind in diesen zwei Halbbänden zwei Bücher vereinigt: Thomas Kleins Beitrag *Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung* und von Wilfriede Otto vierhundert Seiten über *Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung*. Peter Grieder, ein junger britischer Historiker (Jg. 1968), bietet in einer Art Nachtrag *Eine unabhängige Sicht auf die Konflikte im SED-Politbüro 1956-1958*.

Kleins und Ottos Darlegungen hätten auch in gesonderten Publikationen verlegt werden können. Trotzdem ist es gut, sie hier beide vereint zu haben: den Mathematiker und DDR-Bürgerrechtler, der wegen seiner Überzeugungen 1979 ins Gefängnis ging, hinterher mit Berufsverbot belegt wurde und bis heute nicht vergessen hat, daß er einst nicht für eine vergrößerte Bundesrepublik kämpfte, und die ehemalige langjährige Mitarbeiterin des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, die im Januar 1990 ihre bisherigen Arbeiten abbrach – was viele taten – und mit jüngeren Historikern sich als erstes den Internierten in den sowjetischen Spezlagern zuwandte. Wilfriede Otto hat seitdem in einer Reihe von Publikationen eine dunkle Seite der DDR-Geschichte nach der anderen ausgeleuchtet – und betreibt so die sooft beschworene und so selten wirklich geleistete Trauerarbeit mit selten gesehener Konsequenz.

In beiden Beiträgen wird die Zeit zwischen 1947/48 und 1989 durchgängig behandelt,

wodurch Doppelungen unvermeidbar werden. Doch sie sind nicht störend. Jeder Versuch, die Texte vollständig miteinander abzustimmen, hätte sie amputiert.

Thomas Klein bietet eine, in die Chronologie eingebettete Typologie der Anklagen und Verfolgungen. Überzeugend zeigt er, daß Repressalien und Terror keineswegs stets Antworten auf widerständiges Verhalten in der SED waren, wenngleich es natürlich auch dieses gab und von Klein im Detail auf Motive wie Wirkungen hin untersucht wird. Repressalien und Terror waren Mittel zur »rigide(n) Abwehr selbstkritischer Reflexion eigener bisheriger Politik. Kurswechsel wurden immer mit abstrusen Legitimationen verbunden, deren Zweck mehr die Verschleierung der wirklichen Umstände solcher jähen Wendungen war als ihre Erhellung... Stets hielten Verweise auf den Feind dafür her, sowohl die Allmacht des Apparates in der eigenen Partei zu reproduzieren als auch das Politikmonopol dieser Partei gegen jede Kritik zu immunisieren«. (S. 108)

Wilfriede Otto hingegen konzentriert sich in ihrem Ansatz weniger auf die Frage nach Terror und Widerstand als vielmehr auf die Frage nach alternativen Konzepten in der SED und deren Bekämpfung. In Teilen liest sich ihre Darstellung wie eine – längst überfällige – neue »Geschichte der SED«. Sollte ein Verlag auf eine solche Idee kommen, wäre der Text von Otto eine akzeptable Grundlage.

Ihr Versuch, Elemente eines Stalinismus-Bildes zu diskutieren, ist zwar nicht durchgängig überzeugend. Zuzustimmen ist jedoch ihrer Feststellung, daß »der stalinistisch geprägte Sozialismusversuch auf allgemeingültige Machtelemente unseres Jahrhunderts zurückgriff« – eine Aussage, die Anhänger primitiver Totalitarismus-Interpretationen wie Neo-Stalinen bis heute nicht wahrhaben wollen.

Sehr hilfreich für den Benutzer sind die »Statistischen Anlagen zur innerparteilichen Entwicklung der SED«. (S. 496ff.)

Wer sich künftig seriös über DDR-Geschichte äußern will, wird an diesem Buch nicht vorbeikommen. Und: Jeder, der künftig in Deutschland Politik auf der Linken machen will, sollte vorher dieses Buch lesen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

### Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht

ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

### Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

### Impressum

#### Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),  
MARION KUNZE, ULLA PLENER,  
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF  
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.  
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER  
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA  
Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK  
Satz: MARION KUNZE

#### Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,  
10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)  
Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,  
Rungestraße 3-6, 10179 Berlin  
Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,  
12414 Berlin (Tel.: 030 – 68 83 43 61)  
Einzelverkaufspreis: DM 7,50  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00